

Armutsrisiken und -minderungspotenziale in der Nachhaltigkeits- und Klimaanpassungsstrategie von NRW

Impressum

Herausgegeben von:

Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production (CSCP) gGmbH
Hagenauer Str. 30
42107 Wuppertal
www.cscp.org

Autorinnen und Autoren:

Pepper, Lily; Böker, Marc; Kessler-an der Brügge, Alexandra; Sander, Luca

Mitarbeit:

Hammash, Rami; Thomas, Ingmar; Strube, Rosa

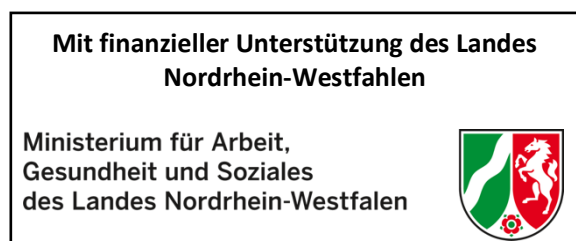
Leitung des Forschungsprojektes & Kontakt:

Alexandra Kessler-an der Brügge
alexandra.kessler@cscp.org

Version 1.1
März 2026

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das CSCP keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich die Betreibenden verantwortlich.

Förderung:



Gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Aufrufs „Beteiligung von Armutsbetroffenen, Expertise zur Armutsbekämpfung sowie Sozialplanung in Nordrhein-Westfalen“, Baustein 2: Wissensermittlung zur Armutsbekämpfung, Fokus 2: „Soziale Dimensionen von Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung“.

Die Inhalte des Berichts geben die Position der Verfasser:innen wieder und nicht die Position der Förderinstitution.

Zitiervorschlag:

Pepper, Lily; Böker, Marc; Kessler-an der Brügge, Alexandra; Sander, Luca E. (2025): Armutsrisiken und -minderungspotenziale in der Nachhaltigkeits- und Klimaanpassungsstrategie von NRW. Forschungsbericht. Online: [link folgt] Wuppertal.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
1. Einleitung	3
2. Kontext des Forschungsvorhabens	4
3. Methodik	5
3.1 Transdisziplinäres Forschungsdesign	5
3.2 Instrumente zur Datenerhebung	6
3.3 Instrumente zur Datenanalyse	6
4. Verständnis von Armut	7
4.1 Definition	7
4.2 Armutsbeeinflussende Faktoren	8
4.3 Konstruktion des Systemdiagramms	10
5. Analyse der Nachhaltigkeitsstrategie NRW und der Klimaanpassungsstrategie NRW	13
5.1 Einführung der analysierten Strategien	13
5.2 Narrative der Strategien	13
5.2.1 Zentrale Themen und bestehende Lücken	14
5.2.2 Weitere Lücken	15
5.2.3 Zwischenfazit	15
5.3 Armutsrelevante Wirkungspotenziale der in den Strategien genannten Maßnahmen	16
5.3.1 Wohnen und Energie	16
5.3.2 Mobilität und Infrastruktur	18
5.3.3 Gesundheit	20
5.3.4 Versorgung und Ernährung	23
5.3.5 Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung	25
5.3.6 Einkommen und Sozialleistungen	26
5.3.7 Bildung	27
5.3.8 Wirtschaft und Arbeit	29
6. Handlungsempfehlungen	31
6.1 Wohnen und Energie	32
6.1.1 Zentrale Empfehlung: Bezahlbarer Wohnraum mit hohem Energiestandard	32
6.1.2 Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme	34
6.1.3 Best-Practice-Beispiel	34
6.1.4 Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung	36
6.1.5 Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich	37
6.2 Infrastruktur und Mobilität	38
6.2.1 Zentrale Empfehlung: ÖPNV sozial gerecht subventionieren	38
6.2.2 Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme	39
6.2.3 Best-Practice-Beispiel	39
6.2.4 Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung	41
6.2.5 Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich	41
6.3 Gesundheit	42
6.3.1 Zentrale Empfehlung: Aufwertung öffentlicher Gebäude und Plätze	42
6.3.2 Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme	43
6.3.3 Best-Practice-Beispiel: Mobile Gesundheitsangebote	45
6.3.4 Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung	45
6.3.5 Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich	46
6.4 Versorgung und Ernährung	46
6.4.1 Zentrale Empfehlung: Verbindliche Vorgaben für die Gemeinschaftsverpflegung	47
6.4.2 Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme	47
6.4.3 Best-Practice-Beispiel	47

6.4.4	Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung	50
6.4.5	Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich	51
6.5	Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung	51
6.5.1	Zentrale Empfehlungen: Strukturen schaffen, Demokratiebildung, Förderpolitik	51
6.5.2	Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme.....	52
6.5.3	Best-Practice-Beispiel	54
6.5.4	Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung	54
6.5.5	Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich	55
6.6	Einkommen und Sozialleistungen.....	55
6.6.1	Zentrale Empfehlung: Erhöhung der Tarifbindung	55
6.6.2	Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme.....	57
6.6.3	Best-Practice -Beispiel.....	57
6.6.4	Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung	59
6.6.5	Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich	59
6.7	Bildung.....	60
6.7.1	Zentrale Empfehlung: Vereinfachter Übergang zwischen Schule und Ausbildung.....	60
6.7.2	Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme.....	61
6.7.3	Best-Practice-Beispiel	63
6.7.4	Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung	63
6.7.5	Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich	64
6.8	Wirtschaft und Arbeit	65
6.8.1	Zentrale Empfehlung: Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen	65
6.8.2	Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme.....	66
6.8.3	Best-Practice-Beispiel	68
6.8.4	Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung	68
6.8.5	Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich	69
7.	Fazit und Ausblick	70
7.1	Zentrale Ergebnisse	70
7.2	Grenzen und weitere relevante Themen.....	71
7.3	Ausblick auf die aktualisierte Nachhaltigkeitsstrategie NRW	71
8.	Tabellenverzeichnis.....	73
9.	Abbildungsverzeichnis.....	74
10.	Literaturverzeichnis	75
11.	Anhang.....	81
11.1	Liste der Beiratsmitglieder.....	81
11.2	Übersicht aller betrachteter Maßnahmen aus der Nachhaltigkeitsstrategie und der Klimaanpassungsstrategie	82
11.3	Einordnung der Wirkung und des Aufwands aller priorisierten Handlungsempfehlungen durch die Expert:innenumfrage.....	93
11.4	Vollständige Liste aller Handlungsempfehlungen	94

Zusammenfassung

Ziel dieser Kurzstudie ist es, die Nachhaltigkeits- und Klimapolitik des Landes NRW aus sozialpolitischer Perspektive zu betrachten, insbesondere im Hinblick auf armutsrelevante Wirkungspotenziale. Eine solch integrierte Perspektive auf ökologische, soziale und ökonomische Aspekte der Nachhaltigkeitstransformation soll partikularisierte Handlungsansätze überwinden, blinde Flecken und Lücken in den Ansätzen identifizieren und mittelfristig neben einer Verbesserung der Lebenssituation armutsbetroffener Menschen auch die Akzeptanz politischer Nachhaltigkeitsprozesse erhöhen sowie das Vertrauen in politische Institutionen und demokratische Prozesse stärken.

Zu diesem Zweck wurden die Nachhaltigkeitsstrategie NRW (2020) sowie die Klimaanpassungsstrategie NRW (2024) für die Analyse ausgewählt, da sie in Kombination ein breites Spektrum an Maßnahmen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Klimaanpassung abbilden. In den beiden Strategien wurde analysiert, inwiefern Armut als Querschnittsthema verankert ist, welche armutsrelevanten Wirkungspotenziale vorliegen und wo konkreter Handlungsbedarf besteht. Die Analyse basiert auf einem Abgleich von Armutsdimensionen und armutsbeeinflussenden Faktoren mit den Inhalten der Strategien.

Der methodische Ansatz der vorliegenden Studie basiert auf einem transdisziplinären Forschungsdesign und kombiniert wissenschaftliche Erkenntnisse (in Form von Literaturrecherchen) mit praktischen Erkenntnissen. Zur Einbeziehung der praktischen Perspektive wurde ein Expert:innenbeirat einberufen, in dem einerseits Fachexpert:innen (aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft) sowie andererseits Erfahrungsexpert:innen (Bürger:innen mit Armutserfahrung) vertreten waren. Dieser Beirat wurde im Rahmen von Workshops und Interviews in die Forschung einbezogen. Zur Darstellung der systemischen Zusammenhänge bei dem Thema Armut und zur Analyse des Einflusses politischer Maßnahmen wurde ein partizipativ erstelltes Systemdiagramm verwendet.

Als zentrale Ergebnisse identifiziert die Studie die folgenden Lücken in acht armutsrelevanten Themenfeldern und entwickelt entsprechende Handlungsempfehlungen.

Themenfeld	Lücken	Handlungsempfehlung
Wohnen und Energie	Wohnen und Energiekosten, Gentrifizierung bei ökologischer Aufwertung des Wohnumfeldes	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit hohem Energiestandard
Mobilität und Infrastruktur	ÖPNV-Kosten; Verfügbarkeit und Kosten von e-Mobilität und Sharing-Angeboten	ÖPNV sozial gerecht subventionieren
Gesundheit	Zugang zu Gesundheitsversorgung in strukturschwachen Gebieten; konkrete Maßnahmen für Hitze- und Kälteschutz vulnerabler Gruppen	Aufwertung öffentlicher Gebäude und Plätze im Sinne der Gesundheitsförderung
Versorgung und Ernährung	Steigende Ernährungsarmut, Preissteigerungen bei (gesunden und regionalen) Lebensmitteln	Öffentliche Gemeinschaftsverpflegung nachhaltig und sozial ausrichten
Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung	Kaum konkrete Maßnahmen	Strukturen für Beteiligung armutsbetroffener Personen schaffen; Demokratiebildung; Förderpolitik

Einkommen und Sozialleistungen	Niedriglohnsektor, Altersarmut (Frauen, Menschen mit Migrationserfahrung)	Ausweitung der Tarifbindung auf relevanten Sektoren und der Tariftreue auf Kommunen; Anpassung der Grundsicherung an ökologische Handlungsoptionen
Bildung	Ungleichheiten im Bildungssystem (Herkunft, Zugang zu digitaler Bildung)	Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit durch Bildungsförderung v.a. in strukturschwachen Gebieten (Übergang Schule – Ausbildung)
Wirtschaft und Arbeit	Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung; Maßnahmen zur Umschulung bei Arbeitsplatzverlusten im Rahmen der Nachhaltigkeitstransformation	Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen und Geringqualifizierten durch bessere Kinderbetreuung und Qualifizierungsoffensiven

Tabelle 1: Übersicht identifizierter Lücken und selektierter Handlungsempfehlungen nach Themenfeldern

1. Einleitung

Die vorliegende Analyse ist eine Bestandsaufnahme der Nachhaltigkeits- und Klimapolitik in Nordrhein-Westfalen (NRW) in Bezug auf deren soziale Implikationen mit einem Fokus auf Armutsentwicklung. Ziel dieser wissenschaftlichen Expertise ist es, armutsrelevante Wirkungspotenziale zentraler politischer Strategien – Nachhaltigkeitsstrategie und Klimaanpassungsstrategie – zu identifizieren und Handlungsempfehlungen zu entwickeln, die die Armutsbekämpfung unterstützen. Folgende Forschungsfragen liegen diesem Vorhaben zugrunde:

- Welche Risikointensivierungen und Risikominderungspotenziale ergeben sich für armutsbetroffene Personen aus den bisher geplanten Maßnahmen und Zielen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung in NRW?
- Wie lassen sich Risiken durch weitere Maßnahmenempfehlungen verhindern oder abmildern?

Diese Analyse wird gefördert vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW im Rahmen des Förderaufrufs „Beteiligung von Armutsbetroffenen, Expertise zur Armutsbekämpfung sowie Sozialplanung in Nordrhein-Westfalen“, Baustein 2: Wissensermittlung zur Armutsbekämpfung, Fokus 2: „Soziale Dimensionen von Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung“.

Die Themen Armut und Nachhaltigkeit stehen im Zentrum zweier aktueller gesellschaftlicher Krisen: der ökologischen Krise infolge des Klimawandels sowie der Ungleichheitskrise aufgrund starker und zunehmender Einkommensunterschiede in der deutschen Gesellschaft. Diese Krisen sind miteinander verbunden und können Druck auf demokratische Strukturen und Prozesse ausüben. Daraus folgt, dass Lösungsansätze beide Themenbereiche zusammenbringen müssen, um nicht eine Krise abzumildern und die andere zu verstärken.

Ergänzend zu dieser systemischen Rolle der beiden Themen lassen sich Relevanzbereiche für konkrete Politikfelder identifizieren. Sowohl das Thema Armut als auch das Thema Nachhaltigkeit sind sektorübergreifend. Deshalb sind die Ergebnisse dieser Analyse für mehrere Politikfelder relevant, was für die Umsetzung die Zusammenarbeit verschiedener Ministerien und Ressorts erfordert. Details zu den folgenden Ansätzen finden sich in Kapitel 6.

Umweltpolitik: Umweltpolitische Maßnahmen im Bereich der Nachhaltigkeit müssen sozial gerechter ausgestaltet werden, um ungewollte negative Nebeneffekte der ökologischen Transformation zu vermeiden (z. B. energetische Sanierungen bei gleichbleibenden Mieten in Sozialwohnungen).

Sozialpolitik: Gleichzeitig müssen sozialpolitische Maßnahmen (z. B. armutsfester Mindestlohn, ökologische Ausrichtung der Grundsicherung, Kinderbetreuung) diese Entwicklung ergänzen, um die soziale Komponente der Transformation zu adressieren.

Arbeits- und Wirtschaftspolitik: Die Erhöhung der Erwerbsquote bei Zahlung armutsfester Löhne ist ein zentrales Element der Armutsprävention und gleichzeitig notwendig zur Bewältigung des Fachkräftemangels im Rahmen des Strukturwandels (z. B. Qualifizierungsmaßnahmen, Erhöhung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, Ausweitung von Tarifverträgen).

Bildungspolitik: Bildung ist zentral, da sie die Grundlagen für die Erwerbsbiographie legt und damit maßgeblich zur Handlungsfähigkeit im Kontext der Klimakrise sowie zur Reduktion des Armutsrisikos beiträgt (z. B. Erhöhung der Schulabschlussrate unter Jugendlichen).

Diese Kurzstudie basiert auf einem transdisziplinären Ansatz, der wissenschaftliche Expertise mit dem Erfahrungswissen von Bürger:innen kombiniert. Dadurch sollten neben der wissenschaftlichen Anschlussfähigkeit vor allem praktische und robuste Handlungsempfehlungen generiert werden, die zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen. Im Rahmen dieses Ansatzes wurden verschiedene Instrumente zur Datenerhebung und -auswertung komplementär eingesetzt (u. a. Literaturrecherche, Stakeholder-Workshops, Expert:inneninterviews, partizipatives System-Mapping etc.). Die Ergebnisse der Analyse wurden mit Fach- und Erfahrungsexpert:innen validiert.

Diese Expertise ist wie folgt aufgebaut: Nach einer Skizzierung des Kontexts des Forschungsvorhabens (Kapitel 2) wird die Methodik erläutert (Kapitel 3). Darauf folgt die Definition von Armut im Rahmen dieser Analyse sowie die Identifikation von Faktoren, die die Entwicklung von Armut beeinflussen (Kapitel 4). Darauf aufbauend werden die Analyseergebnisse der armutsrelevanten Wirkungspotenziale der Nachhaltigkeitsstrategie sowie der Klimaanpassungsstrategie in acht zentralen Themenbereichen vorgestellt (Kapitel 5). Diese Themenbereiche sind:

- Wohnen und Energie
- Mobilität und Infrastruktur
- Gesundheit
- Versorgung und Ernährung
- Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung
- Einkommen und Sozialleistungen
- Bildung
- Wirtschaft und Arbeit.

Aus der Analyse der politischen Strategien wurden Handlungsempfehlungen abgeleitet und priorisiert sowie je Themenbereich eine zentrale Empfehlung ausführlicher dargestellt (Kapitel 6). Abschließend werden die Grenzen dieser Analyse sowie weiterer Forschungsbedarf diskutiert (Kapitel 7).

2. Kontext des Forschungsvorhabens

Die Gleichzeitigkeit multipler Krisen stellt gegenwärtig eine Herausforderung für gesellschaftspolitische Systeme weltweit dar. Die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels erfordern dringendes Handeln. In Deutschland und auch global nehmen Einkommensunterschiede zu, wodurch sich ökonomische Ungleichheiten in der Bevölkerung verschärfen (BMAS, 2025; Butterwegge, 2025). Die demografische Entwicklung in Deutschland fordert die Sozialpolitik heraus. Kriege und Konflikte haben international Auswirkungen und ordnen die politischen Prioritäten neu. All diese Krisen haben aktuell wahrnehmbare Effekte auf unsere Gesellschaft. Sie erzeugen Unsicherheit, Angst vor Veränderung und im Fall von Einkommensungleichheiten individuell wahrgenommene Benachteiligungen. Diese Effekte bedrohen den sozialen Zusammenhalt, stärken rechte Parteien und lassen das Vertrauen in politische Institutionen sinken (Groh-Samberg et al., 2018; Spannagel, 2025). So bilden armutsbetroffene Bevölkerungsgruppen den höchsten Anteil der AfD-Wähler:innen und der Nicht-Wähler:innen sowie der Personen, die kein oder wenig Vertrauen in politische Institutionen haben (Spannagel, 2025).

Diese Analyse adressiert zwei dieser vielfältigen Krisen: die Klimakrise (im Rahmen der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik) und die Ungleichheitskrise (im Rahmen der Armutsbekämpfung). Vor diesem Hintergrund spielen die Konzepte der Klimagerechtigkeit und der gerechten Transformation eine zentrale Rolle. Die Ansätze betonen die Verantwortung von Verursachern des Klimawandels (Länder, wirtschaftliche Agierende, Bevölkerungsgruppen, Generationen) für die Minderung der Emissionen sowie die Finanzierung des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung (Huttarsch & Matthies, 2024). Laut dem aktuellen Armutsbericht der Bundesregierung zeigt sich hier jedoch ein Ungleichgewicht in Deutschland. Einkommensschwache Haushalte zahlen 13 % ihres Budgets für Energiekosten und damit doppelt so viel wie einkommensstarke

Haushalte (BMAS, 2025). Wenn die Klima- und Nachhaltigkeitspolitik Einkommensunterschiede weiter verschärft, wird die Akzeptanz dafür schwinden und soziale Spannungen in der Bevölkerung zunehmen. Doch auch ohne Einfluss der Klimapolitik nehmen Einkommensunterschiede in Deutschland zu und immer mehr Menschen zählen zur einkommensschwachen Bevölkerungsschicht. Im Kontext dieses Spannungsfeldes ist es umso relevanter, die Interessen armuterfahrener Bevölkerungsgruppen, die über keine Lobby verfügen, in politischen Strategien im Bereich der Klimapolitik einzubeziehen.

Diese Studie fokussiert sich auf die Nachhaltigkeits- und Klimapolitik in NRW und analysiert die Nachhaltigkeitsstrategie (MUNV NRW, 2020) sowie die Klimaanpassungsstrategie (MUNV NRW, 2024) in NRW als zwei zentrale politische Strategien.¹ Die Strategien werden regelmäßig überarbeitet, sodass Nachbesserungen, wie in diesem Bericht vorgeschlagen, aufgenommen werden können.² Durch diesen Fokus auf politische Strategien in NRW liegt der Schwerpunkt ebenfalls auf der Armutsentwicklung in NRW und Deutschland.

In NRW galten 2024 17,8 % der Bevölkerung als arm (60 % des Nettoäquivalenzeinkommens in NRW). Nachdem die Armutsquote bis 2022 kontinuierlich anstieg (bis auf 18,6 %), sank die Zahl armutsbetroffener Personen in den letzten Jahren leicht (Information und Technik NRW, 2025; MAGS NRW, 2020). Ergänzend zum Indikator der Einkommensarmut betrachtet der Indikatorenbericht der Nachhaltigkeitsstrategie NRW auch den Faktor der materiellen Deprivation, der in NRW seit 2014 rückläufig ist und 2019 bei 7,8 % lag (MUNV NRW, 2025). Auf Bundesebene liegt die Armutsquote bei 17,8 %³ im Jahr 2022 (BMAS, 2025).

Aus wissenschaftlicher Perspektive ist die Studie im Feld der Nachhaltigkeitstransformationsforschung zu verorten. Die Studie orientiert sich am Dreiklang von ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit und ihr liegt das Verständnis von starker Nachhaltigkeit zugrunde. Demnach wird der ökologischen Sphäre die höchste Priorität zugeordnet, da sie die Lebensgrundlagen der Gesellschaft sichert (ökologische Nachhaltigkeit). Darauf folgt die Sicherung des sozialen Gefüges in der Gesellschaft (soziale Nachhaltigkeit), die wiederum die Grundlage bildet für ökonomische Unternehmungen zur Wertschöpfung und Wohlstandsgenerierung (ökonomische Nachhaltigkeit) (Döring & Ott, 2001). Soziale Nachhaltigkeit umfasst drei Dimensionen: Lebensqualität und Befriedigung grundlegender Bedürfnisse, soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt (Littig & Griessler, 2005). Entsprechend ist die Bekämpfung von Armut bereits fest in dieser ersten Dimension der sozialen Nachhaltigkeit verankert und nicht als ergänzendes Konzept zur Nachhaltigkeit zu verstehen.

Der Studie liegt ergänzend ein Verständnis von Transformation und Veränderung zugrunde, das auf der Strukturierungstheorie von Giddens (1986) beruht. Im Zusammenspiel von Struktur und Handeln wird angenommen, dass das Handeln bestehende Strukturen reproduziert und stärkt, sofern es nicht aktiv in eine transformative Richtung wirkt und bestehende Strukturen herausfordert und umgestaltet. Das heißt, die Nichtbeachtung bestimmter Aspekte der Armutsbekämpfung und sozialer Gerechtigkeit führt zur Stärkung dieser Strukturen.

3. Methodik

3.1 Transdisziplinäres Forschungsdesign

Diese Studie basiert auf einem transdisziplinären Ansatz, der wissenschaftliche Wissensbestände mit dem praktischen Erfahrungswissen von Bürger:innen mit Armutserfahrung kombiniert. Diese Ausrichtung von

¹ Aufgrund des begrenzten zeitlichen Rahmens des Forschungsvorhabens musste eine enge Auswahl von politischen Strategien erfolgen.

² Die Nachhaltigkeitsstrategie wurde zeitgleich mit dieser Studie überarbeitet und am 4.12.2025 in einer ersten Version veröffentlicht. Die vorliegende Analyse orientiert sich an der Version der Nachhaltigkeitsstrategie von 2020.

³ Diese Zahl basiert auf SOEP Daten.

Forschungsdesigns wird in der Transformationsforschung angewandt, um robuste und für die Praxis relevante Ergebnisse zu produzieren (Defila & Di Giulio, 2018).

Zur Umsetzung des transdisziplinären Ansatzes wurde ein Projektbeirat eingerichtet, der mit 13 Fachexpert:innen und 13 Bürger:innen besetzt war. Die Bürger:innen mit Armutserfahrung wurden durch die sozialen Träger Zug um Zug e.V. in Köln und Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V. rekrutiert. Die Beiratsmitglieder nahmen an insgesamt vier Stakeholder-Workshops zu zwei Zeitpunkten sowie an ergänzenden Expert:inneninterviews und einer Online-Umfrage teil.

1. Literaturrecherche zu Armutsdefinition und armutsbeeinflussenden Faktoren und Erstellung des Systemdiagramms in einer ersten Version
2. Workshop mit Expert:innenbeirat sowie Expert:inneninterviews zu Validierung der Rechercheergebnisse zu Armutsdefinition und armutsbeeinflussenden Faktoren und Erstellung des Systemdiagramms in der finalen Version
3. Analyse der Nachhaltigkeitsstrategie und Klimaanpassungsstrategie anhand der armutsbeeinflussenden Faktoren und Armutsdimensionen des Systemdiagramms
4. Recherche zu Handlungsempfehlungen und Best Practices
5. Workshop mit Expert:innenbeirat sowie Expert:inneninterviews zur Validierung der Analyseergebnisse zu armutsrelevanten Wirkungspotenzialen der Nachhaltigkeitsstrategie und Klimaanpassungsstrategie sowie der Rechercheergebnisse zu Handlungsempfehlungen; Online-Umfrage zur Einschätzung der Handlungsempfehlungen hinsichtlich ihrer Wirkung und des Implementierungsaufwands

Tabelle 2: Übersicht des Forschungsprozesses

3.2 Instrumente zur Datenerhebung

Im Mittelpunkt dieser Analyse stehen die beiden Dokumente der Nachhaltigkeits- und Klimaanpassungsstrategie NRW. Ergänzend wurden das Klimaschutzgesetz und das Klimaanpassungsgesetz NRW hinzugezogen. Zusätzlich wurde eine umfassende Literaturrecherche wissenschaftlicher sowie grauer Literatur durchgeführt. Im Rahmen der Stakeholder-Workshops (u. a. mittels Diskussionsgruppen) sowie in Interviews wurden weitere Daten erhoben. In der ersten Workshopiteration wurden Definitionen und beeinflussende Faktoren für Armut diskutiert. In der zweiten Workshopiteration wurden die analysierten Wirkungspotenziale der Nachhaltigkeits- und Klimaanpassungsstrategie diskutiert und Handlungsempfehlungen entwickelt.

3.3 Instrumente zur Datenanalyse

Die Dokumentenanalyse erfolgte mittels computergestützter qualitativer Datenanalyse (Programm: MaxQDA). Die verwendeten Analysekategorien resultierten aus der ergänzenden Literaturrecherche sowie der Beiratsbeteiligung in der ersten Workshopiteration.

Die Erfassung der Dimensionen der hier verwendeten Armutsdefinition sowie der Einflussfaktoren in einem Systemdiagramm, präziser erläutert in Kapitel 4.3, erlaubt eine systemische Betrachtung der komplexen und interdependenten Zusammenhänge in der Armutsentwicklung. Das Systemdiagramm wurde in Anlehnung an Enserink et al. (2022) sowie Barbrook-Johnson und Penn (2022) in einem partizipativen Prozess entworfen und zur Analyse der ausgewählten Handlungsempfehlungen genutzt, um die Auswirkungen der Maßnahmen darzustellen.

Die Online-Umfrage zur Priorisierung der in den Workshops auf Basis von Literaturrecherche entwickelten Handlungsempfehlungen wurde computergestützt quantitativ ausgewertet (Programm: R).

4. Verständnis von Armut

Die Analyse der Nachhaltigkeitsstrategie NRW basiert auf einem Armutsverständnis, das die in der Literatur etablierten multidimensionalen Ansätze aufgreift und mit der im Projekt erarbeiteten praxisbezogenen Definition verbindet. Da es keinen einheitlichen Konsens darüber gibt, was Armut bedeutet, welche Faktoren sie beeinflussen und wie sie gemessen werden soll, orientiert sich das Projekt an einem breiten, interdisziplinären Verständnis, das sowohl ökonomische, soziale, politische und infrastrukturelle Dimensionen erfasst.

4.1 Definition

Der Begriff „Armut“ umfasst ein Bündel unterschiedlicher Bedeutungen, die je nach wissenschaftlicher Disziplin, politischem Rahmen oder gesellschaftlicher Perspektive variieren (Bohr & Janßen, 2022; Gwariro et al., 2017). Traditionelle, eindimensionale Ansätze definieren Armut vor allem monetär, etwa anhand eines bestimmten Einkommensniveaus (Gwariro et al., 2017; Köhler, 2016). Die Weltbank versteht Armut als einen ausgeprägten Mangel an Wohlbefinden, der meist durch unzureichendes Einkommen oder unzureichenden Konsum im Verhältnis zu einer bestimmten Schwelle bestimmt wird (Gwariro et al., 2017).

In Ergänzung dazu unterscheidet die Forschung zwischen absoluter und relativer Armut. Absolute Armut liegt vor, wenn grundlegende physische Bedürfnisse, wie Nahrung, Unterkunft und Kleidung, nicht gesichert sind. International wird hier häufig die Schwelle von 1,90 USD pro Tag verwendet (Bohr & Janßen, 2022; Gwariro et al., 2017). Relative Armut hingegen beschreibt das Unterschreiten eines in der Referenzgesellschaft anerkannten Lebensstandards und ist somit kontextabhängig (Bohr & Janßen, 2022). Der EU-Standard besagt, dass Personen als arm gelten, wenn sie über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Bevölkerung verfügen (van Rieën et al., 2024).

Die neuere Armutsforschung betrachtet Armut zunehmend als multidimensionales Phänomen, das über Einkommen hinausgeht und Aspekte wie Gesundheit, Bildung, politische und soziale Teilhabe sowie individuelle Freiheiten mit einbezieht. Der Capability Ansatz von Amartya Sen definiert Armut als Mangel an grundlegenden Fähigkeiten, die Menschen benötigen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können (Evangelista, 2010; Gwariro et al., 2017). In diesem Verhältnis ist Armut nicht ausschließlich ein Ressourcenmangel, sondern auch ein Mangel an Freiheit und Selbstverwirklichung.

Auch andere nicht-monetäre Ansätze zur Definition von Armut, wie etwa der von Robert Chambers, betonen Perspektiven der Betroffenen: Machtlosigkeit, Isolation, Verletzbarkeit, Abhängigkeit und soziale Entfremdung (Chambers, 2006; Gwariro et al., 2017). Ähnlich zeigt die internationale Studie *Voices of the Poor*, dass Menschen Armut insbesondere als Mangel an materiellen Ressourcen, Verlust sozialer und politischer Handlungsmacht sowie Unterversorgung durch öffentliche Infrastruktur beschreiben (Gwariro et al., 2017; Spicker, 2007).

Der Sozialwissenschaftler Paul Spicker identifiziert zwölf Bedeutungscluster, die Armut aus materieller, ökonomischer und sozialer Perspektive beschreiben, darunter Deprivation, Ressourcenmangel, Ungleichheit, Exklusion oder fehlende soziale Ansprüche (Spicker, 2007). Auch etablierte armutsstatistische Ansätze wie der Lebenslagenansatz, der Ansatz der materiellen Deprivation oder der Ressourcenansatz der EU, greifen diese Multidimensionalität auf, indem sie neben Einkommen auch Bildung, Gesundheit oder Erwerbsintegration berücksichtigen (Bohr & Janßen, 2022).

Auf Basis dieser unterschiedlichen Perspektiven ergibt sich ein durchaus konsistentes Bild: Armut ist ein komplexer, multidimensionaler Mangel an Wohlbefinden. Die im Projekt verwendete Definition orientiert sich dabei besonders an Gwariro et al. (2017) und wurde um Elemente aus anderen Literaturquellen erweitert:

Armut bezeichnet einen komplexen, multidimensionalen Mangel an Wohlbefinden. Sie zeigt sich in absoluter oder relativer Einkommensarmut sowie im Fehlen grundlegender materieller, sozialer und kultureller Ressourcen. Dazu zählen eingeschränkter Zugang zu Wohnen, Land, Bildung, gesundheitlicher Versorgung, gesunder Ernährung sowie zu grundlegender Infrastruktur wie Transport, Internet, Energie- und Wasserversorgung. Armut umfasst zudem die Unfähigkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe, Einschränkungen politischer und individueller Handlungsfreiheit sowie einen Mangel an Macht. Diese Situation ist häufig verbunden mit Diskriminierung, sozialer Exklusion und der Verletzung grundlegender Menschenrechte.

Zur statistischen Bezugnahme wird ergänzend der oben genannte EU-Standard verwendet, wonach Personen arm sind, wenn sie über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Bevölkerung verfügen (van Rieën et al., 2024).

Aus dieser Definition ergeben sich folgende **Armutsdimensionen**, die als Grundlage für die Erstellung des Systemdiagramms sowie für die Analyse der Nachhaltigkeitsstrategie und Klimaanpassungsstrategie NRWs dienen:

- Erfüllungsgrad notwendiger Ausgaben (Einkommen aus verschiedenen Quellen)
- Zugang zu gesunder Ernährung
- Zugang zu notwendigen Konsumgütern
- Zugang zu Wohnraum
- Physische Gesundheit
- Mentale Gesundheit
- Zugang zu Infrastruktur
- Soziale Inklusion, politische Sichtbarkeit und Mitsprache

4.2 Armutsbeeinflussende Faktoren

Die Literatur identifiziert eine große Bandbreite an armutsbeeinflussenden Faktoren, die Armut verstärken oder verringern können. Diese Faktoren bilden zusammen mit den in der ersten Workshop-Reihe von Expert:innen identifizierten Faktoren die Grundlage des Systemdiagramms und dienen als Codes in der Analyse der Nachhaltigkeitsstrategie NRW. Im Folgenden wird eine strukturierte Zusammenfassung der wichtigsten Armutsfaktoren aus der Literatur dargestellt.

Ökonomische Faktoren

Einkommen	der unmittelbarste Einflussfaktor; steigt das Einkommen, sinkt das Armutsrisiko; sinkt es, steigt die Armut	(Kazazi & Küçükahmetoğlu, 2022)
Vermögen und Schulden	bestimmen die finanzielle Resilienz; Mangel an Vermögen oder hohe Verschuldung erhöhen die Verletzbarkeit	(Hande, 2023)
Arbeitslosigkeit	einer der stärksten Prädiktoren von Armut in Europa	(Bžanová & Kováč, 2024)
Prekäre Beschäftigung	führt zu Einkommensunsicherheit, schlechteren Arbeitsbedingungen und langfristiger Exklusion	(Pathiranage, 2024)
Wirtschaftswachstum	kann Armut verringern, löst aber Ungleichheit nicht automatisch auf	(Kazazi & Küçükahmetoğlu, 2022)

Soziale und kulturelle Faktoren

Bildung	zentral für Beschäftigungsfähigkeit; höhere Bildung verbessert Jobchancen und reduziert Armutsrisiko	(Gwariro et al., 2017; Spada et al., 2024)
Körperliche und mentale Gesundheit und Behinderung	beeinflussen die Erwerbsfähigkeit stark; gesundheitliche Einschränkungen erhöhen Armutsrisiken	(Rohwerder, 2016; Sompolska-Rzechuła & Kurdyś-Kujawska, 2022)
Soziale Inklusion/Exklusion	Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe vertieft Armut	(Atkinson, 1998; Spicker, 2007)
Diskriminierung und soziale Ungleichheit	erschweren Zugang zu Arbeit, Bildung und Wohnen, steigern damit Armutsrisiken	(Rohwerder, 2016; Spannagel & Zucco, 2022)
Politische Teilhabe	fehlende Mitsprache bedeutet weniger Zugang zu Ressourcen oder Rechten	(Spannagel & Zucco, 2022)

Lebenshaltung und Versorgung

Wohnkosten	zentraler Armutsfaktor, da steigende Mieten finanzielle Notlagen verschärfen oder sogar zu Wohnungslosigkeit führen können	(Eurofound, 2021)
Energiekosten und Energiekrise	erhöhen Energiearmut und finanzielle Belastung; stellen eine Gesundheitsgefahr dar, wenn Wohnungen nicht ausreichend geheizt oder gekühlt werden können	(Barnard, 2023)
Lebenshaltungskosten und Inflation	treffen Haushalte mit geringerem Einkommen besonders hart; erschweren Zugang zu gesunder Ernährung und anderen wichtigen Konsumgütern	(Barnard, 2023)

Infrastrukturelle Faktoren

Fehlende Infrastruktur (Mobilität, Internet, Wasser, Energie, Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten)	begrenzt Zugang zu Chancen und erhöht Armut	(Sompolska-Rzechuła & Kurdyś-Kujawska, 2022)
---	---	--

Externe Schocks und Vulnerabilität

Konflikte, Krankheit, Klimawandel oder Wirtschaftskrisen	verstärken Armut und reduzieren Bewältigungskapazitäten	(Rohwerder, 2016; Sompolska-Rzechuła & Kurdyś-Kujawska, 2022)
--	---	---

Tabelle 3: Übersicht der armutsbeeinflussenden Faktoren

4.3 Konstruktion des Systemdiagramms

Das Systemdiagramm dient einer sektorenübergreifenden, explorativen Analyse potenzieller Auswirkungen politischer Maßnahmen auf die Lebensqualität armutsbetroffener Menschen. Um das Systemdiagramm zu entwickeln, wurde ein iterativer und partizipativer Prozess genutzt. Im Folgenden wird der Konstruktionsprozess beschrieben. Darüber hinaus bietet das Kapitel Informationen zur Interpretation und digitalen Bedienung des interaktiven Online-Diagramms.

Der Prozess zur Erstellung des Systemdiagramms lehnt sich an die beschriebenen partizipativen Methoden von Enserink et al. (2022) und Barbrook-Johnson und Penn (2022) an. Ziel war es, mithilfe von armutsbetroffenen Erfahrungsexpert:innen und Fachexpert:innen in einem niedrigschwelligen und inklusiven Prozess ein Kausaldiagramm zu konstruieren, das verschiedene Perspektiven berücksichtigt. Dabei wurden in der ersten Iteration des Workshops Einflussfaktoren und Aspekte der Armutsdefinition in Einzel- und Gruppenarbeit gesammelt. Zunächst konnten alle Personen einzeln Begriffe zur Armutsdefinition auf Karten schreiben, die anschließend gemeinsam gesammelt, diskutiert und gruppiert wurden. Dabei erfolgte auch eine Zuordnung zu zuvor per Recherche identifizierten Armutsindikatoren, wobei es trotz begrifflicher Unterschiede (z. B. von „Zugang zu gesunder Ernährung“ und „Hunger“) große inhaltliche Überschneidungen und Präzisierungen gab.

Auf ähnliche Weise wurden Einflussfaktoren gesammelt. Zunächst schrieb jede Person auf Karten einzelne Aspekte, die aus ihrer Sicht die Entwicklung von Armut beeinflussten. Anschließend konnte Jede Person ihre Einflussfaktoren vorstellen, und sie wurden angepinnt, wobei sie bereits inhaltlich sortiert wurden. Anschließend wurden zwischen den identifizierten Faktoren Verbindungen geschaffen. Basierend auf vorangegangenen Recherchen wurden anhand der Workshop-Materialien iterativ im CSCP Systemdiagramme weiterentwickelt, um aus den Eindrücken der Workshops und der Recherche ein kohärentes Diagramm zu erstellen.



Abbildung 1: Erstellung eines Systemdiagramms bei Beiratsmitgliedern

Um eine Analyse politischer Maßnahmen anhand des Systemdiagramms zu ermöglichen, wurde das Modell in Input, Throughput und Output aufgeteilt. Die Input-Seite stellt dabei politische Maßnahmen dar, während die Output-Seite die Dimensionen der Armutsdefinition aufgreift. Der Throughput bildet das System im engeren Sinne ab. Er stellt abstrahiert die Lebenserfahrung von armutsbetroffenen Personen auf individueller Ebene dar. Das System spiegelt somit den abstrahierten Raum wider, der die subjektive Erfahrung

armutsbetroffener Personen prägt. Die Systemgrenzen befinden sich somit am Übergang zu über-individuellen Veränderungen. Dies bedeutet, dass relevante Einflussfaktoren, die außerhalb der individuellen Ebene stehen und sich eher über die Meso- oder Makroebene definieren, wie beispielsweise Wirtschaftskonjunktur, Geschwindigkeit technologischer Entwicklung, oder gesetzliche Regelungen zu Sozialhilfen, als externe Faktoren definiert sind.

Im Prozess der Konsolidierung der Workshop- und Rechercheergebnisse wurde auch die Armutsoperationalisierung an das Systemdiagramm angepasst. Dies erfolgte vor allem, um die visuelle Komplexität des Systemdiagramms zu reduzieren. Darüber hinaus diente es der methodischen Kohärenz, da die Armutsbegriffe vor allem als Output-Faktoren definiert werden sollten, weshalb Rückbezüge in das System methodisch unerwünscht wären (Enserink et al., 2022). Infolgedessen wurden beispielsweise Aspekte wie Einkommen und Ausgaben in das System als Throughput-Faktoren integriert und die Output-Seite hingegen um den „Erfüllungsgrad notwendiger Ausgaben“ abstrahiert. Dabei wurde darauf geachtet, dass alle Aspekte über die abstrahierten Faktoren weiterhin abgedeckt werden können.

Zu beachten ist, dass die strikte Unterscheidung zwischen Output und Throughput vor allem der Methodik und Analyse dient. Die tatsächlich erlebten Systeme von Armutsbetroffenen sind hingegen wesentlich zirkulärer, da die Folgen der Armutsdimensionen konkrete Auswirkungen auf weitere armutsfördernde Faktoren haben können. So kann ein monatliches Haushaltsdefizit zu Schulden führen, was weitere Abhängigkeiten schafft, die psychologische Gesundheit belastet und Freiräume einschränkt. Besonders deutlich werden diese Rückkopplungen, wenn man Armut als einen belastenden Zustand betrachtet, der die Leistungsfähigkeit und Gesundheit von Armutsbetroffenen reduziert und zu einer selbstverstärkenden Dynamik führen kann. Diese Dynamik, welche in den Workshops seitens der Erfahrungsexpert:innen beschrieben wurde, lässt sich auch in Publikationen zur öffentlichen Gesundheit feststellen (Aigner et al., 2023; Kluge et al., 2019).

Das finale Systemdiagramm erstreckt sich über mehrere Subsysteme. Dabei sind vor allem das System der **Diskriminierungserfahrungen**, das System von **Beruf** und **Einkommen** sowie das System der **Bildung** hervorzuheben. Diese Subsysteme stellen im Diagramm zentrale Bereiche dar, deren Auswirkungen sich auf alle Armutsfaktoren erstrecken. Das Subsystem der Diskriminierungserfahrungen ist dabei mit dem der Bildung sowie dem von Beruf und Einkommen verbunden. Durch wechselseitige Auswirkungen über Rückkopplungen (Feedback-Loops) entfalten sich selbstverstärkende Effekte. Dies bedeutet, dass Maßnahmen, die in diesen Subsystemen ansetzen, eine **besonders große Hebelwirkung** entfalten können und sich auf nachgelagerte Subsysteme, wie Mobilität, Wohnraums und das soziale Umfeld, auswirken. Ein weiteres zentrales System ist das Subsystem der Gesundheit, welches einen Effekt auf das berufliche System und die Leistungsfähigkeit hat und zugleich mit dem Subsystem der Diskriminierungserfahrungen verknüpft ist. Die empfohlenen Maßnahmen zielten daher darauf ab, diese zentralen Subsysteme gezielt positiv zu beeinflussen, um eine größtmögliche Wirkung zu entfalten. Bei der Interpretation der Auswirkungen ist zu berücksichtigen, dass längere Wirkungsketten, die über mehrere Faktoren verlaufen, langsamer und mittelbarer ihre Wirkung entfalten. Zudem ist das Modell qualitativ und explorativ zu interpretieren und nicht als quantitatives Werkzeug zu verstehen.

In den folgenden Unterkapiteln finden sich Abbildungen des Systemdiagramms, inklusive Teilabbildungen zu den empfohlenen Maßnahmen. Das Systemdiagramm kann online über [Kumu.io](https://kumu.io) abgerufen werden. Die Nutzeroberfläche ermöglicht es, das Diagramm durch Zoomen zu vergrößern oder den Fokus auf einzelne Faktoren zu legen. Über ein Dropdown-Menü, das sich mittig über dem Systemdiagramm befindet, können einzelne Handlungsoptionen ausgewählt und die Auswirkungen deutlich hervorgehoben werden.

Der folgende QR-Code führt ebenfalls zum interaktiven Systemdiagramm:



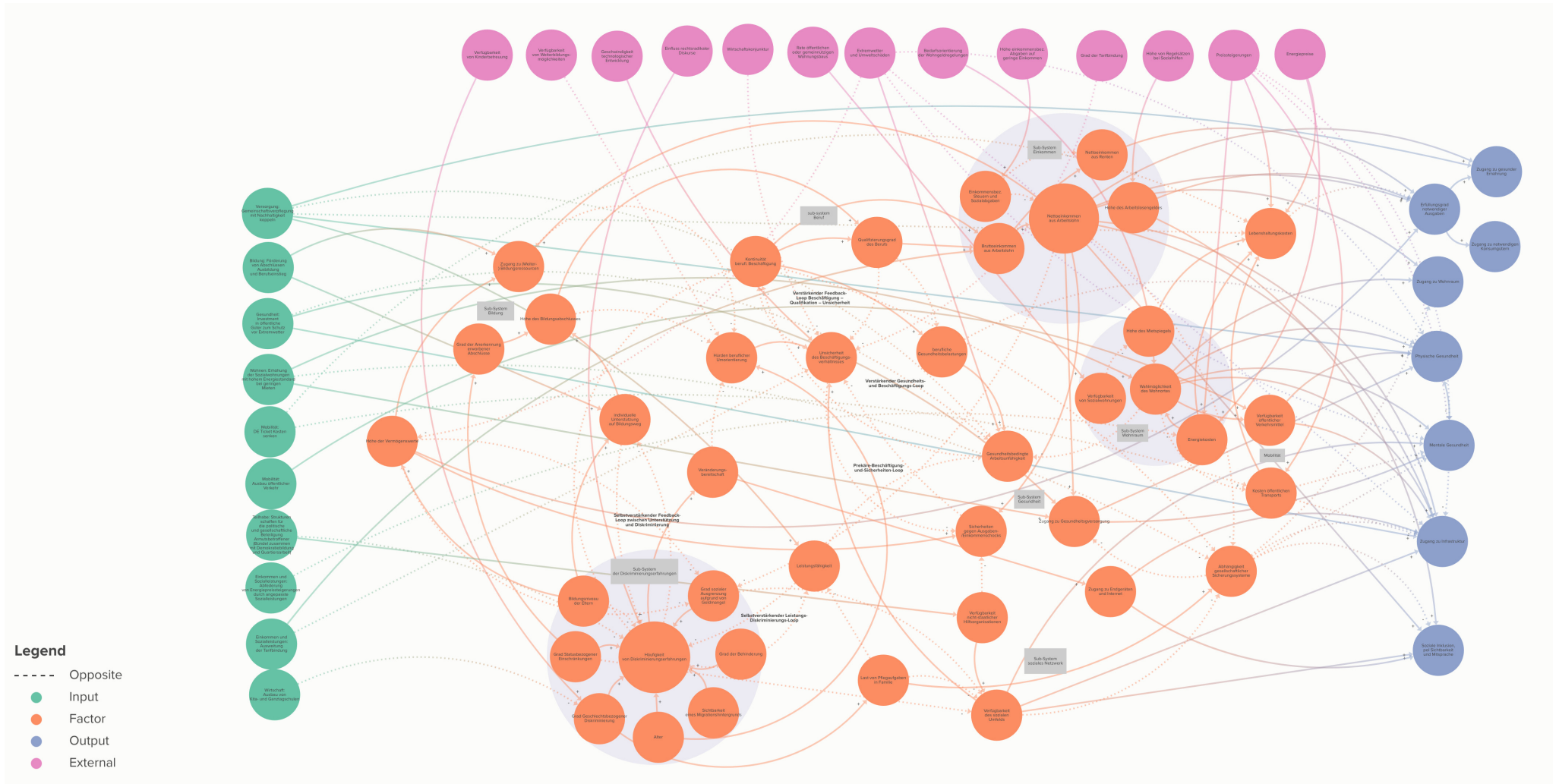


Abbildung 2: Das finale Systemdiagramm

5. Analyse der Nachhaltigkeitsstrategie NRW und der Klimaanpassungsstrategie NRW

5.1 Einführung der analysierten Strategien

Grundlage und Schwerpunkt der Analyse bilden die Nachhaltigkeitsstrategie NRW aus dem Jahr 2020 sowie die Klimaanpassungsstrategie NRW aus dem Jahr 2024. Diese Strategien wurden ausgewählt, da sie zum einen die Themen Nachhaltigkeit und präventiver Klimaschutz sehr breit adressieren und zum anderen auch die Folgen des Klimawandels berücksichtigen. In Kombination bilden die Strategien somit ein breites Spektrum an Maßnahmen im Rahmen der Nachhaltigkeitstransformation ab.

Die Nachhaltigkeitsstrategie stellt eine verbindliche politische Leitlinie des Landes NRW dar. Ministerien und Behörden sind angehalten, ihre Maßnahmen an den formulierten Zielen auszurichten. Sie ist jedoch nicht rechtsverbindlich. Inhaltlich ist sie entlang der 17 Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen strukturiert und beschreibt landesspezifische Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung dieser globalen Nachhaltigkeitsagenda. Die Nachhaltigkeitsstrategie wird turnusmäßig alle vier Jahre fortgeschrieben.⁴

Die Klimaanpassungsstrategie NRW legt einen spezifischen Fokus auf die Bewältigung der bereits spürbaren und künftig zunehmenden Klimafolgen. Durch ihre Anbindung an das Klimaanpassungsgesetz sind die Klimaanpassungsziele rechtlich verbindlich, insbesondere für öffentliche Akteure. Ziel dieser Strategie ist es, klimabedingte Risiken und Schäden für Bevölkerung, Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt zu reduzieren und die Klimaresilienz des Landes zu stärken. Im Mittelpunkt stehen dabei unter anderem Folgen von Hitze, Dürre, Starkregen und Überflutungen sowie deren Auswirkungen auf Gesundheit, natürliche Ressourcen und wirtschaftliche Stabilität. Die Klimaanpassungsstrategie wird in einem fünfjährigen Zyklus überarbeitet.

Beide Strategien wurden systematisch entlang der zuvor identifizierten armutsrelevanten Einflussfaktoren analysiert. Diese Faktoren bilden das analytische Gerüst der Untersuchung und dienten zugleich als Codes für die Auswertung der Strategiedokumente. Auf dieser Grundlage wurden die aus den Armutsfaktoren abgeleiteten Themenfelder systematisch mit der Nachhaltigkeitsstrategie sowie der Klimaanpassungsstrategie Nordrhein-Westfalens abgeglichen, um zu analysieren, inwieweit diese Themenfelder und die ihnen zugeordneten Armutsfaktoren in den beiden Strategien berücksichtigt oder ausgelassen werden.

5.2 Narrative der Strategien

Die folgende Analyse der narrativen Schwerpunkte beider Strategien dient dazu, zentrale Themen, Leitbilder und implizierte Annahmen herauszuarbeiten sowie bestehende Lücken in Bezug auf armutsrelevante Wirkungsmechanismen sichtbar zu machen. Dabei steht nicht eine vollständige Bewertung einzelner Maßnahmen im Vordergrund, sondern die Frage, welche Armutsfaktoren innerhalb der strategischen Rahmensezung explizit adressiert, implizit mitgedacht oder weitgehend ausgeblendet werden.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die beiden analysierten Strategien unterschiedliche Zielsetzungen, Reichweiten und institutionelle Einbettungen aufweisen. Die Nachhaltigkeitsstrategie NRW ist thematisch breit angelegt und deckt ein umfassendes Spektrum ökologischer, sozialer und ökonomischer Handlungsfelder ab. Entsprechend ist sie in nahezu allen identifizierten Themenbereichen relevant. Die Klimaanpassungs-

⁴ Der Entwurf der neuen Strategie erschien zur öffentlichen Konsultation am 4. Dezember 2025. Ein Ausblick auf den Strategieentwurf findet sich in Abschnitt 7.3.

strategie NRW hingegen verfolgt einen deutlich gezielteren Ansatz. Sie konzentriert sich primär auf die Bewältigung konkreter Klimafolgen und vertieft insbesondere Themenbereiche wie Gesundheit, Infrastruktur, Wasser, Stadtentwicklung und Versorgung für den Katastrophenfall. Die Strategien werden daher nicht symmetrisch herangezogen, sondern jeweils entlang ihrer inhaltlichen Logik und Zuständigkeit analysiert.

Zudem ist zu beachten, dass sowohl die Nachhaltigkeitsstrategie als auch die Klimaanpassungsstrategie zahlreiche Themen und Maßnahmen umfassen, die nicht in der unmittelbaren Zuständigkeit des Umweltministeriums liegen. Viele der benannten Handlungsfelder werden durch andere Ressorts, Fachstrategien oder Programme mit größerem Detail ausgearbeitet und umgesetzt. Die vorliegende Analyse erhebt daher nicht den Anspruch, sämtliche bestehenden Maßnahmen oder politischen Aktivitäten des Landes vollständig abzubilden und zu bewerten. Vielmehr soll sie identifizieren, ob armutsrelevante Themen in den Strategien angemessen adressiert werden. Entsprechend können Lücken, die innerhalb der analysierten Dokumente sichtbar werden, außerhalb der Strategien durchaus bereits adressiert sein.

Gleichzeitig ist es ein zentrales Anliegen dieser Untersuchung, genau jene Lücken aufzuzeigen, in denen armutsrelevante Themen innerhalb der strategischen Narrative nicht oder nur minimal behandelt werden. Auch wenn operative Zuständigkeiten andernorts liegen, ist die explizite Benennung solcher Faktoren von hoher Bedeutung, da sie politische Prioritäten setzt, ressortübergreifende Kohärenz fördert und den Rahmen für eine sozial gerechte Ausgestaltung von Klima- und Nachhaltigkeitspolitik vorgibt. Die folgenden Ausführungen verstehen sich daher als Beitrag zu einer systemischen Reflexion darüber, inwiefern Armut als Querschnittsthema in den strategischen Leitdokumenten des Landes verankert ist, welche armutsrelevanten Wirkungspotenziale klima- und nachhaltigkeitspolitischer Maßnahmen aufweisen und wo hierfür konkreter Handlungsbedarf besteht. Die Lücken wurden durch einen Abgleich des Armutsverständnisses dieser Studie (armutsbeeinflussende Faktoren sowie Armutsdimensionen) mit den Inhalten der beiden Strategien identifiziert.

5.2.1 Zentrale Themen und bestehende Lücken

Digitalisierung und Innovation bilden das erste zentrale Thema, welches sich durch die gesamte Nachhaltigkeits- sowie Klimaanpassungsstrategie zieht. Es erscheint unter anderem sehr zentral in den Zielen und Maßnahmen der Themen Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Arbeit und Industriewandel. Digitalisierung soll dabei unter anderem in diesen Bereichen bessere Zugänge und Versorgung schaffen. Nach vergleichender Analyse mit den dieser Studie zugrunde liegenden armutsbeeinflussenden Faktoren fehlt in diesem Schwerpunkt eine Adressierung des Zugangs zu digitalen Endgeräten und damit zu vielen Dienstleistungen und Vorteilen.

Weitere zentrale Punkte im Narrativ der Nachhaltigkeitsstrategie sind **Bildung und Arbeit als Prävention von Armut**. So sollen unter anderem bessere Qualifizierung, lebenslanges Lernen und eine verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt beispielsweise (Langzeit-) Arbeitslosigkeit vermeiden und damit Armut reduzieren. Auch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Arbeit soll dazu beitragen, mehr Eltern, insbesondere Frauen, Teil- oder Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen. Hier fehlen jedoch konkrete Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung (wie etwa eine Ausweitung der Kita Plätze).

Des Weiteren stehen **Industrie- und Energiewende⁵ sowie die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit** NRWs im Fokus. Durch Modernisierung, Digitalisierung, und den Wechsel zu nachhaltiger Energie und Produktion, soll NRW als Standort weiter gestärkt und es sollen neue (grüne) Arbeitsplätze geschaffen werden. Jedoch fehlen explizite Maßnahmen, um Menschen für diese neuen Jobs, die häufig mit neuen Anforderungen verbunden sind, zu qualifizieren. Es fehlt zudem eine Würdigung des Risikos von Arbeitsplatzverlusten, das mit dem Arbeitsmarktwandel einhergeht. Wie betroffene Arbeiter:innen wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert und ggf. umqualifiziert werden können, wird in der Nachhaltigkeitsstrategie nicht gezielt behandelt.

⁵ Der Themenbereich der Energiewende geht über den inhaltlichen Rahmen der Klimaanpassungsstrategie hinaus.

Auch das Thema **Gesundheit** ist in den untersuchten Strategien stark repräsentiert. Zum einen gibt es Maßnahmen, um Gesundheitsprävention, vor allem für sozial schwächere Gruppen, voranzutreiben, Angebote auszuweiten und Gesundheitseinrichtungen durch Digitalisierung zu modernisieren. Zudem gibt es in der Klimaanpassungsstrategie ein großes Handlungsfeld, das den Schutz vor Klimabelastungen ausweiten soll. Durch verschiedene Maßnahmen soll NRW klimaresilienter gemacht werden, was Menschen vor Hitze, Dürren, Starkregen und anderen Auswirkungen des Klimawandels schützen soll.

5.2.2 Weitere Lücken

Neben Lücken innerhalb zentraler Handlungsfelder gibt es Themenbereiche, die in den Strategien zwar aufgeführt werden, deren Ausgestaltung jedoch kaum spezifische Antworten auf die Lebenslagen armutsbetroffener Menschen bietet. Die sozialen Auswirkungen bleiben hier weitgehend unbeachtet oder werden nicht in konkrete, zielgruppenspezifische Maßnahmen übersetzt.

Dazu zählen zum Beispiel **Wohn- und Energiekosten**. Obwohl der Zugang zu Wohnraum und die Energieversorgung angesprochen werden, werden Kosten von Energie und Wohnraum bzw. konkrete Maßnahmen zur Kostenreduzierung nicht erwähnt. Dies ist insbesondere infolge der Energiekrise und starken Inflation der letzten Jahre sowie der zunehmenden Wohnungsknappheit ein Problem, das dringend adressiert werden muss, um Armut effektiv entgegenzuwirken.

Zudem kommt es in städtischen Gebieten zu einem zusätzlichen Spannungsfeld, das den Zugang zu (günstigem) Wohnraum erschwert. Die Maßnahmen, die zur Klimaresilienz und Nachhaltigkeit von Stadtgebieten beitragen sollen, können als Nebenwirkung zu **Gentrifizierung** führen, insbesondere wenn durch die Schaffung von Parks oder durch Sanierungen Mieten teurer werden. Dies erschwert nicht nur den Zugang zu Wohnraum, sondern schließt auch einkommensschwächere Gruppen von den Gesundheitsvorteilen dieser Maßnahmen aus. Diese Spannung wird zwar innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie angesprochen, es fehlen jedoch konkrete Maßnahmen, um sie zu überbrücken.

Ein weiteres Themenfeld, das in den beiden Strategien kaum explizit vorkommt, betrifft **Alter, Pflege sowie sozialer Isolation und Einsamkeit**. Obwohl soziale Teilhabe durch Unterstützung für soziales Engagement und Ehrenamt gestärkt werden soll, werden diese Bereiche sowie Kosten für Pflege oder auch Freizeitmöglichkeiten kaum angesprochen. Dabei sind sie aufgrund ihrer Auswirkungen auf die mentale Gesundheit und Integration in der Gesellschaft entscheidend für die Armutsminderung. Auch politische Teilhabe, vor allem von sozial benachteiligten Gruppen und Minderheiten, wird bislang nicht durch konkrete Maßnahmen unterstützt. Dies kann dazu führen, dass insbesondere armutsbetroffene Gruppen von politischen Entscheidungsträgern ungesehen bleiben, was wiederum zu politischen Entscheidungen führen kann, die Armut weiter begünstigen.

5.2.3 Zwischenfazit

Die Nachhaltigkeitsstrategie und die Klimaanpassungsstrategie beziehen sich auf viele unterschiedliche Themenfelder, die zahlreiche für Armut relevante Bereiche mit abdecken. Allerdings bestehen in manchen dieser Felder Lücken, die Armut verstärken können, während andere armutsrelevante Themen grundsätzlich unterrepräsentiert sind. Im Allgemeinen wird ein Fokus auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit als ökonomisches Instrument deutlich, der sich durch Strukturwandel, Bildung, und selbst Gesundheit zieht. Armut wird in diesem Zusammenhang häufig ökonomisch verstanden, etwa als Folge von mangelnder Bildung, fehlender Arbeitsmarktintegration und individueller Leistung, und soll durch Verbesserung in diesen Bereichen gemindert werden. Systemische oder strukturelle Ursachen von Armut, beispielsweise steigende Lebenshaltungskosten, Mietpreise oder der Wegfall von Arbeitsplätzen, werden dabei weniger thematisiert. **Dadurch entsteht der Gesamteindruck, dass sich die Strategien in Bezug auf Armut stärker auf individuelle Anpassungs- und Bildungsleistungen konzentrieren und weniger auf strukturelle Armutsursachen oder verteilungspolitische Hebel.** Wie sich die einzelnen Maßnahmen, die in den Strategien genannt werden, auf Armut auswirken, wird nun im Folgenden genauer untersucht.

5.3 Armutsrelevante Wirkungspotenziale der in den Strategien genannten Maßnahmen

Im Folgenden werden die Wirkungspotenziale der Strategien auf die Armutsentwicklung in den zentralen Themenbereichen dargestellt und abschließend durch eine Auflistung der relevanten Maßnahmen⁶ aus den Strategien ergänzt.

5.3.1 Wohnen und Energie

Der Zugang zu Wohnraum ist ein zentraler Aspekt von Armut. Dabei geht es nicht nur um Wohnungsverfügbarkeit, sondern auch um Wohn- und Energiekosten. Die Nachhaltigkeitsstrategie NRW enthält Maßnahmen zur Reduzierung von Wohnungslosigkeit und Energiearmut. Zudem beinhaltet die Klimaanpassungsstrategie weitere Maßnahmen zu energetischer Sanierung von (Wohn-)Gebäuden. Der Schwerpunkt der Strategien liegt darin, sozialen Zugang zu Wohnraum und Energieversorgung mit der Modernisierung hin zu einem energieeffizienten, klimafreundlichen Gebäudebestand in Einklang zu bringen.

Wohnungsnot und die zunehmende soziale Spaltung auf dem Wohnungsmarkt werden als zentrale Herausforderungen angesprochen. Besonders betont wird die Situation von Menschen ohne Wohnung, in Übergangsunterkünften oder mit akutem Wohnungsverlust. Programme wie „Endlich ein Zuhause“ sollen Wohnungsverluste verhindern und die Lebenslagen wohnungsloser Menschen stabilisieren. Ein zentrales Spannungsfeld bildet die Kombination aus bezahlbarem Wohnraum, energetischer Sanierung und lebenswerter bzw. nachhaltiger Stadtentwicklung. Dass solch unterschiedliche Interessen in der Stadtplanung zu Problemen führen können, wurde auch von den Expert:innen innerhalb der Workshops hervorgehoben. Da Faktoren wie Gentrifizierung und hohe (Um-)Baukosten Zielen wie bezahlbarem Wohnraum im Wege stehen können, ist die Verfügbarkeit von Fördermitteln von besonderer Bedeutung. Öffentliche Wohnraumförderung wird als zentrales Instrument positioniert, gekoppelt mit groß angelegten Modernisierungs- und Quartiersprogrammen. Dabei sollen der alte Gebäudebestand energetisch saniert und Quartiere klimaresilient gestaltet werden.

Beim Thema Energie setzen die Strategien auf die nachhaltige Energiewende. Der Ausbau erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und Digitalisierung gelten als Schlüssel, um NRW klimaneutral und wirtschaftlich zukunftsfähig zu machen. Da die Energiewende soziale Belastungen mit sich bringen kann, betont die Landesregierung das Ziel, eine bezahlbare Energieversorgung für alle zu sichern und insbesondere der Energiearmut vorzubeugen. Beratungs- und Präventionsangebote, wie etwa durch das langjährige Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“, das 2021 abgeschlossen wurde, sollen Energiesperren vermeiden und vulnerable Haushalte unterstützen.

Zudem haben sich mit dem vorgezogenen Kohleausstieg bis 2030 und der Energiekrise der letzten Jahre die Rahmenbedingungen seit der Veröffentlichung der Strategie 2020 deutlich verschärft. Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Energiearmut werden damit noch dringlicher.

Innerhalb der durchgeführten Workshops wurde zudem angesprochen, dass eine Energieeffizienzsteigerung und damit einhergehende Kostensenkung oft nur dann sinnvoll sind, wenn das Gebäude baulich die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt. Häufig sind jedoch gerade Gebäude, in denen einkommensschwächere Menschen leben, nicht entsprechend ausgestattet. Zudem wurde argumentiert, dass ein gewisses technisches Wissen vorhanden sein muss, um Energieeffizienzmaßnahmen praktisch umsetzen zu können.

⁶ Weitere Maßnahmen aus den Strategien in den diskutierten Themenfeldern befinden sich im Anhang 11.2.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass trotz der Programme zur Wohnraumsicherung und Energiearmutsprävention wesentliche strukturelle Herausforderungen, insbesondere steigende Bau- und Energiekosten sowie mögliche Belastungen durch Gentrifizierung und energetische Sanierung, weiterhin ungelöst bleiben.

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
Landesinitiative „Endlich ein Zuhause“	Unterstützung wohnungsloser oder von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen; Prävention und Kältehilfe	↑ Zugang zu Wohnraum ↑ Physische & mentale Gesundheit ↑ Zugang zu Gesundheitsversorgung ↑ Abhängigkeit gesellschaftlicher Sicherungssysteme, Sicherheit Gesamt: armutsmindernd
„Besser Wohnen - Zuhause im Quartier“	verbesserte Wohnqualität, energetische Sanierung; jedoch Gefahr steigender Mieten ohne Mietpreisbindung	↑ Mietpreise ↓ Energiepreise ↓ Wahlmöglichkeit des Wohnortes ↑ ↓ Zugang zu Wohnraum ↑ Gesundheit Gesamt: neutral bis leicht armutssteigernd
Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“	bietet Beratung für einkommensschwache Haushalte und beugt Energiearmut vor - ausgelassen	↓ Energiearmut ↑ Physische & mentale Gesundheit, ↓ Schulden Gesamt: armutsmindernd, ausgelassen
Energiearmutsberatung der Verbraucherzentrale NRW	Beratungsangebot der Verbraucherzentrale seitdem „NRW bekämpft Energiearmut“ ausgelassen ist	↓ Energiearmut ↑ Physische & mentale Gesundheit, ↓ Schulden Gesamt: armutsmindernd

Tabelle 4: Ausgewählte Maßnahmen Wohnen und Energie | Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
Förderung von Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung im geförderten Wohnungsbau	Förderung von Klimaanpassung bei Neubau und Bestand von Gebäuden, Dachbegrünungen, Fassadenbegrünungen, Retentionsflächen, Maßnahmen zur Energieeffizienz die Temperatur bei Hitzewellen und Kälteeinbrüchen stabiler halten sollen.	↓ Energiearmut ↑ Physische & mentale Gesundheit ↓ Warmmiete ↑ Gentrifizierungsrisiko Gesamt: armutsmindernd, aber Gefahr von Gentrifizierung

Entwicklung und Anwendung einer Systematik zur integrierten Bewertung sozial-ökologischer Problemlagen in Städten (Pilotprojekt)	Entwicklung und kostenfreie Bereitstellung eines Online-Planungstools mit dem stadt- und regionalplanerische Entscheidungen auf ihre Auswirkungen hinsichtlich Hitze geprüft und abgewogen werden können.	 Gesundheit  Zugang zu Infrastruktur  Ungleichheiten  Schutzlosigkeit, Belastung durch Wetter oder Schadstoffe Gesamt: armutsmindernd
--	---	--

Tabelle 5: Ausgewählte Maßnahmen Wohnen und Energie | Klimaanpassungsstrategie

5.3.2 Mobilität und Infrastruktur

Die Nachhaltigkeitsstrategie NRW und Klimaanpassungsstrategie NRW verstehen Infrastruktur als zentrale Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse, wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe. Dazu gehören sowohl klassische physische Infrastruktur wie Verkehrswege, öffentlicher Transport, Energie- und Wassernetze, Krankenhäuser und Bildungseinrichtungen als auch moderne digitale Infrastrukturen wie Breitband oder öffentliches WLAN. Der strategische Fokus liegt deutlich auf einer umfassenden Modernisierung, die sowohl ökologische Ziele (Klimaschutz, Klimaresilienz, emissionsarme Mobilität) als auch soziale Aspekte (soziale Teilhabe, Sicherheit, gleichwertige Chancen) miteinander verbinden soll.

Ein Kernaspekt insbesondere der Nachhaltigkeitsstrategie ist der beschleunigte Ausbau digitaler Infrastruktur. Damit sollen sowohl wirtschaftliche Innovationsziele als auch soziale Ziele erreicht werden (z. B. gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land). Digitale Teilhabe und flächendeckender Breitbandausbau werden als Voraussetzungen für Zugang zu Bildung, Arbeit, Gesundheit und Mobilität definiert. NRW investiert damit mehrere Milliarden Euro in Programme wie den Gigabit-Masterplan. Gleichzeitig besteht allerdings das Risiko, dass soziale Ungleichheit verstärkt wird, wenn einkommensschwächere Gruppen von Endgeräten, Kompetenzen oder vom Zugang ausgeschlossen bleiben.

Des Weiteren wird Mobilität als Grundbedingung von Teilhabe, Beschäftigung und Lebensqualität beschrieben. Die Nachhaltigkeitsstrategie setzt deshalb auf den Ausbau eines nachhaltigen, gut vernetzten Mobilitätssystems, das Stadt und Land gleichermaßen erreicht. Wichtige Bausteine sind:

- die Stärkung und Modernisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durch dichtere Taktung, neue Linien und die Reaktivierung von Strecken
- die Digitalisierungsinitiative für den ÖPNV
- die Förderung klimafreundlicher Alternativen wie Elektromobilität

Mobilität soll sozial gerecht, klimafreundlich und flächendeckend zugänglich gemacht werden. Bestehende Maßnahmen wie das NRW-Sozialticket oder regionale Sozialtickets können zudem einkommensschwachen Haushalten einen günstigeren Zugang zum ÖPNV ermöglichen. Dennoch bestehen strukturelle Risiken, da ländliche Räume weiterhin schlecht angebunden sind, die Förderung der Elektromobilität tendenziell Haushalte mit höherem Einkommen begünstigt und sinkende Einnahmen der Kommunen durch das Deutschlandticket zu lokalen Preissteigerungen oder Taktverringeringen führen können.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der nachhaltigen und klimafesten Gestaltung von (städtischer) Infrastruktur. Dies beinhaltet beispielsweise die klimaresiliente Stadtentwicklung, den Abbau von Angst- und Gefahrenräumen sowie die Barrierefreiheit. Auch die Klimaanpassungsstrategie sieht infrastrukturelle Maßnahmen vor. Beispiele sind die Förderung der kommunalen Klimaanpassung, die Begrünung von Infrastruktur oder der Schutz von Infrastruktur und Menschen vor Extremwetterereignissen.

Infrastruktur und Mobilität werden also klar als soziale Themen verstanden. Sie ermöglichen oder verhindern Teilhabe sowie Zugänge zu Arbeit, Bildung, Gesundheit und öffentlichem Leben. Beide Strategien zeigen ein starkes Bekenntnis zur Modernisierung, Digitalisierung und klimafreundlichen Mobilität. Allerdings

hängt der tatsächliche armutsreduzierende Effekt stark von der Umsetzung ab. Zugang, Kosten und regionale Ausgleichsmechanismen sind entscheidend, um bestehende soziale Ungleichheiten und Armutspotenziale nicht zu verschärfen.

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
progres.NRW - Förderung Elektromobilität	Klimaschutzmaßnahme ohne direkten Armutsbezug; E-Mobilität aufgrund hoher Anschaffungskosten für viele derzeit kaum bezahlbar ist	↑ Zugang zu nachhaltiger Mobilität ↓ Belastung durch Schadstoffe ↑ Gesundheit ↑ Soziale Ungleichheit Gesamt: neutral , potenzielle Verstärkung von Ungleichheiten
ÖPNV-Digitalisierungs-offensive	verbesserter Zugang zu Mobilität; besonders relevant für einkommensschwache Personen; kann jedoch auch ausschließen	↑ Zugang zu ÖPNV ! Zugang zu Technologie ! Technologie Kompetenz Gesamt: leicht armutsmindernd , aber potenzielle Verstärkung von Ungleichheiten
ÖPNV-Offensive	Streckenreaktivierung; Taktverdichtung; Ausbau im ländlichen Bereich; niedrigere Preise können armutsmindernd wirken	↑ Zugang zu öffentlichem Transport ↓ Transportkosten Gesamt: armutsmindernd
Gigabit-Masterplan NRW	Fokus auf Wirtschaft und Infrastruktur; nicht digitaler oder sozialer Inklusion; Teilhabeeffekte indirekt	↑ Zugang zu Internet ↑ Bildung ↑ Gesundheit ! Zugang zu Technologie ! Technologiekompetenz Gesamt: neutral bis armutsmindernd
NRW-Sozialticket / kommunale Sozialtickets	Subventionierung des Deutschlandtickets oder regionaler Verkehrstickets	↑ Zugang zu öffentlichem Transport ↓ Transportkosten Gesamt: armutsmindernd

Tabelle 6: Ausgewählte Maßnahmen Mobilität und Infrastruktur | Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene	Stärkung der grün-blauen Infrastruktur in Städten; Förderprogramme für Wohnungsbau, Begrünung und Mobilität; Fokus auf nachhaltige Stadtentwicklung	↑ Wohnungsverfügbarkeit ↑ Zugang zu Mobilität ↑ Zugang zu Infrastruktur und Versorgung ↑ Wohnkosten und Gentrifizierung Gesamt: armutsmindernd , aber Gefahr von Gentrifizierung

Fortführung der Initiative zur „Grünen Stadt“	Förderung multifunktionaler Flächennutzung; klimafreundliche Gestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen; Verbindung mit Mobilitätsangeboten; Regenwassermanagement; Aufenthaltsqualität	 Zugang zu Mobilität  Zugang zu Infrastruktur und Versorgung Gesamt: armutsmindernd
Entwicklung eines Tools zur Unterstützung der Planung hitzeresilienter Siedlungsentwicklung	kostenlose Bereitstellung von Trinkwasser an öffentlichen Orten durch Umlage; Fokus auf Schutz vor Überhitzung und Dehydrierung, speziell für vulnerable und einkommensschwache Gruppen	 Gesundheit  Zugang zu Infrastruktur und Versorgung  Schutzlosigkeit, Belastung durch Wetter oder Schadstoffe Gesamt: armutsmindernd
Sensibilisierung und Befähigung von Bürger:innen zur Umsetzung von Maßnahmen zur Klimaanpassung mit der Verbraucherzentrale	Text fehlt (Vorschlag: Informations- und Beratungsangebote zur Unterstützung bei Klimaanpassungsmaßnahmen)	 Gesundheit  Zugang zu Infrastruktur und Versorgung  Schutzlosigkeit, Belastung durch Wetter oder Schadstoffe  Bildung Gesamt: armutsmindernd
Überprüfung bestehender Informationsflüsse über Extremwetterereignisse	Analyse und Verbesserung der Datenflüsse zu Extremwetterereignissen; verkehrsträgerübergreifender Austausch; Ziel: frühzeitige Warnung und Handlungsmöglichkeiten für Mobilität und Infrastruktur	 Schutzlosigkeit, Belastung durch Wetter oder Schadstoffe Gesamt: neutral

Tabelle 7: Ausgewählte Maßnahmen Mobilität und Infrastruktur | Klimaanpassungsstrategie

5.3.3 Gesundheit

Gesundheit wird in der Nachhaltigkeitsstrategie NRW als eines der zentralen Querschnittsthemen verstanden, da sie soziale, ökologische und infrastrukturelle Aspekte verbindet. Die Strategie formuliert den Anspruch, allen Menschen in NRW einen gleichwertigen Zugang zu Gesundheitsgütern zu ermöglichen, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort. Gleichzeitig sollen gesundheitliche Belastungen durch Umwelt- und Klimafaktoren reduziert werden.

Ein weiterer Fokus der Nachhaltigkeitsstrategie ist die Reduzierung sozial bedingter Gesundheitsungleichheiten. Sie erkennt an, dass Erkrankungsrisiken wie Übergewicht, Bewegungsmangel, Suchterkrankungen oder psychische Belastungen in benachteiligten Lebenslagen stärker auftreten. Prävention und Gesundheitsförderung sollen daher gezielt vulnerable Gruppen adressieren. Dabei bilden das bestehende Präventionskonzept NRW sowie mehrere Landesinitiativen das Fundament der Strategie, die zudem niederschwellige Angebote, die Stärkung psychischer Gesundheit und die Modernisierung medizinischer Versorgung vorsieht. Die Digitalisierung des Gesundheitswesens spielt hier eine zentrale Rolle. Sie soll Angebote und Versorgung erleichtern und verbessern. Gleichzeitig wird auf strukturelle Herausforderungen hingewiesen, insbesondere auf den wachsenden Fachkräftemangel, der eine gerechte Versorgung erschwert.

Mit Blick auf die zunehmenden Extremwetterereignisse wird eine klare Verbindung zwischen Klimaanpassung und Gesundheitsschutz gesehen. Beide Strategien betonen den Bedarf an klimaresilienten Städten, guter Wasserverfügbarkeit und stabilen regionalen Ernährungssystemen. Auch hier zeigt sich ein sozialer Fokus, da Gesundheitsbelastungen aufgrund dieser Probleme einkommensschwache Haushalte überproportional treffen. Die geplanten Maßnahmen zu Klimaanpassung, Lärmschutz und Luftqualität sollen hier Abhilfe schaffen. Allerdings bleiben einige Probleme, wie etwa die Nitratbelastung der Gewässer, bestehen.

In den durchgeführten Workshops mit den Erfahrungsexpert:innen wurde deutlich, dass eine Digitalisierung von Gesundheitsangeboten mit Schwierigkeiten verbunden ist. Eine digitale Umsetzung kann Menschen mit wenig Technologieerfahrung zurücklassen. Außerdem ging aus den Erfahrungen hervor, dass es trotz der Maßnahmen zur Suchtprävention weiterhin zu wenig Unterstützung gibt, um Hilfsangebote sichtbarer, stetiger und näher an zentralen Versammlungsorten von Hilfsbedürftigen anzubieten. Viele Angebote bauen auf ehrenamtliches Engagement und bieten damit wenig strukturellen Halt. Letztlich wurde auch auf Mängel in der allgemeinen Versorgung der gesetzlichen Krankenversicherung hingewiesen, die häufig zu Zuzahlungen oder langen Wartezeiten für Termine führen. An dieser Stelle besteht dementsprechend Handlungsbedarf, um den Zugang zu Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

Expert:innen betonten zudem, dass Gesundheitsbeeinträchtigungen einer der wichtigsten Faktoren bei Langzeitarbeitslosigkeit sind. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass bei Armut aufgrund psychischer und körperlicher Belastungen Krankheiten zunehmen können, was schnell zu einer Spirale sich verstärkender Effekte führen kann. Effektive Gesundheitsmaßnahmen, die alle Menschen und insbesondere vulnerable Gruppen miteinbeziehen, sind daher zur Armutsbekämpfung von hoher Bedeutung.

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
Präventionskonzept NRW	Ziel: Senkung sozial bedingter Gesundheitsunterschiede; jedoch wenig armutsspezifisch	↑ Gesundheit ↓ Ungleichheit Gesamt: armutsmindernd
Ausbau digitaler Gesundheitsangebote	Kein Text (ggf. Digitalisierung von Gesundheitsleistungen zur Verbesserung von Zugang und Versorgung; Risiko digitaler Ausschlüsse für bestimmte Bevölkerungsgruppen)	↑ Gesundheit ↑ Zugang zu Infrastruktur und Versorgung ! Zugang zu Technologie ! Technologiekompetenz Gesamt: armutsmindernd, aber Risiko des ungleichen Zugangs

Tabelle 8: Ausgewählte Maßnahmen Gesundheit | Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
Etablierung eines zentralen Netzwerks für Hitzeschutz	regelmäßige Vernetzung und Koordination von Multiplikator:innen und relevanten Akteur:innen im Gesundheits- und Pflegebereich durch ein landesweites Netzwerk	↑ Gesundheit ↑ Leistungsfähigkeit ↓ Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter Gesamt: armutsmindernd

	und eine zentrale Koordinierungsstelle, um gezielte Arbeitsgruppen und Lösungen zum Hitzeschutz auszuarbeiten und umzusetzen	
Beratung und Qualifizierung zur kommunalen Hitzeaktionsplanung	Unterstützung und Beratung der unteren Gesundheitsbehörden sowie weiterer relevanter Fachstellen bei der Erstellung und Umsetzung kommunaler Hitzeaktionspläne; Berücksichtigung individueller Vulnerabilität und regionaler Gegebenheiten.	↑ Gesundheit ↑ Leistungsfähigkeit ↓ Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter Gesamt: armutsmindernd
Entwicklung und Durchführung einer Fortbildungs- und Workshopreihe für Kommunen zur integrierten Datennutzung Klima-Umwelt-Gesundheit-Soziales	Förderung interdisziplinärer Zusammenarbeit durch Fortbildungen und Workshops zur integrierten Planung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen; besondere Berücksichtigung gefährdeter Gruppen und Nutzung sozial-ökologischer Synergien	↑ Gesundheit ↑ Leistungsfähigkeit ↓ Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter Gesamt: armutsmindernd
Stärkung der Kommunikation und Aufklärung zu Auswirkungen von Hitze als Baustein für mehr klimasensible Gesundheitskompetenz	Verbesserung der Gesundheitskompetenz durch gezielte Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung sowie von Multiplikator:innen und Entscheidungstragenden zu den Gesundheitsrisiken durch Hitze und Klimawandel; Informationsangebote und Beratungen zum Selbstschutz mit Fokus auf Risikogruppen	↑ Gesundheit ↑ Leistungsfähigkeit ↓ Schutzlosigkeit und Belastung durch Extremwetter ↑ Bildung Gesamt: armutsmindernd
Stärkung des Ehrenamts im Katastrophenschutz sowie Steigerung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung	Text fehlt (ggf. Förderung von Engagement, Kompetenzen und Resilienz der Bevölkerung im Umgang mit Extremwetterereignissen)	↑ Gesundheit ↑ Leistungsfähigkeit und Durchhaltevermögen ↓ Schutzlosigkeit und Belastung durch Extremwetter ↑ Bildung Gesamt: armutsmindernd
Sensibilisierung und Befähigung der Bevölkerung zur Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen	Text fehlt (ggf. Informations- und Bildungsangebote zur Förderung eigenständiger Anpassungsmaßnahmen an Klimarisiken)	↑ Gesundheit ↑ Leistungsfähigkeit ↓ Schutzlosigkeit und Belastung durch Extremwetter ↑ Bildung Gesamt: armutsmindernd

Tabelle 9: Ausgewählte Maßnahmen Gesundheit | Klimaanpassungsstrategie

5.3.4 Versorgung und Ernährung

Versorgung umfasst in den Strategien ein breites Feld der Daseinsvorsorge. Dieses reicht von Raumplanung über Ernährungssysteme bis hin zu Wasserqualität und nachhaltigem Konsum. Das zentrale Leitbild ist, dass die Bevölkerung überall verlässlich mit grundlegenden Gütern und Dienstleistungen versorgt wird. Daher soll zukünftiges Siedlungswachstum gezielt auf Orte mit guter Infrastruktur ausgerichtet werden. Dabei sollen auch gleichwertige Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land ermöglicht werden.

Im Bereich Ernährung betont die Nachhaltigkeitsstrategie vor allem ökologische und regionale Aspekte: regionale Wertschöpfungsketten, nachhaltige Landwirtschaft und die Reduktion von Lebensmittelverlusten. Soziale Verbraucheraspekte oder Ernährungsarmut spielen dagegen kaum eine Rolle, obwohl sie aufgrund steigender Lebensmittelpreise eine hohe Relevanz aufweisen.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Wasserversorgung: Die Nachhaltigkeitsstrategie sieht nachhaltige Transformation von Wasserwirtschaft und Landwirtschaft als zentrale Maßnahme.

Die Nachhaltigkeitsstrategie legt auch einen großen Fokus auf Kreislaufwirtschaft und dabei insbesondere auf Ressourceneffizienz, Innovationsförderung und Verantwortung von Unternehmen. Vorgesehen sind neue Geschäftsmodelle („Sharing“, „Product-as-a-Service“), langlebige und reparierbare Produkte sowie eine generelle Entkopplung von Konsum und Ressourcenverbrauch. Die soziale Dimension, z. B. der Zugang zu erschwinglichen, nachhaltigen Produkten oder Konsumgerechtigkeit, bleibt jedoch weitgehend unberücksichtigt. Obwohl nachhaltige und langlebige Produkte auf lange Sicht Kosten sparen können, entstehen bei der Anschaffung kurzfristig oft hohe Kosten, die einkommensschwache Haushalte zusätzlich belasten können. Dies wurde von Teilnehmenden der Workshops bestätigt, die vor allem auf hohe Reparaturkosten hinwiesen.

Insgesamt zeigt die Versorgungspolitik der Nachhaltigkeitsstrategie einen klaren ökologischen und wirtschaftlichen Schwerpunkt. Soziale Aspekte werden meist nur indirekt adressiert (Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, regionale Wertschöpfung, Umweltgerechtigkeit), ohne dass Armutsbekämpfung als Priorität sichtbar wird. Dadurch bleiben Armutsminderungspotenziale, wie etwa Ernährungssicherheit, sozial faire Preise oder Versorgungsgerechtigkeit, weitgehend ungenutzt. Themen wie Ernährungsarmut bleiben dabei fast gänzlich unbeachtet. Die Erfahrungen der Armutsexpert:innen des Beirats untermauern, dass Lebenshaltungskosten signifikant gestiegen sind. Dies erschwert einen gesunden Lebensstil. Zudem wurden Elemente wie Ernährungsbildung als unzureichende Mittel gegen Ernährungsarmut gesehen.

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
Förderung regionaler und nachhaltiger Landwirtschaft	nachhaltig, aber keine direkten sozialen Maßnahmen gegen Ernährungsarmut; adressiert nicht die Lebensmittelpreise	 Zugang zu gesunder Ernährung  Jobverfügbarkeit Gesamt: armutsmindernd
Förderung Kreislaufwirtschaft	nachhaltige Produkte und Standards führen oft zu höheren Preisen; fehlende soziale Ausgleichssysteme oder Subventionen	 Lebenshaltungskosten Gesamt: potenziell armutsverstärkend

Tabelle 10: Ausgewählte Maßnahmen Versorgung und Ernährung | Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
Erarbeitung der Zukunftsstrategie Wasser „H ₂ O Nordrhein-Westfalen“	landesweite Wasserstrategie wurde bis 2024 unter Einbeziehung von Expert:innen entwickelt; Fokus auf Bewältigung neuer klimabedingter Herausforderungen wie Trockenheit, Hochwasser, Starkregen; Sicherstellung der Versorgungsinfrastruktur und Fachkräftesicherung in Zeiten knapper Ressourcen; Ziel: strategische Grundlage für wasserwirtschaftliche Anpassung	↑ Zugang zu Grundversorgung ↓ Fachkräftemangel Gesamt: armutsmindernd
Ausbau des Risikomanagements für urbane Sturzfluten	Unterstützung der Kommunen bei Konzepten zum Risikomanagement bei Starkregen; landesweite Vorgaben und Konzepte zur Risikominderung und Schadensprävention; Entwicklung von Arbeits- und Informationshilfen und interaktiven Gefahrenhinweiskarte; Verbesserung des Hochwasserschutzes und laufende Anpassung an technische und gesetzliche Veränderungen	↑ Gesundheit, ↓ Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter Gesamt: neutral bis armutsmindernd
Überprüfung der Möglichkeiten zur Sicherung von Finanzmitteln für Verbundleitungen	Sicherstellung der Trinkwasserversorgung auch in Trockenzeiten durch Ausbau von Verbundsystemen mit benachbarten Wasserversorgern; Prüfung von Finanzierungsmöglichkeiten auf Bundes- und EU-Ebene	↑ Zugang zu Grundversorgung Gesamt: neutral bis armutsmindernd
Erstellung eines Konzepts für die landesweite Auswertung der gemeindlichen Wasserversorgungskonzepte	landesweite Analyse der Wasserversorgungskonzepte von 396 Gemeinden in NRW (2024); Risikobewertung und Identifikation von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel; Ableitung und Umsetzung konkreter Projekte.	↑ Zugang zu Grundversorgung Gesamt: neutral bis armutsmindernd
Nutzung des landesweiten Siedlungsflächenmonitorings für Maßnahmen der Klimaanpassung bei der Regionalplanung	Einsatz des Flächenmonitorings zur Steuerung von Bebauung und infrastrukturellen Auslegung; Identifikation geeigneter Flächen für Wohnen und Gewerbe; Berücksichtigung grün-blauer Infrastrukturen bei kommunalen Planungen	↑ Zugang zu Wohnraum ↑ Zugang zu Infrastruktur ↓ Schutzlosigkeit und Belastung durch Extremwetter Gesamt: armutsmindernd
Erreichen einer klimaangepassten Siedlungsflächenentwicklung und eines klimaangepassten Freiraumschutzes	Stärkung klimaangepasster Siedlungsstrukturen durch Erhalt und Schaffung urbaner Freiräume, Vernetzung, Hitze-	↑ Zugang zu Wohnraum ↑ Zugang zu Infrastruktur ↓ Schutzlosigkeit und Belastung durch Extremwetter Gesamt: armutsmindernd

	schutz, Biotopverbund sowie Maßnahmen wie Kaltluftschneisen und Hochwasserschutz	
Förderung der Beratung landwirtschaftlicher Betriebe zur Entwicklung von betriebsindividuellen Klimaanpassungsmaßnahmen	Förderung des Wissensaufbaus bei Landwirt:innen über betriebsindividuelle Klimaanpassung; Beratung, Sensibilisierung und Entwicklung individueller Maßnahmen	 Förderung Veränderungsbereitschaft  Reduzierung von Hürden beruflicher Umorientierung Gesamt: armutsmindernd

Tabelle 11: Ausgewählte Maßnahmen Versorgung und Ernährung | Klimaanpassungsstrategie

5.3.5 Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung

Das Themenfeld Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung ist hauptsächlich in der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie vertreten. Es stellt soziale Nachhaltigkeit klar in den Mittelpunkt und betont, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt nur dann erreicht werden kann, wenn soziale Ungleichheiten verringert und marginalisierte Gruppen gestärkt werden. Die Strategie erkennt Armut und soziale Ausgrenzung explizit als zentrale Herausforderungen an, die verschiedene Bevölkerungsgruppen von Kindern, über Erwerbstätige bis zu Seniorinnen und Senioren betreffen.

Im Fokus steht dabei der Abbau struktureller Benachteiligung, insbesondere für stark armutsgefährdete Gruppen. Dazu gehören z. B. Kinder aus einkommensschwachen Haushalten, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationsgeschichte, Geringqualifizierte und ältere Menschen. Teilhabe wird als umfassendes Konzept verstanden, das Bildung, Arbeit, soziale Beziehungen, Sicherheit und diskriminierungsfreie Lebensbedingungen einschließt.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Integration und Migration. Die Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 bildet den strategischen Rahmen, in dem Erstintegration, Arbeitsmarktteilhabe, Sprachförderung, Zugang zu Regelsystemen und die Gestaltung einer inklusiven Migrationsgesellschaft als zentrale Handlungsfelder benannt werden. Arbeit und Bildung werden als entscheidende Voraussetzungen für gelingende Integration definiert, wobei die Nachhaltigkeitsstrategie wiederholt auf bestehende Ungleichheiten am Arbeitsmarkt hinweist.

Auch Diskriminierungsschutz und gesellschaftliche Vielfalt werden adressiert, insbesondere hinsichtlich homo- und transfeindlicher Gewalt. Die Landesregierung betont die Bedeutung von Opferschutz und Sensibilisierung. Sie hebt auch den Ausbau sicherer Orte hervor, um Gewalt sichtbarer zu machen und Betroffene zu unterstützen.

Schließlich wird ehrenamtliches Engagement als wesentliche Ressource für sozialen Zusammenhalt und die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele hervorgehoben. Die Nachhaltigkeitsstrategie setzt auf die Stärkung des Ehrenamtes und versucht, Gruppen einzubeziehen, die bisher weniger aktiv beteiligt sind. Engagement wird somit als Mittel verstanden, um Solidarität und gesellschaftliche Beteiligung zu fördern. Allerdings bleibt die Gefahr bestehen, dass es staatliche Verantwortung ersetzt und soziale Ungleichheiten reproduziert.

Insgesamt versteht die Nachhaltigkeitsstrategie Teilhabe als Voraussetzung für eine gerechte und stabile Gesellschaft. Obwohl viele Ziele anerkannt und wichtige Problemfelder klar benannt werden, bleiben die Maßnahmen häufig programmatisch und nur begrenzt finanziell oder strukturell hinterlegt. Damit besteht das Risiko, dass soziale Ungleichheiten trotz vorhandener Strategien bestehen bleiben oder sich weiter verfestigen.

Des Weiteren wurde in den Workshops auf weitere Punkte hingewiesen, die in diesem Feld von Bedeutung sind. Zum einen wurde eine stärkere Diskussion über eine faire Bezahlung für Menschen mit Behinderung,

die in Werkstätten arbeiten, gefordert. Darüber hinaus wurde unterstrichen, dass das Thema Einsamkeit in den Strategien wenig behandelt wird, insbesondere Einsamkeit unter älteren Menschen.

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
“Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030”	langfristige Leitlinie für Integration sowie Arbeitsmarkt- und Bildungschancen von Migrant:innen	↓ Grad statusbezogener Einschränkungen ↓ Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen ↑ individuelle Unterstützung auf Bildungsweg ↑ Höhe des Bildungsabschlusses ↓ Hürden beruflicher Umorientierung ↑ Qualifizierungsgrad des Berufs ↑ Bruttoeinkommen aus Arbeitslohn ↑ soziale Inklusion ↑ politische Sichtbarkeit und Mitsprache Gesamt: armutsmindernd
Kompetenzzentren Frau und Beruf (16 landesweit)	Unterstützung von Unternehmen bei Gleichstellung sowie Beratung für Wiedereinsteigerinnen und Migrantinnen; mögliche begrenzte Reichweite	↓ geschlechterspezifische Diskriminierung ↑ Erwerbstätigkeit (Frauen) ↑ Qualifizierungsgrad des Berufs ↑ Bruttoeinkommen aus Arbeitslohn Gesamt: armutsmindernd
Herkunftssprachlicher Unterricht und Bildungsförderung	Förderung von Integration durch Bildung; Unterstützung der Teilhabe von Kindern mit Migrationsgeschichte	↑ Höhe des Bildungsabschlusses ↑ individuelle Unterstützung auf Bildungsweg ↑ soziale Inklusion Gesamt: armutsmindernd

Tabelle 12: Ausgewählte Maßnahmen Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung | Nachhaltigkeitsstrategie

5.3.6 Einkommen und Sozialleistungen

Das Thema Einkommen und Sozialleistungen wird in der Nachhaltigkeitsstrategie vor allem mit Bezug auf die strukturellen Faktoren adressiert, die das individuelle Einkommen über den Lebensverlauf bestimmen, insbesondere im Hinblick auf Altersarmut und Erwerbsverläufe. Die Maßnahmen in den Strategien sind jedoch begrenzt, da die Landespolitik nur eingeschränkte Steuerungsmöglichkeiten hat und die zentralen Sicherungssysteme wie Rente, Grundsicherung oder Arbeitslosenversicherung in der Zuständigkeit des Bundes liegen. NRW fokussiert sich daher auf präventive Faktoren, die während des Erwerbslebens Armut und spätere Altersarmut beeinflussen.

Zentral ist die Erkenntnis, dass das Risiko von Altersarmut eng mit prekären Erwerbsbiografien, Teilzeitbeschäftigung und niedrigen Löhnen verbunden ist. Besonders betroffen sind Frauen sowie Menschen mit Einwanderungsgeschichte, deren Erwerbsbeteiligung niedriger ist und die häufiger unterbrochene oder geringfügige Beschäftigungsverläufe haben. Die Nachhaltigkeitsstrategie macht deutlich, dass Altersarmut durch gerechte Erwerbschancen über den gesamten Lebensweg hinweg bekämpft werden muss. Entsprechend werden Maßnahmen hervorgehoben, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, faire

Löhne, mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und den Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse fördern. Teilnehmende der Workshops hinterfragten hier, weshalb der Fokus vor allem auf der Altersarmutsprävention liegt und nicht auf Armut, die sich über das gesamte Leben erstreckt. Zudem wurde bei Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen in der Erwerbstätigkeit angemerkt, dass praktische Instrumente zur Umsetzung fehlen und insbesondere alleinerziehende Mütter weiter benachteiligt werden.

Allerdings liegt die Zuständigkeit für Regelungen, die sich auf die Prävention von Altersarmut und insbesondere auf das Einkommen aus Renten beziehen, überwiegend nicht beim Land NRW. So nennt die Nachhaltigkeitsstrategie als einzige Maßnahme, die sich auf das Einkommen im Alter bezieht, die Stärkung des Pensionsfonds für den öffentlichen Dienst (im Kontext der Generationengerechtigkeit). Diese Maßnahme hat jedoch kaum einen Einfluss auf die Rentensituation armutsbetroffener Personen. Die Beiratsmitglieder merkten an, dass diese Maßnahme lediglich bereits gut situierten Zielgruppen helfe. Außerdem äußerten sie in den Workshops, dass viele Informations- und Förderungsangebote nicht zugänglich genug sind und häufig nicht ausreichend beworben werden. Auch bürokratische Hürden, die den Zugang zu Sozialleistungen stark beschränkten, wurden genannt. Komplexität und begrenztes Wissen leistungsberechtigter Personen führen zudem zu einer niedrigen Abrufquote, sodass die armutsmindernde Wirkung von Sozialleistungen nicht ausgeschöpft wird.

Insgesamt bleibt dieser Themenbereich daher stärker beschreibend als steuernd. Die Nachhaltigkeitsstrategie identifiziert relevante Armutsrisiken und verweist auf strukturelle Ursachen, kann jedoch aufgrund eingeschränkter Zuständigkeit des Landes NRW nur wenige eigene Instrumente präsentieren. Gleichzeitig bleibt das Thema hoch aktuell. Altersarmut nimmt zu, insbesondere unter Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte, während Veränderungen am Arbeitsmarkt, etwa durch Digitalisierung und Strukturwandel, zusätzliche Unsicherheiten erzeugen. NRW setzt hier vor allem auf ressortübergreifende Politik in den Bereichen Bildung, Gleichstellung, Integration und Arbeitsmarktentwicklung, um langfristig stabile Erwerbsbiografien zu fördern und damit indirekt Armut im Alter zu senken.

5.3.7 Bildung

Im Bereich Bildung setzt die Nachhaltigkeitsstrategie NRW einen deutlichen Schwerpunkt auf Chancengerechtigkeit und die Bedeutung von Kompetenzen in einer sich transformierenden Gesellschaft. Bildung wird als zentrale Voraussetzung betrachtet, um sowohl die Digitalisierung als auch den technologischen Wandel aktiv mitzugestalten. Dabei wird betont, dass Bildungswege nicht von sozialer, ethnischer oder finanzieller Herkunft abhängig sein dürfen. Besonders benachteiligte Kinder und Jugendliche sollen gezielt gefördert werden, um ihnen stabile Bildungs- und Berufsbiografien zu ermöglichen.

Ein Kernaspekt ist die gleichberechtigte Teilhabe an Bildung, wofür unter anderem Hürden wie strukturelle Barrieren, Bürokratie oder kulturelle Hindernisse abgebaut werden sollen. Dies umfasst auch eine gezielte Unterstützung für zugewanderte Kinder und Jugendliche, etwa durch sprachliche Förderung, herkunfts-sprachlichen Unterricht und Programme zur Integration in das Regelschulsystem. In den Workshops wurde zudem die Notwendigkeit von Kita-Angeboten in strukturschwachen Regionen genannt. Auch der Lehrkräftemangel wurde als Hindernis zum Ausbau teilhabegerechter Bildung angesehen.

Angesichts des Strukturwandels infolge des rasanten digitalen und technologischen Fortschritts sowie des nachhaltigen Umbaus der Wirtschaft rückt auch die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens stärker in den Fokus. In den Strategien wird betont, dass klassische Bildungswege zunehmend durch berufliche Weiterbildung ergänzt werden müssen. Die Bedeutung lebenslangen Lernens wurde auch von den Beiratsmitgliedern bekräftigt, insbesondere im Hinblick auf Bildungs- und Qualifizierungsangebote für ältere Altersgruppen. Gleichzeitig sehen die Strategien vor, dass Bildungseinrichtungen durch digitale Infrastruktur und entsprechende Kompetenzen gestärkt werden müssen, um diesen Wandel begleiten zu können. An dieser Stelle wurde von Teilnehmenden der Workshops angemerkt, dass der Zugang zu digitalen Endgeräten und anderer Hardware insbesondere in Schulen gewährleistet werden müsse. Die Klimaanpassungsstrategie beinhaltet zudem mehrere Maßnahmen, um Klimabildung auszuweiten, sowohl in der frühkindlichen und schulischen als auch außerschulischen Bildung.

Insgesamt wird in den Strategien deutlich, dass beim Thema Bildung ein klares Ziel verfolgt wird: Durch frühzeitige Förderung, sprachliche und strukturelle Unterstützung, Digital- und Klimakompetenzen sowie lebenslanges Lernen sollen soziale Ungleichheiten abgebaut und die Grundlage für eine erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt geschaffen werden. Dieser Bereich hat damit ein hohes Potenzial, langfristig Armut zu verhindern. Entsprechende Maßnahmen wirken allerdings überwiegend erst langfristig. Zudem bleibt die Umsetzung der Maßnahmen angesichts sozialer Disparitäten, Lehrkräftemangels und ungleichen Zugangs zu digitalen Medien eine große Herausforderung.

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
Herkunftssprachlicher Unterricht und Bildungsförderung	Integration durch Bildung; Förderung der Teilhabe von Kindern mit Migrationsgeschichte	 Bildungsniveau Gesamt: armutsmindernd

Tabelle 13: Ausgewählte Maßnahmen Bildung | Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
Durchführung der Weiterbildung „Transformationsmanagement nachhaltige Kultur“	spezielle Weiterbildung für Kulturbetriebe zur Vermittlung von Fachwissen über Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Klimaanpassung und betriebsökologische Prozesse inkl. Nutzung von Tools (CO2-Rechner, Klimabilanz); Good Practice und Kommunikationskompetenz; Abschlusszertifikat mit direkter Anwendung im Kulturbetrieb	 Hürden für berufliche Umorientierung  soziale Teilhabe Gesamt: neutral bis armutsmindernd (nicht deutlich)
Förderung und Ausbau des schulischen Bildungsangebots zu Klima- und Klimaanpassungsthemen	Sensibilisierung und Befähigung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Schule und informellen Bildungssettings zu Klimaanpassung und Klimaschutz; Programme auf verschiedenen Ebenen, Kooperationen, Entwicklung von Lernprozessen für Reflexion und Handeln, insbesondere Integration in den Schulalltag (BNE, Netzwerkarbeit)	 Veränderungsbereitschaft Gesamt: neutral bis armutsmindernd (nicht deutlich)
Förderung von frühkindlichen Bildungsmaßnahmen der Verbraucherzentrale NRW zu Klimafolgen	nachhaltigkeitsorientierte Bildungsmaßnahme für Kinder im Kindergartenalter und deren Bezugspersonen; Fokus auf nachhaltiges Verhalten, bewussten Umgang mit Wasser/Natur, Bedeutung von Infrastruktur; didaktisches Modell und Multiplikator:innen-Fortbildungen	 Bildungsniveau Gesamt: neutral bis Armutsmindernd (nicht deutlich)

Förderung und Ausbau des außerschulischen Bildungsangebots zu den Themen „Klimaschutz“ und „Klimaanpassung“	außerschulische Programme zur Sensibilisierung für Klima- und Anpassungsthemen; Ausbau bestehender Angebote, regionale Koordination und geplante Ausweitung für 2026; Workshops, Fortbildungen, multiplikative Netzwerkarbeit	 Bildungsniveau  Förderung zur beruflichen Umqualifizierung Gesamt: armutsmindernd
---	---	---

Tabelle 14: Ausgewählte Maßnahmen Bildung | Klimaanpassungsstrategie

5.3.8 Wirtschaft und Arbeit

Im Themenfeld Wirtschaft und Arbeit steht die Bewältigung des Strukturwandels im Zentrum, insbesondere die Transformation hin zu einer klimaneutralen und digitalisierten Wirtschaft. Die Nachhaltigkeitsstrategie betont die Bedeutung von Erwerbstätigkeit als zentrale Säule sozialer Sicherheit und als Schlüssel zur Armutsprävention. Gleichzeitig erkennt das Land an, dass Arbeitslosigkeit und vor allem Langzeitarbeitslosigkeit weiterhin ein strukturelles Problem darstellen, das vor allem bestimmte Risikogruppen betrifft: Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Geringqualifizierte, Alleinerziehende sowie Familien mit vielen Kindern. Zudem fügt die Klimaanpassungsstrategie Maßnahmen zur wirtschaftlichen und betrieblichen Klimaanpassung hinzu, die jedoch keinen starken direkten Bezug zur Situation armutsbetroffener Personen haben.

Die Nachhaltigkeitsstrategie enthält in diesem Kontext mehrere Schwerpunkte. Zum einen sollen neue Arbeitsmarktpotenziale aktiviert und die Fachkräftesicherung verbessert werden. Dies soll u. a. durch Qualifizierung, berufliche Weiterbildung und gezielte Unterstützungsprogramme für Migrant:innen erfolgen. Zum anderen sollen zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen, insbesondere im Bereich neuer, nachhaltiger Industrien, der Umweltwirtschaft und der Digitalisierung.

Ein wesentlicher Bestandteil ist dabei auch die generelle Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts NRW. Dazu gehören u. a. Beratungsangebote für Unternehmen und andere Formen der Wirtschaftsförderung, um nachhaltige Transformation voranzutreiben. Auch die Stärkung ländlicher Beschäftigung, vor allem in der Landwirtschaft, gehört dazu. Diese soll sowohl wettbewerbsfähig als auch ressourcenschonend gestaltet werden, um Einkommen, Versorgungssicherheit und regionale Wertschöpfung langfristig zu sichern. Gleichzeitig wird deutlich, dass der Wandel, etwa durch den Kohleausstieg oder die Digitalisierung, nicht nur neue Chancen schafft, sondern auch Arbeitsplätze gefährdet (Gethmann et al., 2022; Meyer et al., 2025). Die Nachhaltigkeitsstrategie erkennt dieses Spannungsfeld an, reagiert jedoch nicht mit konkreten Weiterbildungsmaßnahmen, was das Problem großer Qualifikationslücken verschärft. Die Beiratsmitglieder verweisen zudem auf potenziell anfallende Kosten für Weiterbildungsangebote, die es Menschen erschweren können sich im Strukturwandel beruflich abzusichern. Zudem wurde erwähnt, dass insbesondere ältere Menschen in Umqualifizierungsmaßnahmen einbezogen werden müssen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsstrategie liegt auf Geschlechtergerechtigkeit sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frauen in NRW arbeiten weiterhin häufiger in Teilzeit, tragen einen Großteil der erzieherischen und pflegerischen Arbeit im Haushalt und haben eine deutlich höhere Armuts- und Altersarmutsgefährdung. Die Landesstrategie versucht, durch den Ausbau frühkindlicher Bildung, mehr Betreuungsangebote und Programme wie die „Teilzeitberufsausbildung“ und die „Kompetenzzentren Frau und Beruf“ bessere Berufs- und Aufstiegschancen zu schaffen. Allerdings ist die Förderung von Teilzeitarbeit nicht unbedingt als strukturelle Lösung sinnvoll, da Teilzeitarbeit, ähnlich wie Minijobs oder andere geringfügige Arbeit, zu Altersarmut führen kann. Besonders Kinderbetreuungsangebote sind ein effektiveres Mittel, um Eltern (und v. a. Frauen) ein stabiles Erwerbsleben mit Vollzeitarbeit (oder einem höheren Teilzeit-

grad) zu ermöglichen. Dies wurde auch von den Expert:innen in den Workshops als besonders wichtig unterstrichen. Allerdings gibt es weiterhin starke Unterschiede zwischen strukturstarken und -schwachen Kommunen, insbesondere beim Betreuungsangebot.

Insgesamt heben die Strategien hervor, dass wirtschaftlicher Wandel mit Bildung, Weiterbildung, Gleichstellung, Integration und Arbeitsmarktpolitik zusammen gedacht werden muss. Gerade in diesem Themenfeld besteht ein großes Potenzial zur Armutsreduktion. Allerdings bleiben strukturelle Risiken wie Bildungsungleichheit, Qualifikationsdefizite, regionale Unterschiede und Erwerbsinstabilität bestehen, die die Wirksamkeit der Strategien begrenzen.

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
„Teilzeitberufsausbildung – Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen“	Förderung von Ausbildungsmöglichkeiten für Eltern	↑ Qualifizierungsgrad ↑ Erwerbstätigkeit ↑ Einkommen ↑ Rente Gesamt: armutsmindernd
Kompetenzzentren Frau und Beruf (16 landesweit)	Unterstützung von Unternehmen bei Gleichstellung sowie Beratung für Wiedereinsteigerinnen, Migrantinnen; mögliche begrenzte Reichweite	↓ Geschlechterspezifische Diskriminierung ↑ Erwerbstätigkeit (Frauen) ↑ Qualifizierungsgrad des Berufs ↑ Bruttoeinkommen aus Arbeitslohn Gesamt: armutsmindernd
Transformationsförderung für Industrie	Potenzial für neue Arbeitsplätze, aber wenig Absicherung für Betroffene des Strukturwandels; keine konkreten Maßnahmen für Arbeitsplatzsicherung oder -schaffung; betroffene Regionen (z. B. Rheinisches Revier, Ruhrgebiet) verlieren traditionelle Beschäftigung; neue Jobs oft nicht für dieselben Qualifikationsprofile zugänglich	↓ ↑ Arbeitsplätze ↑ fehlende Qualifizierung ! Förderung von Umqualifizierung Gesamt: sowohl armutsmindernd als auch potenziell armutsverstärkend

Tabelle 15: Ausgewählte Maßnahmen Wirtschaft und Arbeit | Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Wirkungspotenzial auf Armutsfaktoren und auf Armutsdimensionen
Einrichtung einer Beratungsförderung für betriebliche Klimaanpassung	Beratungsförderung für Unternehmen: Planung und Umsetzung betrieblicher Klimaanpassungsmaßnahmen wird unterstützt; Fokus auf KMU; Ziel ist die Reduktion von Produktionsausfällen und Lieferkettenproblemen	↑ Jobverfügbarkeit Gesamt: neutral bis armutsmindernd

Durchführung einer Bedarfsanalyse zur Einrichtung und Ausgestaltung von Reallaboren für die Klimaanpassungswirtschaft	Ermittlung der Bedürfnisse und Hemmnisse für neue Dienstleistungen, Produkte und Technologien (z. B. Hitzewellenanpassung); Unterstützung von Start-ups und Unternehmen durch Reallabore	 Jobverfügbarkeit Gesamt: neutral bis armutsmindernd
Stärkung der kommunalen Wirtschaftsförderungen als Multiplikatoren der betrieblichen Klimaanpassung in NRW	Informations- und Vernetzungsangebote für kommunale Wirtschaftsförderungen; Sensibilisierung für Klimafolgen bei Unternehmensansiedlung; Beratung zum Klimaanpassungsbedarf; Multiplikatorfunktion	 Jobverfügbarkeit  Wirtschaftswachstum Gesamt: neutral bis armutsmindernd

Tabelle 16: Ausgewählte Maßnahmen Arbeit und Wirtschaft | Klimaanpassungsstrategie

6. Handlungsempfehlungen

Wie in Kapitel 5 bereits ausführlich dargelegt, weisen die untersuchten Strategien einerseits Lücken im Sinne fehlender Maßnahmen innerhalb der strategischen Handlungsfelder auf. Hierzu gehören beispielsweise gezielte Schritte zur Verbesserung des Zugangs zu Digitalisierung, Bildung und Qualifizierung sowie zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Bevölkerungsgruppen, die tendenziell einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind.

Zum anderen zeigt unsere Analyse, dass wesentliche Handlungsfelder, die eine hohe potenzielle Wirkung auf Armut haben, in den Strategien bislang unberücksichtigt bleiben. Dazu zählen insbesondere Energiekosten, die Verfügbarkeit und Kosten von Wohnraum sowie die soziale und politische Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen.

Die folgenden Handlungsempfehlungen konzentrieren sich auf Maßnahmen, die geeignet erscheinen, die genannten Lücken zu schließen und armutsintensivierende Wirkungen zu mindern. Der Fokus unserer Vorschläge liegt besonders auf ordnungs- und verteilungspolitischen Instrumenten, die die Beseitigung struktureller Ursachen von Armut unterstützen können. Dabei sollten ausdrücklich nicht nur armutsbetroffene Haushalte, sondern auch einkommensschwache Haushalte in den Blick genommen werden, um für diese die Risiken eines Abrutschens in die Armut zu minimieren. Die Zielrichtung geeigneter Maßnahmen sollte jeweils darin bestehen, das Einkommen armutsbetroffener bzw. einkommensschwacher Haushalte zu erhöhen und/oder deren finanzielle Belastung zu verringern.

Die Handlungsempfehlungen wurden auf Basis von Literaturrecherchen entwickelt und anschließend durch die Beteiligung des für dieses Projekt einberufenen Beirats aus Erfahrungs- und Fachexpert:innen validiert und priorisiert.

Die Darstellung der Handlungsempfehlungen orientiert sich an den bereits in Kapitel 4 verwendeten Themenfeldern. Für jedes Themenfeld fassen wir einleitend zunächst die bereits in Kapitel 4 beschriebenen wesentlichen Lücken und Handlungsfelder kurz zusammen und beschreiben anschließend eine zentrale, besonders empfehlenswerte Maßnahme ausführlicher. Danach diskutieren wir – auf Basis des in Kapitel 4 beschriebenen Systemdiagramms – die armutsbezogenen Wirkungen dieser Maßnahme. Darauf folgt ein Best-Practice-Beispiel für das jeweilige Themenfeld. Abschließend geben wir weitere Handlungsempfehlungen und bewerten diese hinsichtlich ihres Aufwands und ihrer Wirkung. Grundlage dieser Bewertung sind die durchgeführten Workshops mit Erfahrungs- und Fachexpert:innen sowie die Ergebnisse einer Online-Befragung der Fachexpert:innen.

Die meisten Vorschläge betreffen relativ komplexe Handlungsfelder, die zudem häufig politisch in unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche fallen. Dies gilt sowohl für die Abgrenzung zwischen EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene als auch für die Zuständigkeit unterschiedlicher Ministerien bzw. Ressorts. Wir möchten insbesondere auf Landesebene dazu ermutigen, die vorliegenden Handlungsempfehlungen ressortübergreifend zu denken und Möglichkeiten der Umsetzung kollaborativ zu prüfen. Durch verstärkte ressortübergreifende Zusammenarbeit kann die Kohärenz politischer Maßnahmen erhöht und das Risiko für korrektive Nachsteuerungen reduziert werden. Die Anzahl notwendiger Eingriffe kann dadurch gesenkt und die Akzeptanz erhöht werden (Limberg et al., 2024).

6.1 Wohnen und Energie

Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie erkennt die zentrale Bedeutung von bezahlbarem Wohnraum und einer sicheren, nachhaltigen Energieversorgung an. Sie enthält bereits wichtige Bausteine wie die Wohnraumförderung, die Modernisierungsoffensive „Besser Wohnen“, die Landesinitiative „Endlich ein Zuhause“ sowie Programme zur Prävention von Energiearmut. Und doch sind die Herausforderungen weiterhin groß: Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum – besonders für Haushalte mit niedrigem Einkommen – verschärft sich (NRW.Bank, 2025), energetische Sanierungen können Mietsteigerungen und damit Verdrängung einkommensschwacher Mieter zur Folge haben, und steigende Energiepreise belasten besonders Haushalte mit niedrigem Einkommen.

Zudem profitieren vulnerable Gruppen bislang nur unzureichend von erneuerbaren Energien und Effizienzmaßnahmen. Insgesamt fehlt eine systematische Verzahnung von Klima- und Sozialpolitik. Diese würde gewährleisten, dass ökologische Transformation nicht zu sozialer Verdrängung führt. Die folgenden Handlungsempfehlungen adressieren diese Lücken und zielen darauf ab, Wohnen und Energieversorgung sozial gerechter, bezahlbarer und krisenfester zu gestalten.

6.1.1 Zentrale Empfehlung: Bezahlbarer Wohnraum mit hohem Energiestandard

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit hohem Energiestandard muss nicht nur aus sozialen, sondern auch aus klimapolitischen Gesichtspunkten Priorität haben, um die Klimaziele für den Gebäudesektor zu erreichen. Dies setzt neben der Beschleunigung des Neubaus von Sozialwohnungen auch die Priorisierung energetischer Sanierungen im Bestand voraus. Da Menschen mit geringem Einkommen häufig zur Miete wohnen, besteht für sie ein erhöhtes Risiko der Verdrängung aus bestehenden Mietverhältnissen durch Mieterhöhungen in Folge von (klimapolitisch erforderlichen) Investitionen der Vermieter in die energetische Sanierung ihrer Immobilien.

Dieses komplexe Spannungsfeld lässt keine einfachen Lösungen zu; vielmehr bedarf es gut aufeinander abgestimmter ordnungspolitischer Instrumente, um die Dynamik des Immobilienmarktes sozial gerecht zu gestalten, ohne wichtige Marktanreize für Investitionen zu verhindern. Das Öko-Institut empfiehlt in seiner aktuellen Studie „Sozialverträgliche Dekarbonisierung im Gebäudebestand“, Haushalte mit geringem Einkommen besonders zu entlasten, da die Mietbelastungsquote hier bereits über 40 % liege und weitere Steigungen nicht oder nur zu Lasten anderer essenzieller Lebensbedürfnisse abgedeckt werden könnten (Cludius et al., 2024).⁷ Daneben zeigt das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie ebenfalls eine Reihe effektiver Verbesserungen bestehender Politikinstrumente auf (z. B. erhöhte Fördersätze für einkommensschwache Haushalte, BEG-Kredite mit zusätzlicher Besicherung durch den Staat), um die Zielgruppe wirtschaftlich Benachteiligter im Kontext der energetischen Sanierung von Gebäuden präziser zu erreichen und zu unterstützen (Thomas et al., 2024). Nicht zuletzt liefert auch das Kurzgutachten zu Warmmietenmodellen des Öko-Instituts hilfreiche Grundlagen zur Bewertung politischer Handlungsoptionen in diesem wichtigen Handlungsfeld (Braungardt et al., 2024). Dabei ist zu beachten, dass Warmmietenmodelle nur eine

⁷ In derselben Studie wird ein Maßnahmenbündel vorgeschlagen, um die bestehenden politischen Instrumente weiterzuentwickeln, auf das an dieser Stelle nur verwiesen wird (ebd.).

von zahlreichen Möglichkeiten sind, um Mieterhöhungen in Folge von Sanierungen zu verhindern oder wenigstens zu begrenzen.

Speziell bezogen auf Leistungsempfangende schlägt das Wuppertal Institut vor, ein Pauschalbudget⁸ für energetische Sanierungen bzw. Heizkosten für Kommunen einzuführen – in Kombination mit einem verstärkten energetischen Quartiersmanagement in der Umsetzung sowie dem gezielten Einsatz serieller Sanierung in „sozialen Brennpunkten“ (Cludius et al., 2024; Thomas et al., 2024). Gemeint ist ein integriertes Vorgehen, bei dem zentrale Anlaufstellen und lokale Quartiersstrukturen Beratung, Planung, Fördermittelzugang und Umsetzung für Eigentümer:innen und Mieter:innen bündeln und steuern, während in besonders belasteten Quartieren serielle, also standardisierte und vorgefertigte Sanierungslösungen im größeren Maßstab eingesetzt werden. Dadurch können sowohl Heizkostenbelastung als auch CO₂-Emissionen schnell, kosteneffizient und sozial flankiert gesenkt werden.

Der Kern der Einführung eines Pauschalbudgets besteht darin, den Kommunen einen zusätzlichen, flexibel nutzbaren Finanzrahmen zur Verfügung zu stellen, den sie je nach lokaler Lage entweder für die Abfederung akuter Heizkostenbelastungen oder für Investitionen in die energetische Verbesserung von Wohnungen von Haushalten im Leistungsbezug einsetzen können (Cludius et al., 2024). Damit würde der Fokus von einer reaktiven Finanzierung steigender Energiepreise hin zu einer präventiven Logik verschoben: Öffentliche Mittel könnten dort eingesetzt werden, wo sie künftig wiederkehrende Sozialausgaben reduzieren, Energiearmut senken und zugleich CO₂-Emissionen im Bestand dauerhaft mindern. Gerade in angespannten Wohnungsmärkten mit hohem Anteil ineffizienter Gebäude kann ein solches Budget kommunale Handlungsspielräume deutlich erweitern, ohne die individuellen Leistungsansprüche nach SGB II und SGB XII zu berühren, da das Budget als ergänzende Steuerungs- und Investitionsschiene ausgestaltet würde.

Für die Bemessung des Pauschalbudgets sollte ein einfaches, transparentes Verteilungsmodell gewählt werden, das mehrere Parameter kombiniert: einen Sockelbetrag für Planungssicherheit, die Anzahl der Haushalte im SGB-II/SGB-XII-Bezug, einen Indikator der lokalen Heizkostenbelastung (z. B. durchschnittliche Heizkosten je Leistungsfall) sowie strukturelle Merkmale des Wohnbestands, insbesondere den Anteil energetisch schlechter Gebäude. Um zu verhindern, dass das Budget vollständig in laufenden Heizkosten aufgeht, wäre in besonders angespannten Kommunen eine moderate Mindestquote für investive Nutzung sinnvoll, flankiert durch klare Priorisierungskriterien und ein standardisiertes Verfahren zur Auswahl förderfähiger Maßnahmen.

Zentral für die Akzeptanz und die armutsmindernde Wirkung sind verpflichtende Mieterschutzauflagen: Öffentliche Mittel sollten an einen Warmmieten-Zielkorridor, zeitlich befristete Einschränkungen für Mieterhöhungen sowie – abhängig von der Zuschusshöhe – Sozial- oder Belegungsbindungen gekoppelt werden; Verstöße müssten Rückforderungs- und Sanktionsfolgen haben.

Die Erprobung könnte zunächst in Pilotprojekten mit wenigen Kommunen, begleitet von einheitlichen Rechen- und Nachweisstandards sowie einem Umsetzungspaket für Personal und digitale Prozesse erfolgen.

Die Maßnahme würde kurzfristig den Steuerungs- und Koordinationsaufwand auf kommunaler Ebene erhöhen. Mittel- bis langfristig ist jedoch eine Entlastung durch sinkende Heizkostenanteile der Unterkunftskosten zu erwarten. Insgesamt würde ein solches Pauschalbudget die soziale Dimension der Wärmewende stärken, kommunale Sozialhaushalte resilienter machen und die ökologische Transformation im Gebäudebestand sozialpolitisch tragfähig absichern.

⁸ Ein aktuelles Gutachten im Auftrag der Diakonie Deutschland befasst sich indirekt auch mit diesem Vorschlag. Dort wird auf die Beibehaltung der aktuellen Förderinstrumente und deren Ausbau, insbesondere durch die Anwendung einer Gesamtangemessenheitsgrenze aus Miet- und Heizkosten abgestellt (Held, Dr. Benjamin, 2025).

6.1.2 Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme

Die Schaffung weiterer Sozialwohnungen mit hohem Energiestandard bei gleichzeitig geringen Mieten stellt eine zentrale Maßnahme innerhalb des Systemdiagramms⁹ dar, die sich auf alle Faktoren der Armutsdefinition auswirkt (siehe Abbildung 3). Zunächst wirkt sich die zunehmende Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum positiv auf den Faktor „Wahlmöglichkeiten des Wohnortes“ aus. Ausgehend von diesem Faktor entfalten sich verschiedene Dynamiken. Einerseits wird der Zugang zu Wohnraum erhöht, andererseits steigt die Wahrscheinlichkeit, dass armutsbetroffene Personen eine bessere Anbindung an den ÖPNV sowie geringere Kosten für den ÖPNV haben. Dies erhöht den Zugang zu Infrastruktur sowie den Erfüllungsgrad notwendiger Ausgaben durch eine Reduktion der Kosten für öffentlichen Verkehr.

Darüber hinaus hat eine Verbesserung der Wahlmöglichkeiten des Wohnortes auch mehrere mittelbare Effekte, die die Lebensqualität von armutsbetroffenen Personen positiv beeinflussen. Zentral zu nennen ist hier beispielsweise, dass durch einen geeigneteren Wohnraum das Risiko von Erkrankungen abnimmt, die Erwerbsbiografie konsistenter wird und somit auch das Einkommen aus Erwerbsarbeit steigen kann. Ebenfalls kann mittelbar das Risiko für Diskriminierung gesenkt werden. Sowohl die Steigerung des Nettoeinkommens als auch die Reduktion von Diskriminierung stellen zentrale Faktoren in dem Systemdiagramm dar, die mehrfach positive Dynamiken entfalten. Der Zugang zu günstigem und energetisch aufgewertetem Wohnraum kann somit auch langfristig eine positive, stabilisierende Wirkung auf das Leben von Armutsbetroffenen entfalten.

6.1.3 Best-Practice-Beispiel

Die Landespolitik in NRW fördert bereits gezielt den Bau von energieeffizienten Mietwohnungen mit niedrigen Mieten. So legt das aktuelle NRW-Programm für öffentliche Wohnraumförderung seinen Schwerpunkt auf „die (Neu-)Schaffung, Modernisierung und Erhaltung moderner, barrierefreier, klimaschutzorientierter und insbesondere bezahlbarer Wohnstandorte und Wohnangebote mit Mietpreis- und Belegungsbindungen für unterschiedlichste Zielgruppen“ (MHKBD NRW, 2025, S. 2). In der Praxis gibt es bereits zahlreiche integrierte Ansätze: Beispielsweise wurde in München das Sanierungsgebiet Neuaubing-Westkreuz als Pilotprojekt sowohl wohnungsbau- als auch klimaorientiert entwickelt, mit dem Ziel einer „sozialgerechten, warmmietstabilisierenden Stadtsanierung“ (Braungardt et al., 2024). Auch Freiburg hat gezeigt, wie Modernisierung und bezahlbare Mieten vereinbar sind: Die Stadt renovierte dort 2020 ein 16-geschossiges Wohnhochhaus an der Bugginger Straße zum Passivhausstandard und konnte den Heizenergiebedarf um 80 % senken, während die Miete nur um 1,85 € pro m² stieg (vgl. ebd.). Solche Beispiele belegen, dass sozialer Wohnungsbau mit hohem Energiestandard technisch machbar ist und bei entsprechender Förderung in Deutschland skaliert werden kann.

Es gibt viele weitere ermutigende Beispiele in diesem vielfältigen Themenbereich. Exemplarisch möchten wir zum einen das „Robin Powerhood“-Projekt nennen. Dieses handelt es sich um eine österreichweite Energiegemeinschaft, über die Privatpersonen und Unternehmen überschüssigen (PV-)Strom spenden können. Der gespendete Strom wird gezielt an energiearme Haushalte bzw. soziale Einrichtungen verteilt und senkt dort direkt die Stromkosten (Robin Powerhood, 2025). Zum anderen setzt der Caritasverband in Düsseldorf mit dem Projekt „Balkon-Solaranlagen für Düsselpassinhaber:innen“ eine niederschwellige Unterstützung für Haushalte mit geringem Einkommen um. Die Caritas berät zur Installation und ermöglicht – je nach Programm – die kostenfreie bzw. voll finanzierte Nutzung einer Balkonsolaranlage, um Stromkosten zu senken und CO₂ zu reduzieren (Caritasverband Düsseldorf e.V., 2025).

⁹ Hinweise zu einer detaillierten Betrachtung der Systemdiagramme im interaktiven Online-Tool finden sich in Abschnitt 4.3.



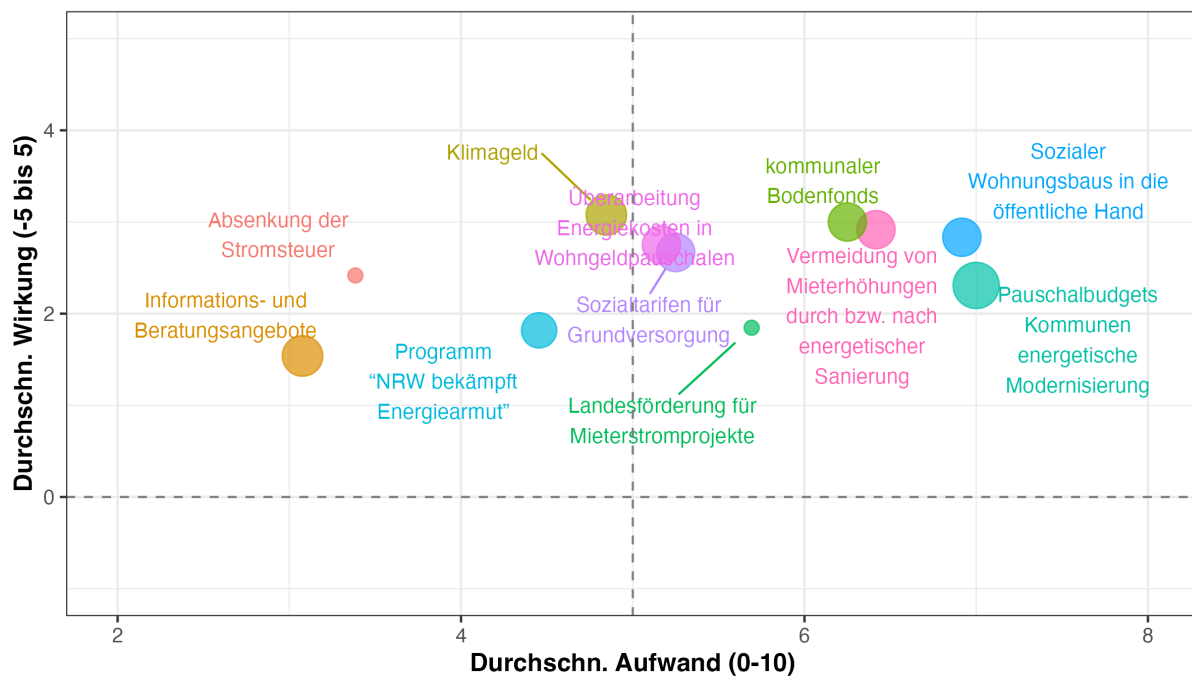
6.1.4 Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung

In der Online-Befragung der Fachexpert:innen wurde Maßnahmen, die es ermöglichen, mehr sozialen Wohnungsbau und energetische Sanierung umzusetzen, eine hohe Wirkung zugeschrieben. So gilt etwa die Einführung von Pauschalbudgets für Kommunen zur energetischen Sanierung als die meist empfohlene Maßnahme. Zu den wirksamsten Maßnahmen zählen demnach weiterhin die Einführung des Klimagelds sowie kommunaler Bodenfonds, Konzepte zur Vermeidung von Mieterhöhungen bei energetischen Sanierungen sowie ein stärkerer sozialer Wohnungsbau in öffentlicher Hand.

Der Ausbau von Informations- und Beratungsangeboten zu energetischer Sanierung wird einerseits als wenig wirksam eingeordnet. Gleichzeitig wird der Aufwand zur Umsetzung dieser Maßnahme als gering wahrgenommen, sodass diese Maßnahme dennoch zur Umsetzung empfohlen wird.

Wirkung vs. Aufwand für Cluster: Wohnen und Energie

Obere linke Ecke = Hohe Wirkung (positiv), Niedriger Aufwand (Ideal)



Empfehlungsanteil ● 55% ● 60% ● 65% ● 70% ● 75%

Punktgröße skaliert mit dem Anteil der Empfehlungen ('Ja'-Stimmen).

Abbildung 4: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Wohnen und Energie

6.1.5 Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich¹⁰

Maßnahme	Hinweise
Einführung des Klimagelds , gestaffelt oder begrenzt auf das untere Drittel der Einkommen, als (anteiliger) finanzieller Ausgleich für steigende CO ₂ -Preise	Zuständigkeit liegt auf Bundesebene; hohe rechtliche Hürden für die Umsetzung allein auf Landesebene
Programm „NRW bekämpft Energiearmut“ als umfassende Informations- und Beratungsoffensive neu auflegen	erfordert die erneute Planung von Haushaltsmitteln; zuletzt ca. 1,5 Mio. Euro
Wiederaufnahme der Landesförderung für Mietstromprojekte	erfordert die erneute Planung von Haushaltsmitteln; zuletzt ca. 10 Mio. Euro
Gesetzliche Verankerung von Sozialtarifen in der Grundversorgung	unterschiedliche Zuständigkeiten (Bund: Strom und Gas; Land und Kommunen: Wasser und Nah- und Fernwärme)
Absenkung der Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum	Zuständigkeit liegt auf Bundesebene
Einführung eines Pauschalbudgets für die Kommunen , das flexibel entweder für die Kosten einer energetischen Modernisierung der Wohnungen von Leistungsempfängenden oder für deren Heizkosten eingesetzt werden kann	mit einem Fokus energetische Modernisierung kann der Bedarf an Heizkostenunterstützung künftig reduziert werden
Einführung effektiver gesetzlicher Regelungen zur Vermeidung von Mieterhöhungen durch bzw. nach energetischer Sanierung	Umsetzung z. B. über Rückzahlung über Energierechnung („Bill-neutral“ Modelle), Warmmietenneutralitätsmodelle und/oder eine Erhöhung des Förderumfangs für energetische Sanierung im sozialen Wohnungsbau
Schaffung und landesweite Förderung kommunaler Bodenfonds für den Ankauf und die Bereitstellung von Flächen für sozialen und nachhaltigen Wohnungsbau	Beispiel: Stadt Münster
Rückführung des sozialen Wohnungsbaus in die öffentliche Hand , z. B. über Wohnungsbaugenossenschaften	
Ausbau von Informations- und Beratungsangeboten sowie finanzielle Förderung von Mitgliedschaften in Energiegenossenschaften	
Überarbeitung der Berücksichtigung von Strom- bzw. Energiekosten in Wohngeldpauschalen	Hintergrund: steigender Strombedarf z. B. durch Wärmepumpen und Klimageräte

Tabelle 17: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Wohnen und Energie

¹⁰ Der Anhang enthält eine vollständige Übersicht aller im Rahmen der Analyse sowie durch Workshops und Interviews mit Erfahrungs- und Fachexpert:innen erfassten Ideen und potenziellen Handlungsempfehlungen.

6.2 Infrastruktur und Mobilität

Die Nachhaltigkeitsstrategie betont die zentrale Rolle einer modernen, verlässlichen Infrastruktur und eines sozial gerechten Mobilitätssystems für Teilhabe, wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz. Positiv hervorzuheben sind der konsequente Ausbau der digitalen Infrastruktur, umfangreiche Investitionen in den ÖPNV sowie Maßnahmen zur Verkehrsvernetzung und Barrierefreiheit. Auch die ÖPNV-Digitalisierungs-offensive und die Stärkung nachhaltiger Mobilitätsformen setzen wichtige Impulse. Gleichzeitig bleiben erhebliche Herausforderungen bestehen: Ein deutlicher Stadt-Land Unterschied bei digitaler und verkehrlicher Erreichbarkeit, marode Verkehrsinfrastruktur, Personalmangel und eingeschränkte finanzielle Handlungsfähigkeit vieler Kommunen. Außerdem sollten der Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen (v. a. Erreichbarkeit von Arztpraxen¹¹) sowie Kinderbetreuungsmöglichkeiten ebenfalls unter dem Aspekt der Infrastruktur betrachtet werden. Die Strategie adressiert zudem die soziale Dimension nicht ausreichend. Insbesondere Fragen der digitalen Teilhabe, Zugangsbarrieren zur Elektromobilität sowie das Risiko, dass ÖPNV-Finanzierungsengpässe die Angebotsqualität verschlechtern und einkommensschwache Gruppen weiter benachteiligen könnten, sind unzureichend berücksichtigt. Hier setzen die Handlungsempfehlungen an, um Infrastruktur und Mobilität sozial gerecht, klimaresilient und flächendeckend zugänglich zu gestalten.

6.2.1 Zentrale Empfehlung: ÖPNV sozial gerecht subventionieren

Die Verfügbarkeit des Deutschlandtickets wird von den Expert:innen als große Errungenschaft eingeschätzt. Auch die aktuelle Subventionierung durch das Land NRW in Form des Sozialtickets NRW¹² – als eines von drei Bundesländern deutschlandweit – ist zu begrüßen.

Im Rahmen der aktuellen Subventionierung wird Leistungsempfangenden ein Preisnachlass in Höhe von 10 Euro auf die Kosten des Deutschlandtickets gewährt. Da das Deutschlandticket ab dem 01.01.2026 63 Euro kostet, liegt der subventionierte Betrag dann über dem Mobilitätssatz der Grundsicherung (aktuell 50,50 €). Hier sollte durch das Land NRW eine erhöhte Subventionierung geprüft werden. Zudem sollte eruiert werden, inwieweit – ohne ausufernden bürokratischen Aufwand – eine Preisstaffelung und Subventionierung auch über den Kreis der Leistungsbeziehenden hinaus möglich wäre. Dieser Aspekt wurde besonders hervorgehoben, da auch einkommensschwache Haushalte von einem geringeren Preis des Deutschlandtickets profitieren würden und gleichzeitig die Akzeptanz der politischen Maßnahmen steigen könnte.

Die Umsetzung einer fortgesetzten und ggf. umfassenderen Subventionierung des Deutschlandtickets geht vom Umweltministerium des Landes NRW aus. Sie wird zudem in Kooperation mit den Kreisen und kreisfreien Städten und Verkehrsunternehmen und -verbänden durchgeführt.

Ergänzend zur Subventionierung des Sozialtickets für das Deutschlandticket empfehlen die Expert:innen, dass sich das Land NRW auf Bundesebene für eine Begrenzung der Kosten des Deutschlandtickets einsetzt.

Zusätzlich zum Sozialticket für das Deutschlandticket bieten Kommunen in NRW weitere Formen von Sozialtickets an, die unabhängig vom Deutschlandticket sind und sich auf lokale Tarife beziehen. Auch diese werden in einer weiteren Förderlinie vom Land NRW subventioniert. Da diese Subventionen vom verfügbaren Haushalt in den Kommunen abhängen, sollten Kommunen in Haushaltssicherung gesondert unterstützt werden. Hier bietet sich ein Abgleich an, welche Subventionierungen effektiver wirken und gleichzeitig allen armutsbetroffenen Menschen eine Beteiligung an der Mobilität ermöglichen.

¹¹ Hier wurde das bestehende Förderprogramm des Landes NRW zur Ansiedlung von Ärzten in strukturschwachen Gebieten positiv erwähnt.

¹² Die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen (Förderrichtlinie Sozialticket) wurden bis zum 01.01.2031 verlängert. Dies ist der längstmögliche Zeitraum für eine Verlängerung (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, 2025).

Studien zeigen, dass jeder in den Nahverkehr investierte Euro etwa das Dreifache an Wertschöpfung generiert und volkswirtschaftliche Kosten senkt (McCube Consulting, 2025). Ein ermäßigtes Ticket verbessert zudem erheblich die Teilhabe: Kinder erreichen leichter Bildung, Erwachsene Arbeitsplätze, soziale Kontakte und Gesundheitsversorgung (VCÖ, 2009). Erfahrungen mit dem 9-Euro-Ticket belegen, dass Geringverdienende durch günstige Fahrscheine deutlich mehr soziale Aktivitäten und Mobilität gewinnen konnten (Bissel, 2023). Zudem erhöht bezahlbare Mobilität nachweislich die körperliche und finanzielle Gesundheit benachteiligter Menschen (Brough et al., 2025).

6.2.2 Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme

Innerhalb des Systemdiagramms (Abbildung 5) zeigt sich, dass die Vergünstigung und der Ausbau des ÖPNV neben der Senkung der Lebenshaltungskosten und somit einem höheren Erfüllungsgrad notwendiger Ausgaben auch zu der physischen und mentalen Gesundheit sowie zum Zugang zu Infrastruktur beitragen. Insofern wird deutlich, dass der gesellschaftliche Nutzen von öffentlichen Verkehrsmitteln über die reinen Fahrtkosten hinausgeht.

Sofern man davon ausgeht, dass eine ausreichend günstige und ausgebaute Nahverkehrsinfrastruktur den Arbeitsweg erleichtert, sorgt eine bessere ÖPNV-Infrastruktur ebenso für eine Flexibilisierung bei der Wohnungssuche. Infolgedessen wird auch das Subsystem Beruf im Systemdiagramm beeinflusst. Dies kann Dynamiken entfalten, die Auswirkungen auf alle Aspekte der Armutsdefinition haben.

6.2.3 Best-Practice-Beispiel

Kostenloser ÖPNV ist noch weit davon entfernt flächendeckend angeboten zu werden. Es gibt allerdings inzwischen einige Beispiele in Deutschland, darunter beispielsweise die Städte Erlangen, Augsburg, Tübingen sowie Monheim am Rhein. Auch im europäischen Ausland werden kostenlose ÖPNV-Angebote umgesetzt, so z. B. in Frankreich (Calais, Dünkirchen) und landesweit in Luxemburg (Stiftung Warentest, 2025). Eine US-Studie unterstreicht den sozialen und gesundheitsbezogenen Mehrwert eines kostenlosen ÖPNV. Die Maßnahme wirkte nachweislich als Mobilitäts- und Teilhabeverstärker für einkommensschwache Personen (Brough et al., 2025).

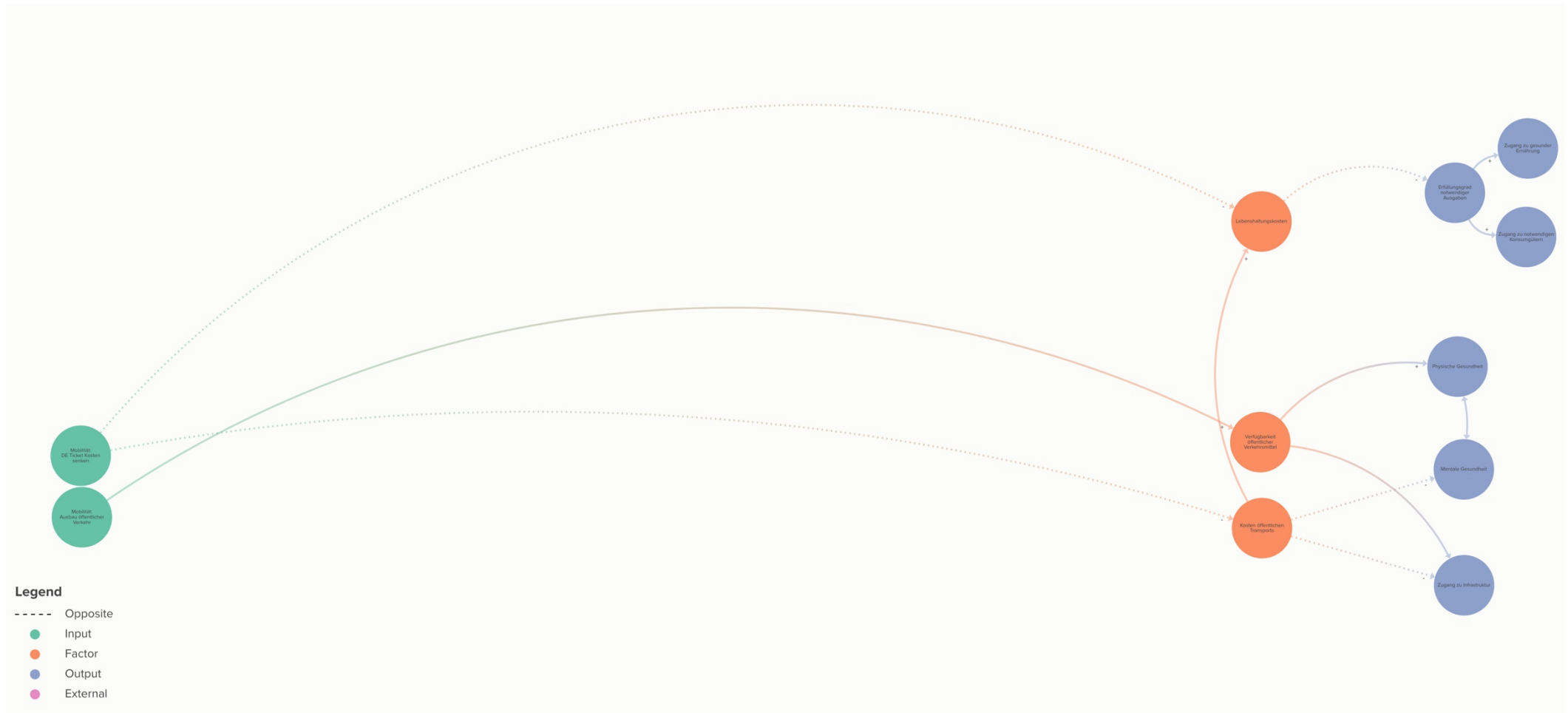


Abbildung 5: Einordnung potenzieller Wirkungen der Maßnahmen zum Themenfeld Mobilität und Infrastruktur im Systemdiagramm

6.2.4 Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung

Alle befragten Expert:innen empfehlen den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Die größte Wirkung auf die Lebensqualität von Armutsbetroffenen hätte nach Einschätzung der Expert:innen eine Preisstaffelung des Deutschlandtickets, beispielsweise für weitere vergünstigte Sozialtarife. Auch eine generelle Begrenzung bzw. Reduzierung der Kosten des Deutschlandtickets wäre wirkungsvoll. Eine weitere Option wäre die sozial-orientierte Anpassung der Pendlerpauschale, gemessen an der Einkommenshöhe der Haushalte.

Wirkung vs. Aufwand für Cluster: Infrastruktur und Mobilität

Obere linke Ecke = Hohe Wirkung (positiv), Niedriger Aufwand (Ideal)

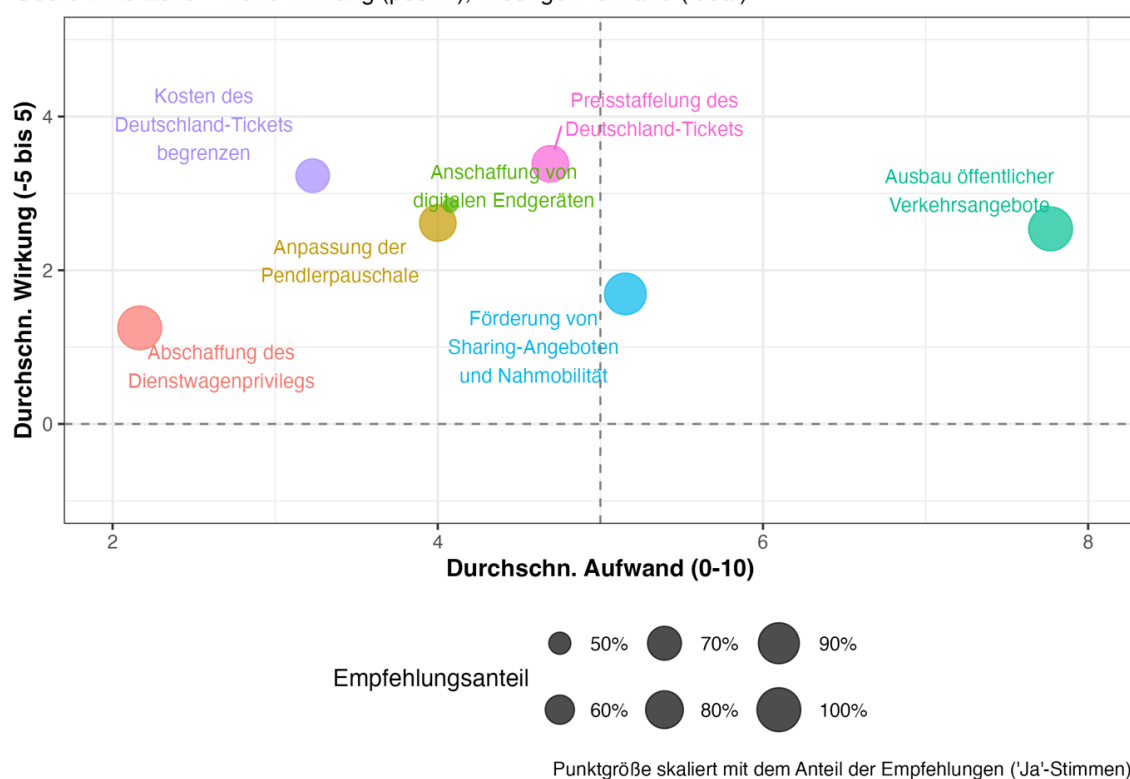


Abbildung 6: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Infrastruktur und Mobilität

6.2.5 Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich¹³

Maßnahme	Hinweise
Beschleunigung des Ausbaus öffentlicher Verkehrsangebote durch politische Priorisierung; Erhöhung der Investitionssummen und Abbau von Bürokratie	Zuständigkeit: Bund, Länder und Kommunen
Ausbau der bereits bestehenden Förderung von Sharing-Angeboten und Nahmobilität ; Angebote flächendeckender machen (Grenzen ausweiten, auch Randgebiete und ländlichen Raum einbeziehen)	Zuständigkeit: ERGÄNZEN

¹³ Der Anhang enthält eine vollständige Übersicht aller im Rahmen der Analyse sowie durch Workshops und Interviews mit Erfahrungs- und Fachexpert:innen erfassten Ideen und potenziellen Handlungsempfehlungen.

Abschaffung des Dienstwagenprivilegs , das als verkehrspolitisches Instrument derzeit einkommensstarke Haushalte tendenziell stärker berücksichtigt	Zuständigkeit liegt auf Bundesebene
Anpassung der Pendlerpauschale als sozial ausgerichtetes verkehrspolitisches Instrument zugunsten einkommensschwacher Haushalte	Zuständigkeit liegt auf Bundesebene
Kosten des Deutschlandtickets begrenzen bzw. wieder senken	Zuständigkeit liegt auf Bundesebene
Einkommensabhängige Preisstaffelung des Deutschlandtickets (Bund) und/oder zusätzliche Rabattierung des Deutschlandtickets mit Sozialpässen (Land/Kommunen)	Zuständigkeit: ERGÄNZEN
Landesweites Programm zur Bezuschussung der Anschaffung von digitalen Endgeräten wie PCs oder Tablets für einkommensschwache Haushalte	über bereits bestehende Zuschüsse, z. B. SGB II hinaus, um Zugang zu Digitalisierung zu ermöglichen

Tabelle 18: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Mobilität und Infrastruktur

6.3 Gesundheit

Die Nachhaltigkeits- und Klimaanpassungsstrategien NRW betonen die Bedeutung einer guten, präventiv ausgerichteten Gesundheitsversorgung für alle Bevölkerungsgruppen und erkennen soziale Gesundheitsungleichheiten als zentrale Herausforderung an. Besonders positiv ist, dass Gesundheitsprävention, Klimafolgenanpassung und Umweltbelastung als zusammenhängende Einflussfaktoren auf Gesundheit verstanden werden, etwa im Hinblick auf Hitze, Lärm, Luftqualität oder psychische Belastungen. Gleichzeitig zeigt die Analyse jedoch Lücken. Sowohl die ungleiche Versorgung in armutsbetroffenen Stadtteilen oder ländlichen Gebieten, der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen als auch Barrieren beim Zugang zu Prävention und digitaler Versorgung sind strukturell weiterhin ungelöst. Ungleichheit wird zwar anerkannt, aber kaum mit verbindlichen Maßnahmen unterlegt, und einkommensschwache Haushalte werden von Klimafolgen wie Hitze, schlechter Luft oder steigenden Lebensmittelpreisen überproportional betroffen (OECD, 2021). Damit bestehen erhebliche Risiken, dass bestehende soziale und gesundheitliche Disparitäten weiter wachsen. Genau hier setzen die Handlungsempfehlungen an.

6.3.1 Zentrale Empfehlung: Aufwertung öffentlicher Gebäude und Plätze

Aus den gemeinsamen Workshops mit Erfahrungs- und Fachexpert:innen wurden mehrere Ursachen von wachsenden Disparitäten identifiziert. So kann die digitale Umsetzung verschiedener Präventions- und Warnmechanismen weiterhin ein Risiko für die Ausgrenzung von Personen darstellen, die den Umgang mit digitalen Medien nicht mehr beherrschen oder nie erlernt haben. Dies kann einerseits Gesundheitsrisiken für jene Personen in meist bereits prekären Situationen weiter erhöhen, insbesondere bei zunehmenden Belastungen durch Klimawandelfolgen. Ein verstärkendes Risiko kann zudem eine potenziell schlechte Erreichbarkeit von Ärztinnen und Ärzten sein. Da Armutsbetroffene meist auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, können durch Fachkräftemangel und Zentralisierungen längere Anreisen zu Arztpraxen entstehen. Auch Präventionsmaßnahmen lassen sich in einem stark ausgelasteten Gesundheitssystem schwerer umzusetzen. Weitere Risiken stellten Hitzeinseln dar, gegen die in schlecht gedämmten Wohnungen weniger Schutz besteht. Zuletzt bleibt eine sich selbst verstärkende Dynamik hervorzuheben, bei der durch die Armutserfahrungen die psychische Belastung zunimmt, was wiederum die Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit reduziert. Diese Spirale kann durch das Gefühl verstärkt werden, dass die eigene Lebenserfahrung in politischen Entscheidungen marginalisiert oder sogar delegitimiert wird (Busemeyer et al., 2025).

Aus der Vielzahl möglicher Maßnahmen entwickelte sich ein Maßnahmenkomplex, der mehrere Synergien zwischen den Bereichen öffentlicher Infrastruktur, Biodiversität und Schutz vor Extremwetterereignissen schafft. Durch die gezielte Aufwertung öffentlicher Gebäude und Plätze könnte ein effizienter, mehrfacher Nutzen entstehen. Beispielsweise können Schulen mit Klimageräten aufgewertet werden, sodass sie bei extremer Hitze oder Kälte als geeignete Schutzräume für die Öffentlichkeit fungieren können. Gleichzeitig würde eine qualitative Aufwertung der Lernräume ermöglicht. Weitere öffentliche Orte, die ebenfalls die Funktion eines öffentlichen Schutzraums vor Extremwetterereignissen bieten können, sind Sporthallen, öffentliche Kulturstätten und Kirchengebäude.

Maßnahmen, die öffentliche Räume zum Schutz vor Extremwetterereignissen aufrüsten, entfalten für die Lebensqualität von armutsbetroffenen Personen im Klimawandel dabei mehrere positive Effekte. Durch öffentliche Schutzräume in bestehenden Einrichtungen wird der Zugang zu Infrastruktur verbessert. Die Sole öffentlichen Orte schaffen darüber hinaus Begegnungsgelegenheiten, die das Gemeinschaftsgefühl und die Partizipation sowie die psychische Gesundheit stärken können. Außerdem wird auch die Hürde umgangen, dass Mieter:innen für einen besseren Hitzeschutz in ihren Wohnungen vor allem von den Vermietenden abhängen.

Ähnliche Dynamiken können durch Maßnahmen zur Begrünung öffentlicher Orte und durch den Aufbau von Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum geschaffen werden. Diese positiven Auswirkungen werden effektiver, je zugänglicher die Orte sind. Entsprechend können Initiativen auf Quartiersebene einen größeren Nutzen entfalten. Öffentliche und zivilgesellschaftlich organisierte Quartierszentren können beispielsweise durch niederschwellige Angebote zugängliche Formen der Gesundheitsprävention und des Risikoschutzes anbieten.

6.3.2 Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme

Die Bereitstellung öffentlicher Räume zum Schutz vor Extremwetterereignissen wie extremer Hitze wirkt sich vor allem über drei Mechanismen aus. Unmittelbar schaffen diese öffentlichen Schutzräume in bereits bestehenden öffentlichen Gebäuden einen besseren Zugang zu Infrastruktur sowie eine bessere Gesundheitsversorgung in Krisensituationen. Somit werden drei Dimensionen des Armutsbegriffs unmittelbar positiv beeinflusst: die physische und mentale Gesundheit sowie der Zugang zu Infrastruktur (siehe Abbildung 7).

Darüber hinaus besteht jedoch auch ein mittelbarer Wirkungsmechanismus, bei dem alle Dimensionen der Armutsdefinition berührt werden. Durch den gesteigerten Zugang zur Gesundheitsversorgung sinkt das Risiko gesundheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit. Als Resultat wird innerhalb des Subsystems Beruf ein zentraler Rückkopplungsmechanismus zwischen der Kontinuität der Beschäftigung, dem Qualifizierungsgrad und der Sicherheit des Beschäftigungsverhältnisses ausgelöst. Infolgedessen entstehen mittelbare Effekte auf das Einkommen und die soziale Inklusion, zusätzlich zu den bereits berührten Aspekten der Gesundheit und Infrastruktur. Diese Effekte sind eher mittelbar und langfristig zu interpretieren, könnten allerdings bei zunehmender Häufigkeit von Extremwetterereignissen zukünftig eine relevantere Rolle einnehmen.

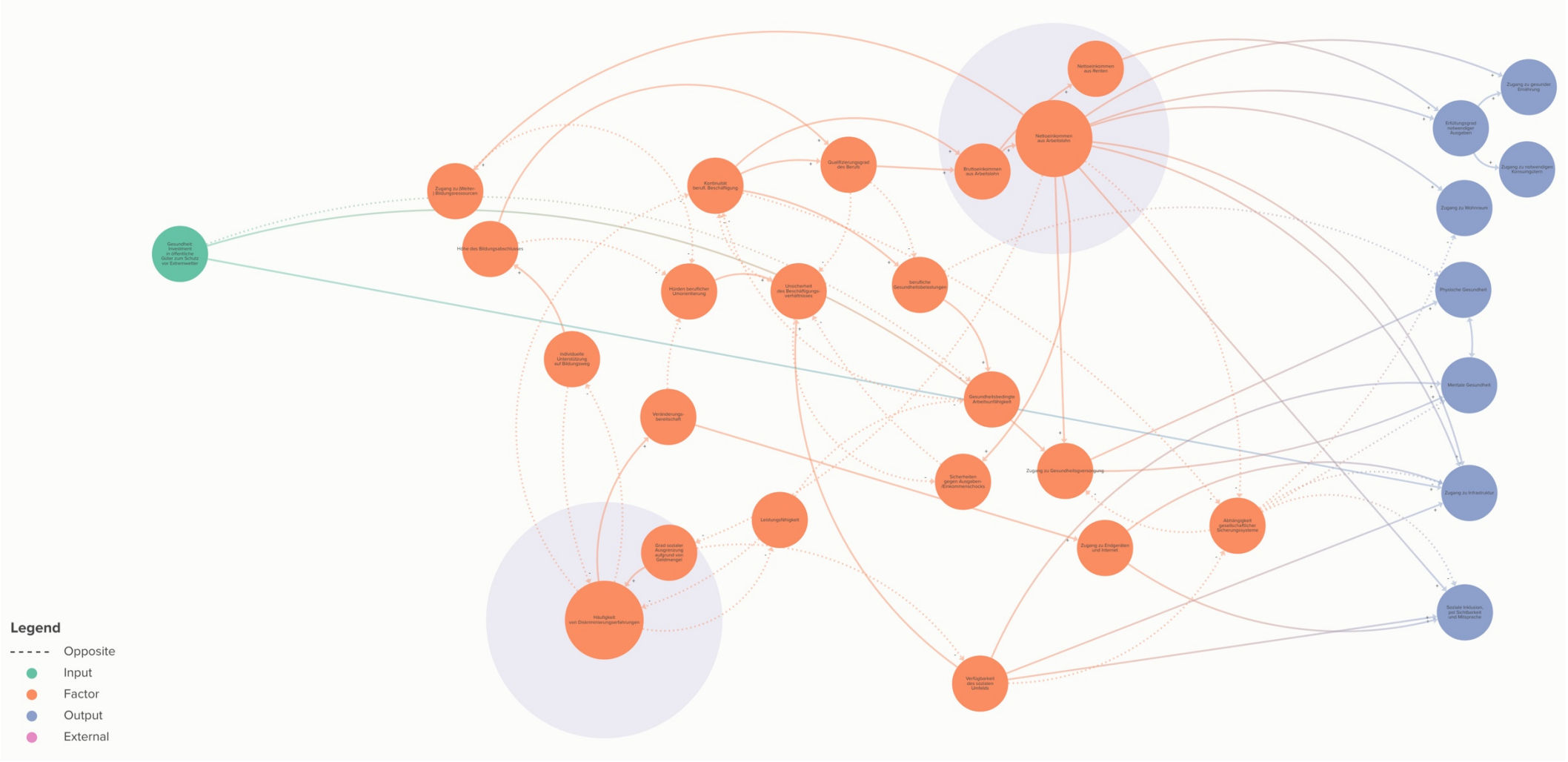


Abbildung 7: Einordnung potenzieller Wirkungen der Maßnahmen zum Themenfeld Gesundheit im Systemdiagramm

6.3.3 Best-Practice-Beispiel: Mobile Gesundheitsangebote

Für benachteiligte Stadtviertel werden in Europa verschiedene mobile Gesundheitsangebote und Quartierszentren getestet. In Belgien etwa organisieren öffentliche Stellen und NGOs Gesundheitsbusse und sogenannte „Maisons médicales“. Die mobilen Einheiten fahren gezielt in ärmere Wohngebiete und bieten ärztliche und psychologische Basisversorgung sowie Vorsorge (z. B. Kinder-Check-ups) zum Teil sogar kostenlos an (EXIT Project, 2025). Ergänzend haben sich dort etwa 140 „Maisons médicales“ etabliert – multidisziplinäre Gesundheitszentren in sozial schwachen Quartieren, die Patient:innen einen ganzheitlichen Betreuungsansatz bieten. Dort arbeiten Ärzt:innen, Pflegekräfte und Sozialarbeiter:innen eng zusammen und versorgen Anwohner:innen ohne Zuzahlung (vgl. ebd.). Solche Einrichtungen berücksichtigen die gesamte Lebenslage der Patient:innen (Gesundheit, Psychologie, soziale Faktoren) und können Barrieren im System abbauen.

Die in NRW und anderen Bundesländern zum Teil bereits pilotierten Gesundheitskioske verfolgen einen ähnlichen Ansatz.

6.3.4 Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung

Gemeinsam mit einem erneuerten Konzept zur Evaluation der Gesundheit in Quartieren wird in der Online-Befragung insbesondere der Hitze- und Kälteschutz als wirkungsvollste Maßnahme eingeschätzt. Die Ausweitung von Begrünungsmaßnahmen in bebauten Gebieten wurde in der Befragung zwar nicht explizit abgefragt, jedoch unterstrichen die Workshops mit Erfahrungs- und Fachexpert:innen erneut die Wirksamkeit dieser Maßnahme. Sie kann zu einer höheren Klimaresilienz in Quartieren beitragen und zugleich die mentale als auch die körperliche Gesundheit verbessern.

Wirkung vs. Aufwand für Cluster: Gesundheit

Obere linke Ecke = Hohe Wirkung (positiv), Niedriger Aufwand (Ideal)

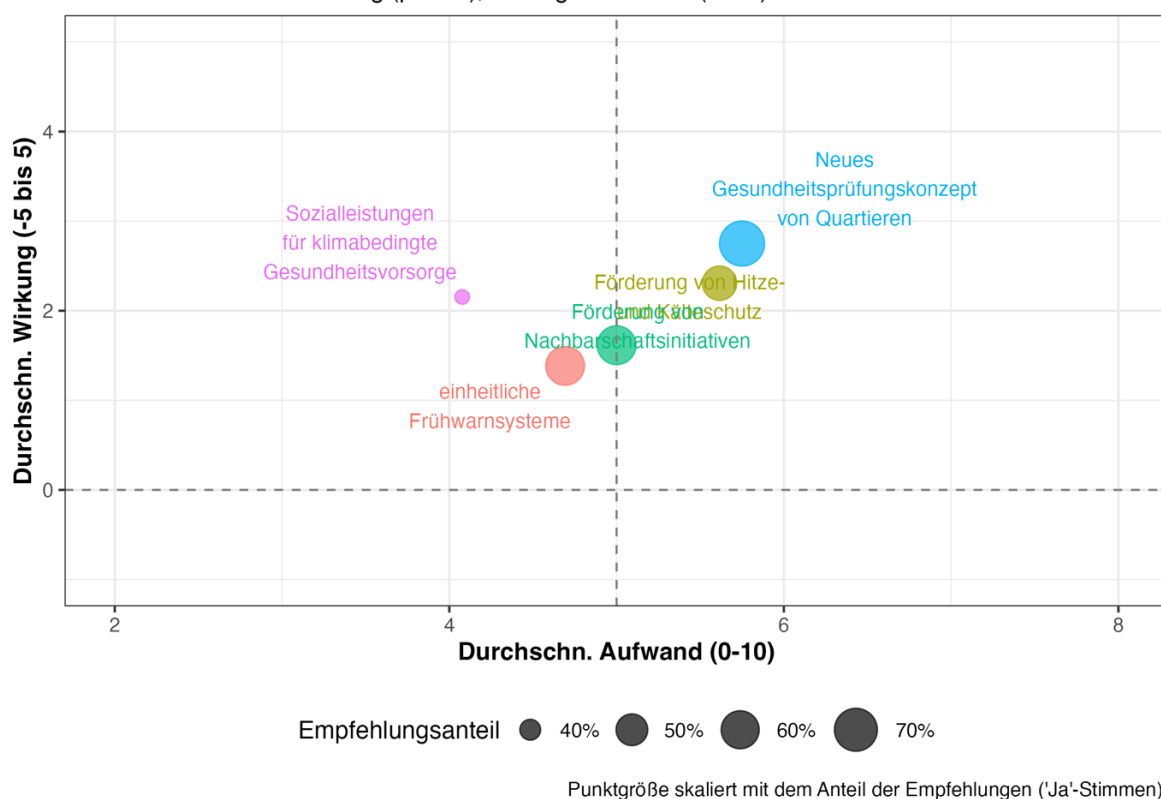


Abbildung 8: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Gesundheit

6.3.5 Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich¹⁴

Maßnahme	Hinweise
Landesweite Förderung von Hitze- und Kälteschutz als gezielte Unterstützung für Menschen in schlecht gedämmten Wohnungen (z. B. mobile Kühlräume, öffentliche Schutzräume)	gezielte Förderung von Hitze- und Kälteschutz für Menschen in schlecht gedämmten Wohnungen in kommunale Hitzeschutzpläne aufnehmen, um besonders vulnerable Gruppen zu schützen
Schaffung landesweit einheitlicher Frühwarnsysteme und niedrigschwellige Kommunikation (Medienmix, SMS- und Radiowarnsysteme, ...) für alle Bevölkerungsgruppen; vulnerable Gruppen sollten besonders berücksichtigt werden	
Stärkung und Förderung von Nachbarschaftsinitiativen , z. B. mit Schulungen zu Erster Hilfe bei Hitze und Kälte, Evakuierung und Versorgung im Krisenfall	Maßnahmen zur Förderung und Stärkung von Nachbarschaftsinitiativen sowie zur Sensibilisierung und Steigerung der Selbsthilfefähigkeit bei Extremwetter oder Katastrophen sollten gezielt auch benachteiligte und vulnerable Gruppen erreichen
Erarbeitung eines neuen Konzepts zur Prüfung der Gesundheitssituation, besonders in benachteiligten Vierteln	mobile Unterstützungsangebote (z. B. Gesundheitsbusse) mit zielgruppengerechter Beratung zur verbesserten Erreichbarkeit von Gesundheitsversorgung
Erweiterung von Sozialleistungen für klimabedingte Gesundheitsvorsorge (z. B. Mittel zur Anschaffung von Kühlgeräten)	

Tabelle 19: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Gesundheit

6.4 Versorgung und Ernährung

Die untersuchten Strategien erkennen zwar die Bedeutung einer gerechten und sicheren Versorgung an, legen den Schwerpunkt jedoch überwiegend auf ökologische und ökonomische Aspekte, wie etwa nachhaltige Ernährungssysteme, Wasserqualität, Ressourceneffizienz und die Transformation zur Circular Economy. Viele der in den Strategien genannten Maßnahmen sind fachlich wichtig und aktuell, adressieren jedoch primär Umwelt- und Strukturfragen, während soziale Dimensionen der Versorgung, insbesondere (gesunde) Ernährungssicherheit, die finanzielle Erschwinglichkeit guter Lebensmittel sowie der Zugang zu wohnortnaher Versorgung weitgehend unterbelichtet bleiben.

Die Strategie betont regionale Wertschöpfung, Arbeitsplatzsicherung und Ressourcenschutz, macht jedoch kaum Aussagen zur wachsenden Ernährungsarmut, zu Preisentwicklungen oder zu vulnerablen Gruppen, die durch steigende Lebenshaltungs- und Umweltkosten besonders belastet sind. Ebenso bleibt unklar, wie strukturschwache Kommunen die hohen Investitions- und Modernisierungsanforderungen (z. B. für Kreislaufwirtschaft) finanzieren sollen, ohne die Kosten an Verbraucher:innen weiterzugeben.

¹⁴ Der Anhang enthält eine vollständige Übersicht aller im Rahmen der Analyse sowie durch Workshops und Interviews mit Erfahrungs- und Fachexpert:innen erfassten Ideen und potenziellen Handlungsempfehlungen.

Damit entsteht eine deutliche Lücke zwischen ökologischen Zielsetzungen und sozialer Versorgungsgerechtigkeit, die die Grundlage für die folgenden Handlungsempfehlungen bilden't.

6.4.1 Zentrale Empfehlung: Verbindliche Vorgaben für die Gemeinschaftsverpflegung

Die zentralen Maßnahmen gehen vor allem auf zwei Aspekte ein: zum einen die Reduzierung von Ernährungsarmut bei gleichzeitiger Erhöhung des Anteils regionaler Wertschöpfungsketten und Umweltstandards sowie zum anderen die Verbesserung der Nahversorgung.

Die Reduktion von Ernährungsarmut und die Skalierung regionaler, umweltverträglicherer Wertschöpfungsketten in der Lebensmittelindustrie können zunächst einen Zielkonflikt darstellen. Regionale Wertschöpfungsketten können die Preise für Verbraucher:innen erhöhen und damit das Risiko einer nährstoffarmen Ernährung für armutsbetroffene Haushalte steigern. Gleichzeitig bietet die Außer-Haus-Verpflegung in öffentlichen (und privaten) Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern und Pflege ein praktisches Instrument, um Kindern, Kranken oder Pflegebedürftigen eine preisgünstige und gesunde Ernährung zu ermöglichen. Diese kann regionale Lieferketten stärken (Hanke et al., 2023) und sich an den Ernährungsempfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung orientieren. Auf diese Weise erhalten armutsbetroffene Kinder und Pflegebedürftige Zugang zu einer ausgewogenen, nährstoffdeckenden Ernährung, während gleichzeitig regionale, umweltverträglichere Lieferketten gestärkt werden.

Eine weitere Möglichkeit zur Verbesserung der Nahversorgung liegt in einer besseren Erreichbarkeit von Orten des täglichen Bedarfs, wie es beispielsweise mit dem Konzept der 15-Minuten-Stadt im Bereich Infrastruktur und Mobilität vorgeschlagen wird. Dies kann auch mit einer Stärkung von Quartierszentren einhergehen. Im Rahmen der Workshops wurde zudem das Thema lokaler Reparaturzentren als Option für eine bessere Nahversorgung diskutiert. Öffentliche Reparaturzentren, „Bibliotheken der Dinge“ und ähnliche Konzepte können dabei Möglichkeiten bieten, zu geringen Kosten die Nutzungsdauer von Produkten zu verlängern. Darüber hinaus können sie als Begegnungs- und Lernorte wirken.

6.4.2 Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme

Die Analyse anhand des Systemdiagramms (Abbildung 9) fokussiert sich vor allem auf die Maßnahme, die Gemeinschaftsverpflegung stärker zu nutzen, um regionale, umweltverträglichere Produktionen von Lebensmitteln stärker in die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung einzubinden. Bei einem gleichzeitigen Ausbau der Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen kann sich eine positive Wirkung entfalten, die alle Dimensionen der Armutsdefinition berührt.

Die Maßnahme entfaltet ihre Wirkung größtenteils über zwei Mechanismen. Der erste Mechanismus ist dabei relativ direkt: Für Personengruppen, die Zugang zu einer günstigen Ernährung durch die Gemeinschaftsverpflegung haben, verbessert sich der Zugang zu gesunder Ernährung, die Lebenshaltungskosten sinken und die physische Gesundheit verbessert sich unmittelbar.

Der Grund, weshalb sich die Maßnahme potenziell auf alle Faktoren der Armutsdefinition lindernd auswirkt, liegt vor allem in den mittelbaren Effekten. Durch eine gesündere Ernährung steigt die Leistungsfähigkeit, und es kommt zu weniger gesundheitsbedingten Arbeitsausfällen. Dies kann langfristig zu besseren Bildungschancen und stabileren Beschäftigungsverhältnissen beitragen. In der Folge kann ein höheres Erwerbseinkommen entstehen, das als zentraler Faktor Einfluss auf das gesamte System entfaltet.

6.4.3 Best-Practice-Beispiel

Im Gegensatz zu Deutschland, wo bislang überwiegend mit Empfehlungen gearbeitet wird, gibt es in Großbritannien bereits verbindliche Richtlinien: Die nationale Gesundheitsbehörde (National Health Service, NHS) erließ bereits 2022 neue Verpflegungsstandards. Danach müssen Krankenhaus-Caterer Nachhaltigkeitskriterien befolgen und Lebensmittel nach den Government Buying Standards beschaffen (Department

for Environment, Food & Rural Affairs, 2021; N. H. S. England, 2023). Das englische Gesundheitssystem legt dabei mindestens 10 % Gewicht auf „Net Zero und soziale Werte“ in allen Beschaffungen. Daneben gibt es in Großbritannien ebenfalls verbindliche Schulverpflegungsstandards, die u. a. eine vielfältige Verpflegung mit frischen, vorzugsweise regionalen und nachhaltig erzeugten Zutaten vorschreiben.

Auch in anderen europäischen Ländern existieren entsprechende Politikansätze: Norwegen (EWR) fördert über grüne öffentliche Beschaffung stärker pflanzenbasierte Angebote bzw. Lebensmittel mit geringerem Klima-Fußabdruck in öffentlichen Kantinen, während Frankreich schon seit dem 1. Januar 2022 in der öffentlichen Gemeinschafts- und Schulverpflegung einen Mindestanteil von 20 % Bioprodukten vorschreibt (Avallone et al., 2023; Norwegian Agency for Public and Financial Management (DFØ), 2021).



6.4.4 Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung

Die Ergebnisse der Online-Befragung zeigen, dass Maßnahmen, die eine gesunde Ernährung durch Zuschüsse oder durch die Förderung lokaler Ernährungsräte unterstützen sollen, eher als weniger wirksam eingestuft werden. Im Vergleich dazu wird der Vorschlag, durch eine Mehrwertsteuersenkung eine gesunde und klimafreundliche Ernährung zu begünstigen, als wirksamer bewertet. Neben einer Mehrwertsteuersenkung auf klimafreundlichere Produkte wird auch eine Förderung von Reparaturzentren als sehr empfehlenswert und wirkungsvoll eingestuft, um Nachhaltigkeit mit einer Steigerung der Lebensqualität zu verknüpfen.

Da die Mehrwertsteuersenkung eine Maßnahme außerhalb der Entscheidungsspielräume des Landes ist, wären andere strukturelle Maßnahmen, um eine gesunde und klimafreundliche Ernährung zugänglicher zu machen, begrüßenswert. Dazu gehört die Empfehlung, die Ernährung in öffentlichen Einrichtungen stärker an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zu orientieren. Obwohl dieser Vorschlag in der Online-Befragung nicht explizit abgefragt wurde und die Bundesregierung in der gegenwärtigen Ernährungsstrategie bereits wichtige Schritte in diese Richtung unternimmt, wurde diese Empfehlung in den Workshops mit Erfahrungs- und Fachexpert:innen sehr positiv bewertet.

Wirkung vs. Aufwand für Cluster: Versorgung und Ernährung

Obere linke Ecke = Hohe Wirkung (positiv), Niedriger Aufwand (Ideal)

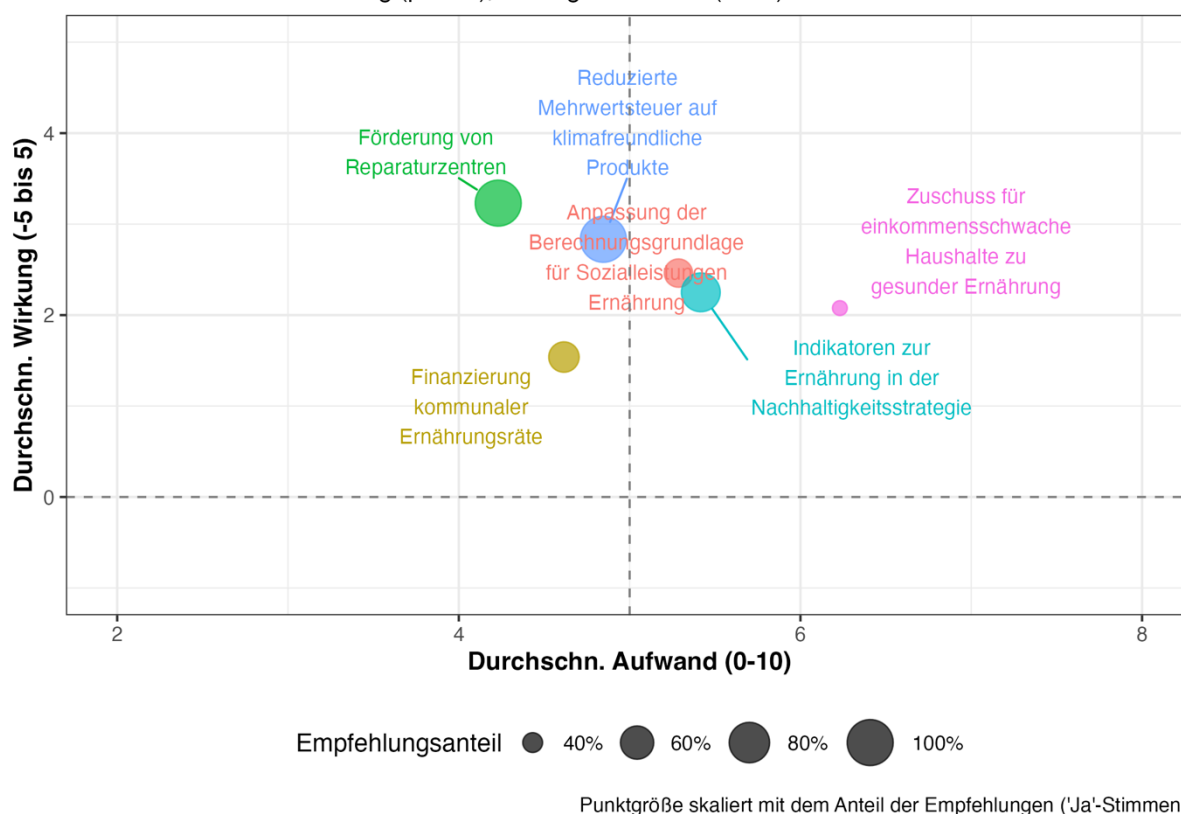


Abbildung 10: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Versorgung und Ernährung

6.4.5 Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich¹⁵

Maßnahme	Hinweise
Finanzierung kommunaler Ernährungsräte langfristig sichern und Vernetzung sowie konzeptionelle Unterstützung stärken	zur Förderung von z. B. Urban Farming, solidari-scher Landwirtschaft usw.
Verbindliche Indikatoren zur Ernährung in der Nachhaltigkeitsstrategie verankern	z. B. zu Preisen ausgewogener Ernährung im Ver-hältnis zum Einkommen, Anteil ökologisch nachhal-tiger Erzeugnisse an der Ernährung, Zugang zu fri-schen Lebensmitteln, Teilnahme an Ernährungsbil-dungsprogrammen usw.
Förderung von Reparaturzentren , Leihge-schäften und Second-Hand-Angeboten, be-sonders in sozial benachteiligten Stadtteilen	Einschließlich der Befähigung von Bürger:innen zur Reparatur
Reduzierte Mehrwertsteuer auf klima-freundliche Produkte einführen	z. B. energiesparende Geräte, Reparatur von Altge-räten zur Vermeidung von Ersatzbeschaffungen
Zuschuss für einkommensschwache Haus-halte zum Kauf regionaler, gesunder Lebens-mittel	
Anpassung der Berechnungsgrundlage für Sozialleistungen , damit eine ausgewogene und sichere Ernährung ermöglicht wird	

Tabelle 20: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Versorgung und Ernährung

6.5 Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung

Die Bedeutung sozialer Teilhabe, Integration und Antidiskriminierung wird in der Nachhaltigkeitsstrategie NRW als Grundvoraussetzungen für eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft benannt. Besonders hervor-gehoben wird die Unterstützung von armutsgefährdeten Gruppen, wie etwa Kinder, Alleinerziehenden, Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Rentner:innen, sowie die Förderung bürgerschaftlichen En-gagements als Stütze gesellschaftlicher Solidarität. Trotz dieser klaren Zielsetzung bleibt die Strategie in der Umsetzung vage. Viele Maßnahmen sind programmatisch formuliert und nicht mit ausreichenden finazi-ellen oder strukturellen Instrumenten hinterlegt. Fortbestehende soziale Ungleichheiten, Diskriminierungs-erfahrungen, eine ungleiche Beteiligung im Engagement sowie institutionelle Barrieren in Bildung, Arbeit und Wohnen zeigen, dass zentrale Teilhabestrukturen für marginalisierte Gruppen weiterhin unzugänglich bleiben. Die folgenden Handlungsempfehlungen adressieren daher insbesondere diese Lücken und zielen darauf ab, soziale Teilhabe systematischer abzusichern, Exklusion abzubauen und Teilhabe als verbindlichen Bestandteil nachhaltiger Transformation zu verankern.

6.5.1 Zentrale Empfehlungen: Strukturen schaffen, Demokratiebildung, Förderpolitik

Die Partizipation von armutsbetroffenen und einkommensschwachen Menschen – in Form von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie der Beteiligung an politischen Prozessen – und damit die Generierung von

¹⁵ Der Anhang enthält eine vollständige Übersicht aller im Rahmen der Analyse sowie durch Workshops und Interviews mit Erfahrungs- und Fachexpert:innen erfassten Ideen und potenziellen Handlungsempfehlungen.

Sichtbarkeit ist elementar für eine zunehmende Gleichberechtigung in der Gesellschaft. Dadurch können Chancengleichheit und Antidiskriminierung stärker eingefordert werden, die darüber hinaus auch von politischer Seite und weiteren Akteuren v. a. im Bildungssektor, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie in der Interaktion mit Behörden umgesetzt werden müssen.

Teilhabe und insbesondere politische Partizipation müssen durch ein Bündel von Maßnahmen gestärkt werden. Drei Bausteine wurden im Rahmen dieser Analyse identifiziert:

1) **Strukturen schaffen:** Hier sollte zum einen auf lokaler Ebene, idealerweise in den Wohnvierteln, sozial-ökologische Quartiersarbeit stärker und dauerhaft durch das Land NRW gefördert werden. Ergänzend dazu sollte auf Landesebene eine zentrale Koordinationsstelle für die Beteiligung armutsbetroffener Menschen eingerichtet werden.

2) **Demokratiebildung:** Als Voraussetzung für politische und gesellschaftliche Beteiligung wurde eine deutlich stärkere und praxisorientierte Demokratiebildung identifiziert (u. a. zu Fragen wie: zu welchen Themen, über welche Organisationen und mit welchen Förderungsmöglichkeiten politische Beteiligung möglich ist). Diese müsste bereits in Schulen und auch außerschulisch auf Quartiersebene umgesetzt werden.

3) **Anpassung der Förderpolitik:** Eine Veränderung der Förderpolitik sollte insbesondere Bürokratieabbau und persönliche Beratung für einen einfachen Zugang zu Fördermitteln in den Fokus rücken. Auch die Ausarbeitung von landesweiten Leitlinien für politische Partizipation vulnerabler Gruppen stellt einen wirksamen Hebel dar. Dabei sollte erwogen werden, eine repräsentative Beteiligung in öffentlichen Beteiligungsprozessen verpflichtend einzuführen. Auch bei der bestehenden Förderung ökologischer Nachhaltigkeitsaktivitäten, z. B. im ehrenamtlichen Bereich, könnte durch entsprechende Förderkriterien eine Sensibilisierung für die Beteiligung armutsbetroffener und anderer vulnerabler Gruppen erzielt werden.

Beispielhaft soll hier eine Teilmaßnahme stärker beleuchtet werden: die Schaffung einer Landeskoordinationsstelle für die Beteiligung armutsbetroffener Menschen. Die Koordinationsstelle könnte die unterschiedlichsten Beteiligungsformate auf lokaler Ebene koordinieren, Wissen und Handlungsansätze vermitteln und einen Austausch zwischen Organisationen ermöglichen. Ergänzend zur Diskussion um eine Armutskonferenz in NRW, die in erster Linie soziale Träger adressiert, könnte die Koordinationsstelle auch als Anlaufstelle für Individuen fungieren, die sich beteiligen möchten, und durch Trainings sowie Austausch Kapazitäten aufbauen.

6.5.2 Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme

Durch die Stärkung der Beteiligung armutsbetroffener Personen entfalten sich vor allem zwei Dynamiken, die eine Auswirkung auf alle Definitionsmerkmale von Armut haben (siehe Abbildung 11). Der erste Wirkmechanismus bezieht sich auf die Annahme, dass partizipativere Strukturen die Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Organisationen, die mit armutsbetroffenen Personen arbeiten, steigern würden. Als Folge würde die Verfügbarkeit des sozialen Netzwerks vieler Armutsbetroffener zunehmen und die soziale Inklusion steigen. Gleichzeitig erhöht sich der Schutz vor Einkommens- oder Ausgabenschocks für armutsbetroffene Personen.

Der zweite Wirkmechanismus besteht vor allem in der Reduktion armutsbezogener Diskriminierungserfahrungen. In der Folge können sich mittelbar sowohl die Bildungs- als auch die Berufsperspektiven verbessern, wodurch Prekarität reduziert und Sicherheit und Selbstständigkeit erhöht werden. Durch die Aktivierung der Subsysteme Bildung, Beruf und Diskriminierung werden somit alle zentralen Feedback-Mechanismen des Systemdiagramms aktiviert. Aufgrund dieser mittelbaren Effekte kann eine stärkere Partizipation armutsbetroffener Menschen die Risiken für Armut reduzieren, während Selbstständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe zunehmen.



6.5.3 Best-Practice-Beispiel

Partizipationsangebote speziell für armutsgefährdete Menschen sind bisher noch selten, doch einige Modelle zeigen mögliche Wege auf. So führt Paris im Rahmen der Städtebauförderung sogenannte „Conseils des Citoyens“ in benachteiligten Quartieren ein. Dabei handelt es sich um gemischte Bürgerräte (mit Anwohner:innen aus benachteiligten Stadtteilen, den „Quartiers populaires“), die über lokale Projekte und Fördermittel mitentscheiden. Wichtig ist dabei, dass auch Menschen in Armut Erfahrung im Umgang mit Verwaltung und Politik sammeln und spüren, dass ihr Wissen zählt. Die erwähnten „Conseils des Citoyens“ in Paris sind dafür ein konkretes Beispiel: Sie dienen explizit der Mitsprache von Bewohner:innen einkommensschwacher Viertel. Der Trend in Europa geht dahin, solche inklusiven Gremien aufzubauen und armutsbetroffene Gruppen über niedrigschwellige Kanäle (z. B. Sozialverbände, Gemeindezentren) in kommunale Planung einzubeziehen (Brahimllari, 2020; Eurocities, 2025).

6.5.4 Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung

Bürokratieabbau und der Ausbau von Beratungsangeboten für Fördermittel sowie die dauerhafte Landesförderung für die sozial-ökologischen Quartiersarbeit in den Kommunen werden nach Einschätzung der Expert:innen als die wirksamsten Maßnahmen bewertet und zur Umsetzung empfohlen. Die Fortführung und Stärkung der Demokratiebildung wird als langfristig wirkendes Instrument mit vergleichsweise geringerem Aufwand eingeschätzt. Auch die Etablierung landesweiter Leitlinien zur Partizipation armutsbetroffener Menschen erhält relativ große Zustimmung zur Umsetzung.

Wirkung vs. Aufwand für Cluster: Teilhabe

Obere linke Ecke = Hohe Wirkung (positiv), Niedriger Aufwand (Ideal)

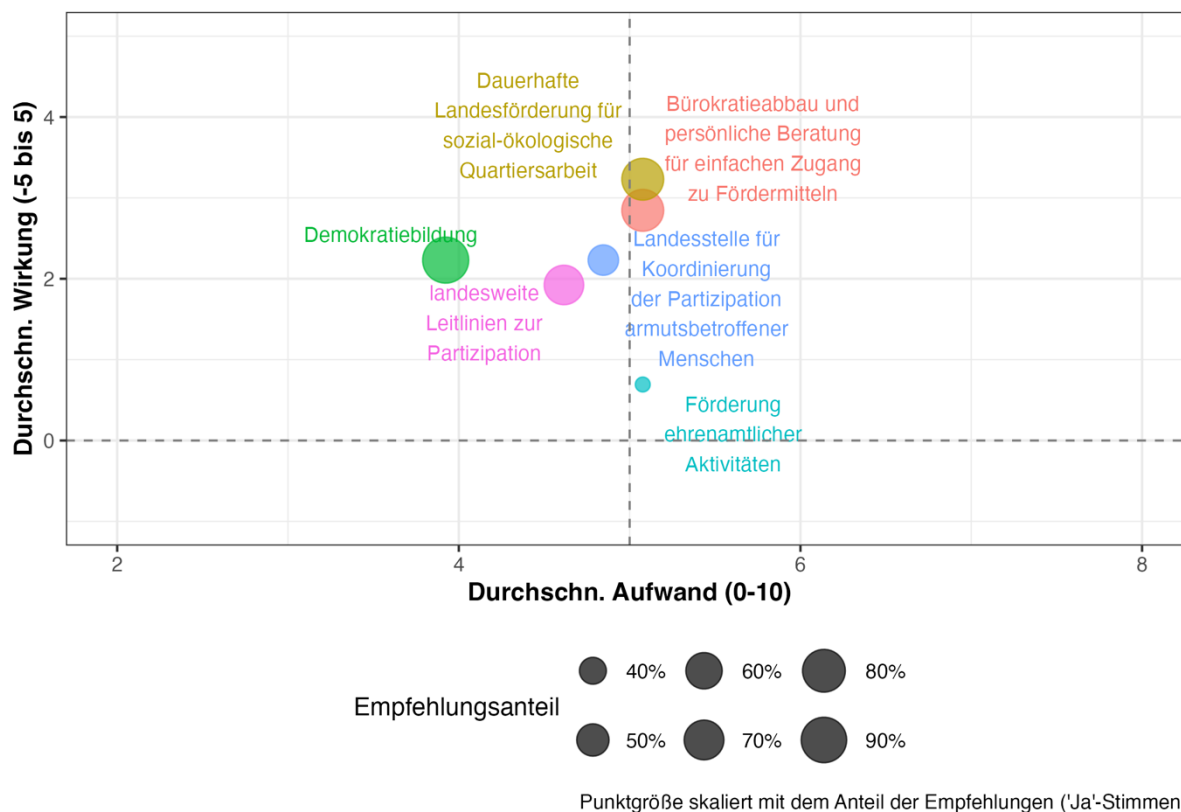


Abbildung 12: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung

6.5.5 Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich¹⁶

Maßnahme	Hinweise
Einführung landesweiter Leitlinien zur Partizipation armutsbetroffener Menschen bei Klima- und Stadtentwicklungsprozessen	repräsentative Beteiligung sollte zur Pflicht werden
Bei der Förderung ehrenamtlicher Aktivitäten sollte die Beteiligung armutsbetroffener bzw. vulnerabler Gruppen zur Pflicht, also Förderkriterium, werden	
Bürokratieabbau und persönliche Beratung für einfachen Zugang zu Fördermitteln , insbesondere für Menschen mit niedriger Bildung oder Sprachbarrieren	
Strukturen aufbauen, z. B. Landesstelle für Koordinierung der Partizipation armutsbetroffener Menschen	
Ausbau der Demokratiebildung in Schulen und auf Quartiersebene	
Dauerhafte Landesförderung für sozial-ökologische Quartiersarbeit (Verbindung von Sozialarbeit, Klimaanpassung und Nachbarschaftsinitiativen)	

Tabelle 21: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung

6.6 Einkommen und Sozialleistungen

Die Nachhaltigkeitsstrategie erkennt Einkommen als zentrale Grundlage sozialer Teilhabe und Armut als Ergebnis von Benachteiligung im Lebenslauf sowie instabilen Erwerbsleben an. Sie weist zutreffend auf die enge Verbindung zwischen Erwerbsbiografien, Löhnen, sozialer Absicherung und Altersarmut hin und benennt insbesondere Frauen, Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowie Personen in prekären oder unterbrochenen Beschäftigungsverhältnissen als besonders gefährdet. Gleichzeitig bleibt das Kapitel zu stark beschreibend. Da wesentliche Instrumente der Einkommens- und Sozialpolitik in Bundeszuständigkeit liegen, formuliert die Strategie nur wenige eigene landespolitische Maßnahmen und überlässt viele zentrale Hebel – wie Mindestlohn, soziale Sicherungssysteme oder Rentenpolitik – dem Bund. Die bestehenden landeseigenen Maßnahmen, etwa Programme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirken nur indirekt armutspräventiv und erreichen besonders vulnerable Gruppen bislang nur unzureichend. Zudem verschärfen aktuelle Entwicklungen wie Fachkräftemangel, atypische Beschäftigung, steigende Lebenshaltungskosten und geschlechtsspezifische Erwerbs- und Rentenlücken die Risiken weiter. Insgesamt zeigt sich ein deutlicher Bedarf an klareren landespolitischen Strategien, die strukturelle Lücken schließen, Übergänge in stabile Beschäftigung verbessern, Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt abbauen und die soziale Absicherung auf Landesebene stärker flankieren.

6.6.1 Zentrale Empfehlung: Erhöhung der Tarifbindung

Zur Stärkung von Einkommen und sozialer Sicherheit sollte das übergeordnete Ziel sein, die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Geringqualifizierten und von Frauen zu erhöhen (vgl. zu Qualifizierungsoffensive

¹⁶ Der Anhang enthält eine vollständige Übersicht aller im Rahmen der Analyse sowie durch Workshops und Interviews mit Erfahrungs- und Fachexpert:innen erfassten Ideen und potenziellen Handlungsempfehlungen.

und Kinderbetreuung im Themenfeld Wirtschaft und Arbeit). Zur Verbesserung der Einkommenssituation sind zwei komplementäre Handlungsstränge zu unterscheiden: Erstens müssen Leistungen der Grundsicherung (SGB II/SGB XII) hinreichend angepasst werden, um Effekte von Energiepreisteigerungen und sozial-ökologischen Transformationskosten abzufedern. Zweitens sind für Erwerbstätige im unteren Einkommenssegment Lohnanstiege anzustreben. Die Kompetenz zur Regelung der Grundsicherung und zur weiteren Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns liegt beim Bund. Das Land NRW kann diese Entscheidungen jedoch vorbereitend begleiten und möglicherweise durch Stellungnahmen, Pilot- und Förderprogramme sowie durch Koordinierung mit Kommunen und Sozialpartnern aktiv beeinflussen.

Ein unmittelbar wirksamer landespolitischer Hebel zur Erhöhung von Löhnen liegt in der Tarifpolitik: Die EU-Mindestlohn-Richtlinie benennt eine Orientierungsgröße von rund 80 % kollektiver Tarifbindung und fordert für Mitgliedstaaten mit deutlich geringerem Umsetzungsgrad Aktionspläne zur Stärkung der Tarifbindung (Richtlinie (EU) 2022/2041 (Mindestlohn-Richtlinie), 2022). Deutschland weist derzeit eine deutlich niedrigere Tarifbindungsquote von rund 49 % auf (Destatis, 2025).

Vor diesem Hintergrund kann NRW folgende Instrumente nutzen oder fördern:

Erstens die gezielte Unterstützung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen (AVE) nach § 5 Tarifvertragsgesetz (TVG) für Branchen mit geringer Tarifbindung, hohem Niedriglohnanteil und großer Beschäftigtenzahl (z. B. Gastgewerbe, Groß- und Einzelhandel, Logistik) (IAB, 2024).

Zweitens die konsequente Anwendung und systematische Ausweitung von Tariftreueklauseln in der öffentlichen Beschaffung: NRW verfügt über ein Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG-NRW) für Landesvergaben; eine flächendeckende Übertragung entsprechender Standards auf kommunale Vergaben würde die Nachfrage nach tarifgebundenen Unternehmen stärken.¹⁷

Drittens sollte das Land Anreize in Förder- und Subventionsprogrammen schaffen (Prämien bzw. Bevorzugung für tarifgebundene Unternehmen, erleichterte Zugangsvoraussetzungen), flankiert durch Maßnahmen zur Stärkung betrieblicher Mitbestimmung (Betriebsräte) sowie durch gezielte Unterstützung beim Aufbau bzw. der Stärkung von Arbeitgeberverbänden in unterorganisierten Branchen. Die internationale und deutsche Forschung zeigt, dass institutionelle Rahmenbedingungen – etwa Ausweitungsmechanismen, starke Arbeitgeberverbände und kollektive Verhandlungssysteme – die Tarifbindung erhöhen und zu besseren Lohn- und Verteilungsergebnissen beitragen (Amlinger, Marc, 2014; Jäger et al., 2024).

Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfordert eine enge Abstimmung mit dem Bund (insbesondere bei AVE-Verfahren nach § 5 TVG), den Sozialpartnern und den Kommunen. NRW kann aber durch koordinierte Antragsarbeit, Vergabepaxis, Förderbedingungen und Monitoring eine deutlich größere Rolle bei der Erhöhung der Tarifbindung spielen und somit zur Erreichung des EU-Orientierungsziels beitragen.

Dies sind keine einfach umzusetzenden Vorschläge. Die Tarifbindung ist in Deutschland seit Jahren rückläufig (Hohendanner & Kohaut, 2025). Wesentliche Gründe dafür sind u. a. die rechtlich relativ hohen Hürden für AVE, die insbesondere den Konsens der Tarifparteien erfordern, sodass AVE häufig von der Arbeitgeberseite blockiert werden können. Auch sinkt der Organisationsgrad sowohl auf Arbeitgeber- als auch auf Arbeitnehmerseite (sinkende Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern), sodass die Tragfähigkeit für Flächentarifverträge häufig nicht mehr gegeben ist (OECD, 2025). Schließlich tragen auch verbreitete Vorbehalte und Sorgen um eingeschränkte Flexibilität, steigende Kosten und schwindende Wettbewerbsfähigkeit auf Arbeitgeberseite dazu bei, dass diese einer Tarifbindung zunehmend skeptisch gegenüberstehen (Schulten, 2021). Hier lohnt es sich, den Blick auf positive Beispiele zu richten, wie etwa die Tarifverträge für die Gebäudereinigung (AVE im Jahr 2020), das Maler- und Lackiererhandwerk (AVE 2024) und das Baugewerbe (AVE 2025), und daraus Gelingensfaktoren zu übertragen.

¹⁷ Die Landesregierung NRW hat am 9.12.2025 einen Gesetzentwurf zur Tariftentgeltsicherung bei öffentlichen Vergaben des Landes beschlossen, nach dem mindestens der Tariflohn bei öffentlichen Vergaben auf Landesebene gezahlt werden müssen. Diese Regelung gilt weiterhin nicht für Kommunen.

6.6.2 Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme

Die hervorgehobenen Maßnahmen aus dem Bereich Einkommen und Sozialleistungen wirken sich auf alle Aspekte der Armutsdefinition aus. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass durch die Steigerung der Tarifbindung das zentrale Subsystem „Beruf“ unmittelbar beeinflusst wird. Als Folge einer höheren Tarifbindung steigen perspektivisch die Sicherheiten für Arbeitnehmer:innen, was die Prekarität reduziert und zu einer höheren Kontinuität in der Erwerbsbiografie beiträgt. Ebenso steigen die erwartbaren Bruttogehälter. Aufgrund der höheren beruflichen Sicherheit und des höheren Einkommens nimmt der Erfüllungsgrad notwendiger Ausgaben zu, ebenso wie der Zugang zu Wohnraum. Durch den besseren Zugang zur Gesundheitsversorgung, indem beispielsweise Kosten für Privatrezepte oder Vorsorgeuntersuchungen keine relevante Hürde mehr darstellen, verbessern sich zudem die physische und die mentale Gesundheit. Auch die gestiegene Selbstständigkeit stärkt die mentale Gesundheit. Darüber hinaus kann durch reduzierte armutspezifische Diskriminierungserfahrungen mittelbar auch die soziale Inklusion steigen.

Die Auswirkungen der Abfederung von Energiepreissteigerungen durch angepasste Sozialleistungen, wie etwa durch die Grundsicherung, wirken hingegen wesentlich spezifischer. Durch die Senkung der Energiekosten sinken die Lebenshaltungskosten, und der Erfüllungsgrad der notwendigen Ausgaben nimmt zu.

6.6.3 Best-Practice -beispiel

In Österreich gilt praktisch für alle Beschäftigten ein Branchen-Tarifvertrag (Eurofound, 2024). Dies hängt stark an der gesetzlich verpflichtenden Mitgliedschaft für Unternehmen in der Wirtschaftskammer zusammen, die zugleich Tarifpartner ist. In Frankreich sind sogar rund 98 % aller Arbeitnehmer:innen durch Tarifverträge abgesichert, obwohl dort nur etwa 9 % Gewerkschaftsmitglieder sind. Dort wird stark von der Ausweitung von Branchentarifverträgen (analog zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung) Gebrauch gemacht. Diese Praxis wird auch durch die zentralstaatliche Steuerung begünstigt, die sich auf Deutschlands föderale Strukturen nur eingeschränkt übertragen lässt. Obwohl die rechtlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten beider Länder nicht vollständig mit Deutschland vergleichbar sind, zeigen diese Beispiele dennoch, dass eine flächendeckend deutlich höhere Tarifbindung erreichbar ist. Die konsequente Verknüpfung öffentlicher Aufträge mit Tarifbindung, die Stärkung von Branchentarifen, die Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen sowie Anreize zur Erhöhung der Arbeitgeberorganisation – bei gleichzeitigem Zurückdrängen verbreiteter Arbeitgeberverbandsmitgliedschaften „ohne Tarif“ – könnten geeignete politische Instrumente sein, um langfristig von anderen Ländern zu lernen und die Tarifbindung zu erhöhen.

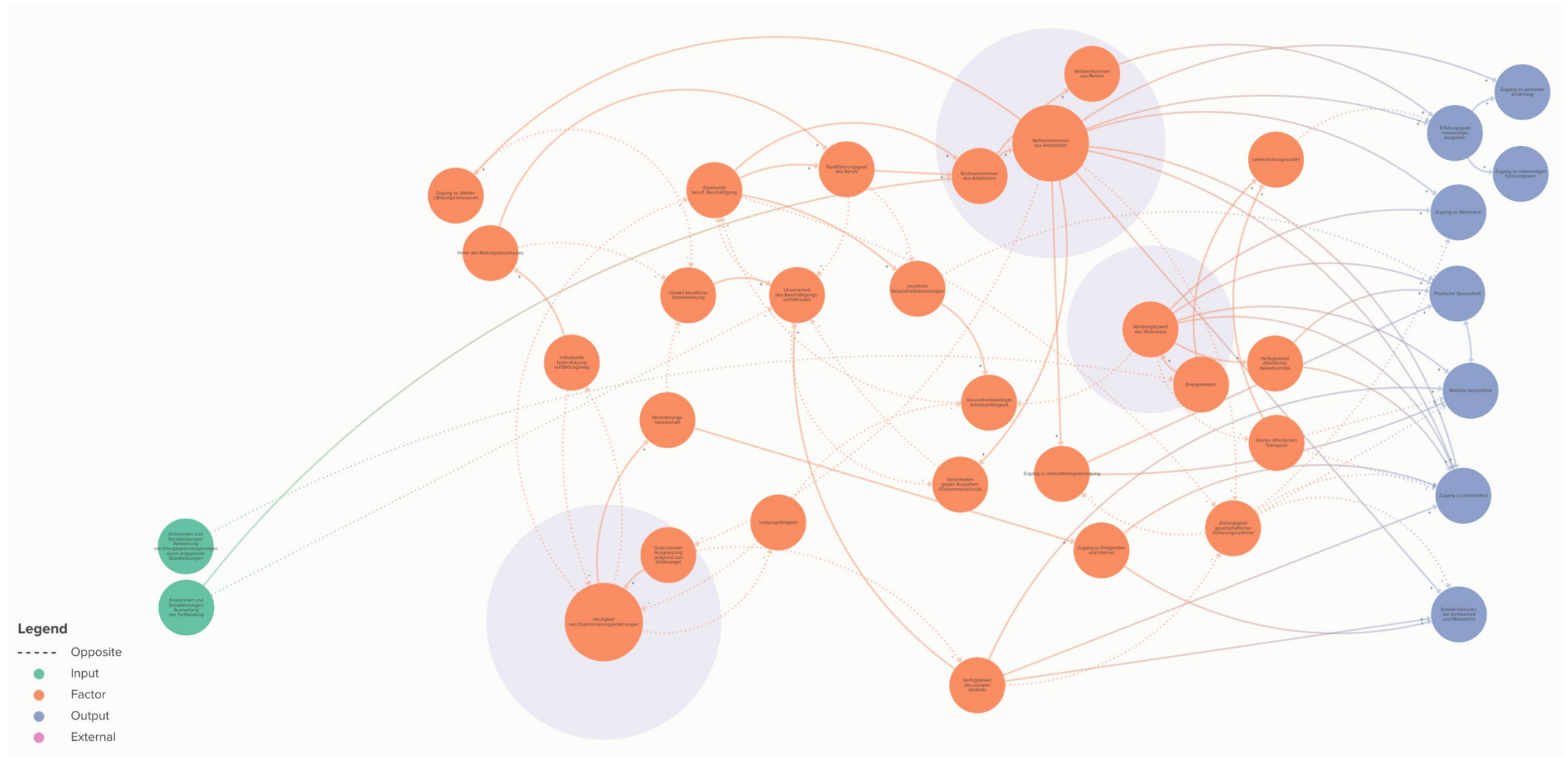


Abbildung 13: Einordnung potenzieller Wirkungen der Maßnahmen zum Themenfeld Einkommen und Sozialleistungen im Systemdiagramm

6.6.4 Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung

In der Befragung wird ein armutsfester Mindestlohn als die wirksamste Maßnahme eingeschätzt, gefolgt von einer regelmäßigen Anpassung der Grundsicherung an die Energiepreisentwicklung. Da diese Maßnahmen außerhalb des unmittelbaren Spielraums des Landes NRW liegen, lohnt es sich, auf die drittwirksamste Maßnahme zu blicken: die Erhöhung der Tarifbindung. Diese Maßnahme wird als wirkungsvoll, wenn auch relativ aufwändig in der Umsetzung, eingeschätzt. Allerdings empfehlen mehr Expert:innen die Überarbeitung der Erbschaftssteuer als die Erhöhung der Tarifbindung, wobei beide Maßnahmen als ähnlich wirksam eingestuft werden.

Wirkung vs. Aufwand für Cluster: Einkommen und Sozialleistungen

Obere linke Ecke = Hohe Wirkung (positiv), Niedriger Aufwand (Ideal)

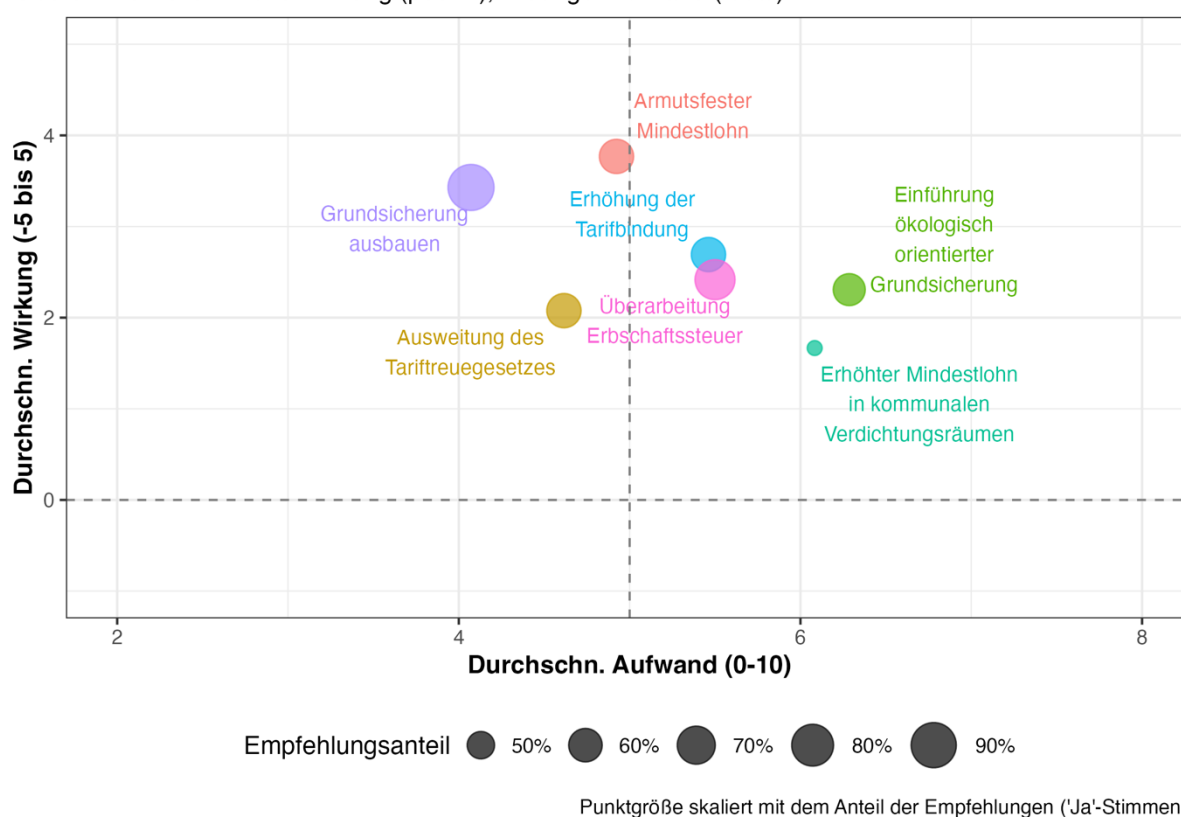


Abbildung 14: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Einkommen und Sozialleistungen

6.6.5 Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich¹⁸

Maßnahme	Hinweise
Grundsicherung ausbauen: regelmäßige Anpassung der Beträge der sozialen Grundsicherung an die Energiepreisentwicklung, um Energiearmut zu vermeiden	Zuständigkeit liegt auf Bundesebene

¹⁸ Der Anhang enthält eine vollständige Übersicht aller im Rahmen der Analyse sowie durch Workshops und Interviews mit Erfahrungs- und Fachexpert:innen erfassten Ideen und potenziellen Handlungsempfehlungen.

Grundlegende Reform der Grundsicherung zur Einführung ökologisch orientierter Grundsicherung (Lange, 2025)	Zuständigkeit liegt auf Bundesebene
Armutsfester Mindestlohn (60 % des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten)	Zuständigkeit liegt auf Bundesebene
Vorschlag für Gesetzesinitiative: erhöhter Mindestlohn in kommunalen Verdichtungsräumen	
Erhöhung der Tarifbindung (von aktuell 49 % auf EU-Zielwert von 80 %)	z. B. durch strengere Vorgaben für öffentliche Auftragsvergabe, Beratungsangebote und/oder Hinwirken auf Flächen- oder allgemeingültige Tarifverträge
Ausweitung des Tariftreuegesetzes im öffentlichen Sektor auf die kommunale Ebene, um die Tarifbindung zu erhöhen	
Überarbeitung der Erbschaftsteuer bzw. Reduzierung von Ausnahmetatbeständen zur Gegenfinanzierung sozialpolitischer Maßnahmen	Zuständigkeit liegt auf Bundesebene

Tabelle 22: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Einkommen und Sozialleistungen

6.7 Bildung

Die Nachhaltigkeitsstrategie legt bereits einen deutlichen Schwerpunkt auf Chancengerechtigkeit sowie auf die Bedeutung von Kompetenzen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation. Durch frühzeitige Förderung, sprachliche und strukturelle Unterstützung, Digital- und Klimakompetenzen sowie lebenslanges Lernen sollen soziale Ungleichheiten abgebaut und die Grundlage für die erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt geschaffen werden. Bildung steht damit als wesentliches Handlungsfeld, das langfristig Armut verhindern kann, bereits im Fokus. Über die bestehenden Maßnahmen hinaus sollten weitere Maßnahmenbündel geschnürt werden, um sowohl jungen Menschen einen Schulabschluss und eine Berufsausbildung zu ermöglichen als auch die Weiterbildung von Menschen im Laufe ihres Erwerbslebens zu unterstützen.

6.7.1 Zentrale Empfehlung: Vereinfachter Übergang zwischen Schule und Ausbildung

Besonders hervorheben möchten wir in diesem Kontext den Vorschlag einer Gesetzesinitiative zur Vereinfachung des Übergangs zwischen Schule und Berufsausbildung. Damit sollte beispielsweise die Möglichkeit geschaffen werden, den Sekundarabschluss II nach der Schule nachzuholen. Dies würde die Chancen für Jugendliche mit Brüchen im Bildungsweg (z. B. ohne Abschluss, mit Flucht- oder Migrationsgeschichte usw.) erhöhen (Beicht, 2015). Mehr Jugendliche könnten damit direkt einen Anschlussweg nach dem Schulabgang finden. Darüber hinaus stünden dem Arbeitsmarkt damit mittel- und langfristig mehr qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung.

Für eine solche Gesetzesinitiative müssten in NRW das Schulgesetz sowie die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen so angepasst werden, dass Zugangswege zu Schulen der Sekundarstufe II (Berufskollegs, Abendgymnasien usw.) vereinheitlicht werden. Auch Vorrangregelungen für Jugendliche ohne Abschluss oder mit Brüchen im Bildungsweg sollten dort aufgenommen werden. Darüber hinaus sollte die finanzielle und personelle Ausstattung sichergestellt werden, z. B. durch zusätzliche Stellen für Lehrkräfte zur Beratung an Berufskollegs und/oder durch Landesmittel für ausbildungsbegleitende Hilfen (z. B. Vorbereitungskurse, sozialpädagogische Begleitung, Sprachförderung).

Zusätzlich sollte geprüft werden, inwieweit – neben der Neuregelung für NRW – auch Änderungen auf Bundesebene politisch umsetzbar sind und durch bundesweite Programme unterstützt werden können.

Mit der Gesetzesinitiative wären voraussichtlich Ausgaben für zusätzliche Lehrkräfte, Schulinfrastruktur, Förderangebote und/oder sozialpädagogische Begleitung verbunden. Diesen Investitionen, die zum Teil durch Fördermittel unterstützt werden könnten (z. B. Europäischer Sozialfonds, Bundesmittel), stehen langfristig geringere Arbeitslosigkeit und damit sinkende Ausgaben für Sozialleistungen sowie höhere Steuereinnahmen und Sozialabgaben durch mehr Erwerbstätigkeit gegenüber.

Aufgrund der vielfältigen Akteure in der schulischen und beruflichen Bildung wäre es zudem empfehlenswert, die Gesetzesinitiative durch einen möglichst breit getragenen Beteiligungsprozess und Konsens zu stützen. Das grundsätzliche politische Mandat „Übergang vereinfachen und Sek-II-Nachholung ermöglichen“ könnte beispielsweise durch Arbeitsgruppen konkretisiert und in Pilotprojekten bzw. Reallaboren zunächst getestet werden. Es könnten u. a. die Landesebene, Kommunen, Kammern, Schulen und Interessenvertretungen (z. B. Eltern- und Schülervertretungen, Jugendhilfe) in diesen Prozess einbezogen werden.

6.7.2 Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme

Die Erleichterung des qualifizierten Berufseinstiegs durch die Förderung von Abschlüssen und Ausbildungen, wirkt sich innerhalb des Systemdiagramms durch das Subsystem Bildung zunächst positiv auf das Subsystem Beruf aus. Durch die Förderung von Abschlüssen können höhere Bildungsabschlüsse erreicht werden, was den Qualifizierungsgrad der ausgeübten Berufe erhöht. Dies reduziert prekäre Beschäftigungsverhältnisse und erhöht die Kontinuität von Berufslaufbahnen. Folglich trägt die Maßnahme somit aus Perspektive der Armutsbetroffenen zu mittelbar höheren Bruttoerwerbseinkommen bei.

Als zentraler Faktor in dem Systemdiagramm löst das erhöhte Einkommen mehrere Effekte aus. Es trägt direkt zu einem höheren Erfüllungsgrad notwendiger Ausgaben bei, verbessert den Zugang zum Gesundheitssystem – etwa, weil Kosten für Privatrezepte oder Vorsorgeuntersuchungen keine relevante Hürde mehr darstellen – und reduziert die Abhängigkeit von gesellschaftlichen Sicherungssystemen. Als Folge steigt der Zugang zu Wohnraum, gesunder Ernährung und Konsumgütern.

Darüber hinaus kann mittelbarer auch Diskriminierung aufgrund von Geldknappheit reduziert werden. Dies wirkt sich positiv auf das soziale Umfeld und die soziale Inklusion, Sichtbarkeit und Partizipation aus.



6.7.3 Best-Practice-Beispiel

An vielen Orten haben Länder oder Kommunen konkrete Programme zur Reduzierung von Schulabbrüchen etabliert. Die Schulabbrecher:innenquoten in Bayern (6,1 %) und Hessen (6,2 %) gehören zu den niedrigsten in Deutschland und liegen deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7,9 %) (Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen, 2025). Wirksame Ansätze sind ganztägige Betreuungsmodelle und eine intensive Berufsorientierung in den Schulen. Andere Bundesländer (z. B. Berlin oder Bremen) haben in Pilotprojekten Erfolge durch verpflichtende Berufseinstiegsjahr-Garantien oder verstärkte Jugendhilfe-Kooperation erzielt. Allgemein sprechen Studien dafür, dass eine Kombination aus frühzeitiger individueller Förderung, Berufsorientierung und sozialpädagogischer Begleitung die Abschlussquote verbessert (Solga et al., 2011).

6.7.4 Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung

Den Anteil der Schulabgänge ohne Abschluss zu reduzieren, wird als die effektivste Maßnahme zur Steigerung der Lebensqualität armutsbetroffener Menschen wahrgenommen und auch am häufigsten empfohlen. Dies erfordert ein Maßnahmenbündel der Schulpolitik, zu dem auch die Vereinfachung des Übergangs in die Berufsausbildung, z. B. durch Nachholen des Sek-II-Abschlusses in der Berufsausbildung, gehört. Häufig zur Umsetzung empfohlen wird auch die nach Expert:inneneinschätzung relativ einfach umzusetzende Berücksichtigung von Internetkosten in der Grundsicherung, um den Zugang zu digitaler Bildung zu ermöglichen.

Das integrierte Case Management wird in der Umfrage insgesamt als eine wirkungsvolle Maßnahme wahrgenommen, wobei es etwas weniger effektiv eingeschätzt wird als niederschwellige Angebote zur Bildung und Beratung. Auch in den Workshops wurde ein integriertes Case Management als niederschwellige Maßnahme diskutiert, um Zugang zur Bildung und Beratung zu vereinfachen.

Wirkung vs. Aufwand für Cluster: Bildung

Obere linke Ecke = Hohe Wirkung (positiv), Niedriger Aufwand (Ideal)

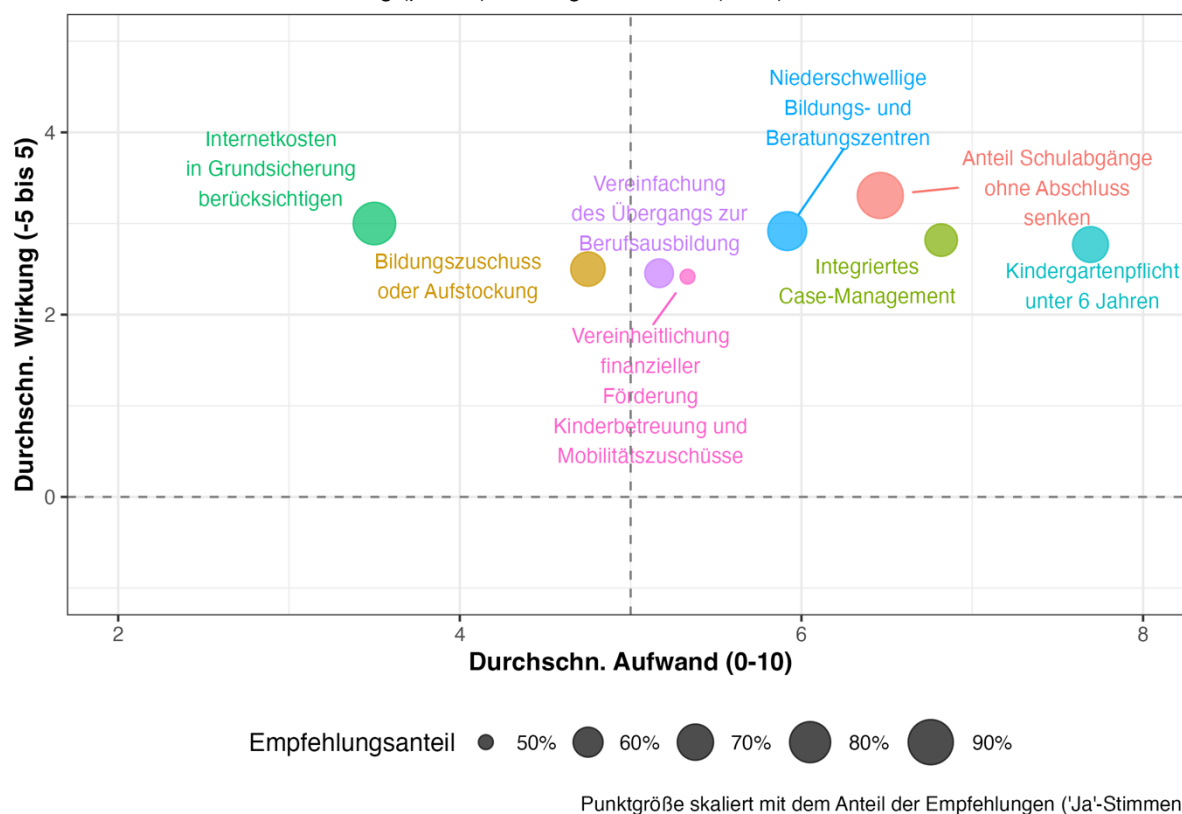


Abbildung 16: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Bildung

6.7.5 Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich¹⁹

Maßnahme	Hinweise
Anteil Schulabgänger:innen ohne Abschluss senken: Maßnahmenbündel Schulpolitik entscheidend, hier konkret: Angebote zur Individualbetreuung in benachteiligten Stadtteilen schaffen	
Zugang zu frühkindlicher Bildung für alle: Kindergartenpflicht unter 6 Jahren	Zuständigkeit Bund; hohe rechtliche Hürden, ggf. Grundgesetzänderung erforderlich
Gesetzesinitiative zur Vereinfachung des Übergangs in die Berufsausbildung , um z.B. Sek 2 nach der Schule nachzuholen	siehe die detaillierte Beschreibung in diesem Kapitel
Internetkosten in der Grundsicherung berücksichtigen (Zugang zu digitaler Bildung)	

¹⁹ Der Anhang enthält eine vollständige Übersicht aller im Rahmen der Analyse sowie durch Workshops und Interviews mit Erfahrungs- und Fachexpert:innen erfassten Ideen und potenziellen Handlungsempfehlungen.

Bildungszuschuss oder Aufstockung auf mind. Mindestausbildungsvergütung während der Qualifizierung	
Niederschwellige Bildungs- und Beratungszentren besonders in benachteiligten Stadtteilen schaffen, fördern und Bildungsangebote besser vernetzen	
Landesweite Vereinheitlichung der finanziellen Förderung von Kinderbetreuung und Mobilitätzuschüssen während der Qualifizierung	bisher kommunal geregelt
Integriertes Case Management mit sozialpädagogischer Begleitung von Teilnehmenden (Verzahnung von Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsdiensten)	mehr Mitbestimmung bei der Eingliederungsförderung durch Leistungsempfänger; Gesetze und Zuständigkeiten für Eingliederungshilfe synchronisieren; individuelle Begleitung bei Brüchen im Erwerbsleben; Umgang zu Leistungen und Behörden vereinfachen; Anzahl der Ansprechpartner:innen und Behörden reduzieren

Tabelle 23: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Bildung

6.8 Wirtschaft und Arbeit

Die Nachhaltigkeitsstrategie betont die Bedeutung von Bildung, Qualifizierung und wirtschaftlicher Modernisierung als Grundpfeiler sozialer Sicherheit und erfolgreicher Teilhabe. Sie erkennt Chancen des digitalen und ökologischen Strukturwandels und setzt auf Weiterbildung, die Förderung zukunftsfähiger Branchen sowie Programme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig zeigen sich jedoch deutliche Lücken. Die Strategie adressiert die arbeitsmarktpolitischen Risiken des Strukturwandels, etwa den Wegfall traditioneller Industriebeschäftigungen, zunehmende Qualifikationsanforderungen, regionale Disparitäten und die anhaltend hohe Langzeitarbeitslosigkeit, nur unzureichend. Besonders Menschen mit niedriger Qualifikation, Frauen, Migrant:innen, und Beschäftigte in prekären Verhältnissen profitieren bislang kaum von den Transformationsgewinnen. Auch die Zielkonflikte werden nicht systematisch aufgelöst. Insgesamt fehlt eine kohärente, sozial flankierte Transformationsstrategie, die sicherstellt, dass neue Arbeitsplätze entstehen, bestehende gesichert werden können und vulnerable Gruppen nicht weiter abgehängt werden.

6.8.1 Zentrale Empfehlung: Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen

Deutschland hat im europäischen Vergleich mit 78 % auf den ersten Blick eine vergleichsweise hohe Frauenerwerbsquote (Hermann & Kunze, 2024). Allerdings arbeiten in Deutschland Frauen häufiger in Teilzeit, sodass sie dem Arbeitsmarkt tatsächlich (bezogen auf Vollzeitäquivalente) in weit geringerem Maße zur Verfügung stehen (ebd.). Darüber hinaus führen der vergleichsweise hohe Anteil von Teilzeitarbeitsverhältnissen unter Frauen sowie weitere strukturelle Rahmenbedingungen wie das im Steuerrecht verankerte Ehegattensplitting dazu, dass Deutschland im europäischen Vergleich ein deutlich stärkeres Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen („Gender Pay Gap“) aufweist (Schmieder & Wrohlich, 2021). Frauen sind nicht nur durch dieses Einkommensgefälle stärker armutsgefährdet als Männer. Hinzu kommt zum einen, dass Haushalte mit geringer Erwerbsbeteiligung grundsätzlich stärker armutsgefährdet sind. Zum anderen sind unter Alleinerziehenden in Deutschland weit überwiegend Frauen - und das Armutsrisiko von alleinerziehenden Frauen liegt etwa dreimal so hoch wie das von Frauen in Partnerschaften (Sachverständigenkommission des Zehnten Familienberichts, 2024).

Daraus folgt: Um bestehende Armut zu verringern und zukünftige Armut zu verhindern, sollte NRW die Ausweitung angemessen entlohnter Erwerbstätigkeit von Frauen als zentrales sozialpolitisches Ziel stärken. Die empirische Evidenz zeigt, dass verlässliche und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung eine wesentliche Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Müttern ist. Entsprechend sollte NRW den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung weiter beschleunigen. Gleichzeitig sollte der Ausbau der Ganztagsbetreuung in der Grundschule konsequent vorangetrieben werden, denn die Verfügbarkeit nachmittäglicher Betreuung erhöht die Wahrscheinlichkeit mütterlicher Erwerbstätigkeit (Geis-Thöne, 2020). Diese Maßnahmen liegen in weiten Teilen in der Zuständigkeit des Landes und der Kommunen (KiBiz, Ausbildungsinitiative, Qualitätsstandards, Öffnungszeiten, OGS-Ausbau), auch wenn der bundesweite Rechtsrahmen flankiert.

Darüber hinaus sollte NRW auf Bundesebene mit Nachdruck für eine Reform des Ehegattensplittings eintreten. Die Forschung des DIW zeigt, dass Reformmodelle die Erwerbsbeteiligung und die Arbeitsstunden verheirateter Frauen erhöhen können. Außerdem sollte der Bund die partnerschaftlichen Elemente des Elterngeldes ausbauen, denn eine gleichmäßigere Aufteilung der Elternzeit beschleunigt die Rückkehr von Müttern in den Arbeitsmarkt und reduziert spätere Ungleichheiten (Frodermann et al., 2023).

Für NRW folgt daraus ein klarer Handlungsauftrag mit doppelter Strategie: landespolitisch den Ausbau von Kita und Ganztags samt Fachkräfte- und Qualitätsagenda weiter priorisieren und beschleunigen sowie bundespolitisch über Bundesrat und Allianzen die Reform von Ehegattensplitting und Elterngeld unterstützen. So ließen sich ökologische und armutsmindernde Ziele verbinden, indem Frauen ihre Erwerbschancen ausweiten können und Haushalte zugleich resilienter gegenüber Preis- und Lebensrisiken werden.

6.8.2 Einordnung potenzieller Wirkungen dieser Maßnahme

Im Rahmen der Systemmodellierung wurde die unmittelbar landespolitische Maßnahme des Ausbaus von Kita- und Ganztagschulplätzen betrachtet. Diese Maßnahme hat eine Auswirkung auf alle Aspekte der Armutsdefinition. Die Wirkmechanismen gehen dabei aus der Reduktion geschlechtsbezogener Diskriminierung hervor. Von diesem zentralen Faktor entwickeln sich zwei Hauptwirkstränge. Durch die Kita- und Ganztagschulplätze sinkt die Last der Pflege- und Betreuungsaufgaben für betroffene Personen. Dadurch steigt einerseits die Leistungsfähigkeit, und potenziell sinkt auch die Abhängigkeit von weiteren gesellschaftlichen Sicherungssystemen, etwa durch den Bezug einer Grundsicherung trotz geringfügiger Erwerbsarbeit. Zudem steigt die Verfügbarkeit des sozialen Umfelds, was zusätzliche Sicherheiten schafft und die Erwerbstätigkeit erleichtert.

Durch die Reduktion der Diskriminierung werden außerdem sowohl die Subsysteme Bildung und Beruf berührt. Durch reduzierte geschlechtsbezogene Diskriminierung steigt die Kontinuität der beruflichen Beschäftigung, was sich langfristig positiv auf das Bruttoeinkommen auswirkt und wiederum positive Rückkopplungen im gesamten Systemdiagramm entfaltet. Zu betonen ist, dass sich positive Dynamiken gegenseitig verstärken. So sinkt das Risiko für prekäre Beschäftigung und die sozioökonomische Sicherheit nimmt zu. Ebenso steigt die berufliche Sicherheit, was auch zu höher qualifizierten Berufsbiografien führen kann.

Es lässt sich festhalten, dass ein Ausbau der Kita- und Ganztagschulplätze die Last der Pflege- und Betreuungsaufgaben für betroffene Personen, vor allem Frauen, reduziert. Dies trägt zu höherer sozialer Inklusion und Sichtbarkeit, verbessert den Zugang zu Infrastruktur und stärkt die mentale Gesundheit. Gleichzeitig eröffnen sich mittelbar mehr Optionen für gefestigte Erwerbsbiografien, was sich durch die gesteigerte berufliche Sicherheit und bessere Verdienstmöglichkeiten positiv auf den Erfüllungsgrad notwendiger Ausgaben, den Zugang zu Wohnraum und die physische Gesundheit auswirkt.

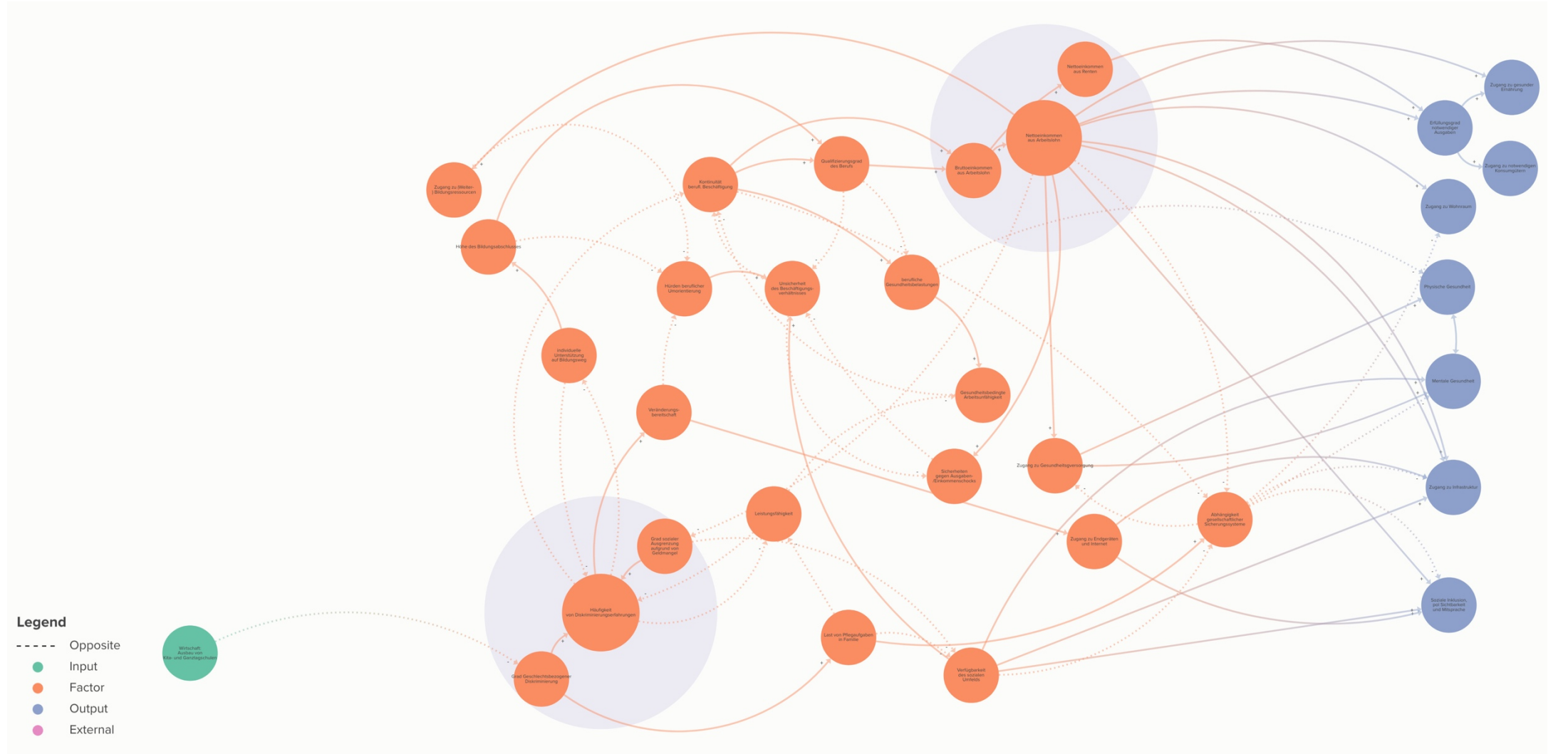


Abbildung 17: Einordnung potenzieller Wirkungen der Maßnahmen zum Themenfeld Wirtschaft und Arbeit im Systemdiagramm

6.8.3 Best-Practice-Beispiel

Andere europäische Länder wie die Niederlande und Schweden weisen, wie Deutschland, eine insgesamt hohe Beschäftigung bei gleichzeitig statistisch (ohne Anpassung bezogen auf Vollzeitäquivalente bzw. Teilzeitarbeit) ebenfalls vergleichsweise hoher Erwerbstätigkeit von Frauen auf (Eurostat, 2025). Gleichzeitig bestehen in beiden Ländern deutlich geringere Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. In den Niederlanden wird die hohe Frauenerwerbstätigkeit u. a. durch breite Arbeitsmarktintegration und flexible Arbeitsmodelle getragen – allerdings ebenfalls, wie in Deutschland, mit hohem Teilzeitanteil. Die auf den Stundenlohn bezogenen geringeren geschlechtsbezogenen Einkommensunterschiede lassen sich u. a. durch die zunehmend höhere Bildung von Frauen und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns erklären, der Frauen überproportional zugutekam, weil sie in den unteren Einkommensbereichen überrepräsentiert sind (Statistics Netherlands, 2025). Die Kombination aus hoher Frauenbeschäftigung und vergleichsweise geringen Einkommensunterschieden in Schweden ist hingegen das Ergebnis jahrzehntelanger Politik, die besonders den Ausbau der Kinderbetreuung, verbesserte und auf Gleichstellung ausgerichtete Elternzeitregelungen sowie eine individualisierte Besteuerung in den Mittelpunkt gestellt hat. Aus beiden Beispielen lassen sich für Deutschland und für NRW hilfreiche Lehren ziehen, die sowohl den Umfang der Erwerbstätigkeit von Frauen als auch deren faire Entlohnung langfristig ausbauen und verbessern können.

6.8.4 Bewertung der Handlungsempfehlungen nach Aufwand und Wirkung

Die Unterstützung bei der Kinderbetreuung sowie andere Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen und zur Qualifizierung von geringqualifizierten Personen werden in der Umfrage als die effektivsten Maßnahmen wahrgenommen und am häufigsten zur Umsetzung empfohlen. Daneben werden die bessere Vernetzung und Koordinierung von Einrichtungen, die Wiedereinführung und Erhöhung des Bildungsbonus sowie die Einschränkung von Minijobs zur Umsetzung empfohlen.

Wirkung vs. Aufwand für Cluster: Wirtschaft und Arbeit

Obere linke Ecke = Hohe Wirkung (positiv), Niedriger Aufwand (Ideal)

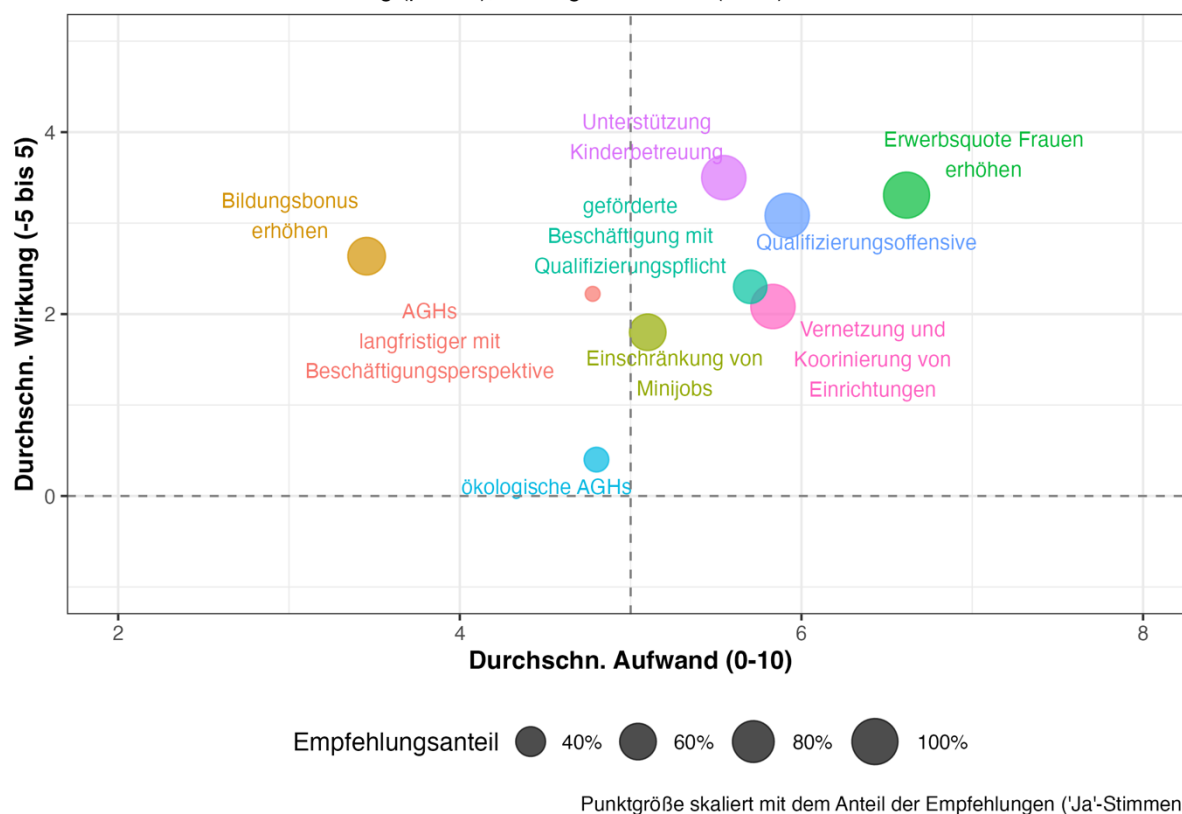


Abbildung 18: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Wirtschaft und Arbeit

6.8.5 Ausgewählte Handlungsempfehlungen in diesem Bereich²⁰

Maßnahme	Hinweise
Wiedereinführung des Bildungsbonus und Erhöhung auf 200 € (aktuell 150 €), damit er über AGH-Niveau liegt	
Qualifizierungsoffensive für Geringverdienende, z. B. kostenfreie Weiterbildungsprogramme mit Lohnersatz und Bildungsbonus	
Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung mit Qualifizierungspflicht und langfristiger Perspektive	§ 16e/i SGB II
Arbeitsgelegenheiten (AGH) ökologisch ausrichten für Umweltdienstleistungen in Kommunen	§ 16d SGB II
AGH nur mit langfristiger, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsperspektive verknüpfen (Missbrauch vorbeugen)	§ 16d SGB II

²⁰ Der Anhang enthält eine vollständige Übersicht aller im Rahmen der Analyse sowie durch Workshops und Interviews mit Erfahrungs- und Fachexpert:innen erfassten Ideen und potenziellen Handlungsempfehlungen.

Einschränkung von Minijobs , um Missbrauch zu verhindern	
Vernetzung und Koordinierung von Einrichtungen wie Jobcentern, Kammern, Wohlfahrtsverbänden und Betrieben zur Vermittlung benachteiligter Gruppen	
Erwerbsquote von Frauen erhöhen: Ausbau der Kinderbetreuungsangebote besonders für unter 3-jährige Kinder und für alle Altersstufen	derzeit ca. 32 % Betreuungsquote in NRW, zudem deutlich geringer für Menschen in Bürgergeldbezug bzw. mit Migrationshintergrund (Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen, 2025)
Ausbau finanzieller Unterstützung zur Kinderbetreuung und deren Verpflegung für Geringverdienende	

Tabelle 24: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Wirtschaft und Arbeit

7. Fazit und Ausblick

Diese Analyse zeigt auf, dass sowohl die Nachhaltigkeitsstrategie als auch die Klimaanpassungsstrategie bereits einen Beitrag zur Armutsbekämpfung in NRW leisten. Gleichzeitig werden substanzielle Lücken identifiziert, die politisch adressiert werden müssen. In der Analyse wurde berücksichtigt, dass die politischen Strategien nicht die Armutsbekämpfung als originäres Ziel verfolgen, es aber klare Bezüge zwischen Nachhaltigkeit und Klimaanpassung einerseits sowie Armut andererseits gibt. Die Berücksichtigung sozialer Aspekte, insbesondere der Armutsbekämpfung, bei der Weiterentwicklung der Strategien sollte im ureigsten Interesse der politisch Agierenden liegen, da dies die Akzeptanz der Maßnahmen erheblich steigern kann. Die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Situation der unteren Einkommensschichten (Armutsbetroffene und Menschen mit geringen Einkommen) kann zudem demokratiestärkend wirken (u. a. Stärkung des Vertrauens in politische Institutionen sowie demokratische politische Orientierung). Da die Verantwortlichkeiten für die hier entwickelten Handlungsempfehlungen in verschiedenen Ministerien und Ressorts liegen, empfehlen wir eine enge Zusammenarbeit bei der Umsetzung.

Zusätzlich empfehlen wir ein integriertes Verständnis von Nachhaltigkeit, welches soziale Dimensionen, wie auch ökologische und ökonomische Aspekte explizit berücksichtigt und deren Interdependenzen betrachtet. In einer solchen Perspektive ist Armutsbekämpfung ein elementarer Bestandteil von Nachhaltigkeitspolitik. Gleichzeitig sollten über armutsbetroffene Personen hinaus auch einkommensschwache Bevölkerungsgruppen (mit einem Risiko, in Armut abzurutschen) bei Maßnahmenformulierungen berücksichtigt werden. Diese Ausrichtung kann die gesellschaftliche Akzeptanz politischer Nachhaltigkeitsmaßnahmen erhöhen.

7.1 Zentrale Ergebnisse

Da in NRW fast jede fünfte Person von Armut betroffen ist und die Statistiken, bei gleichzeitig steigendem Vermögensreichtum, nur einen leichten Rückgang der Armutsquote feststellen können (MAGS 2020), sollte Armutsbekämpfung ressortübergreifend priorisiert werden und weitere Handlungsfelder integriert werden. Ein Beiratsmitglied dieses Forschungsprojektes stellte bei einem Workshop fest, dass in den 25 Jahren, in denen sich die Person mit dem Thema Armut befasst, keine Verbesserungen zu erkennen seien. Diese persönliche Einschätzung unterstreicht die dringende Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung sozialer Aspekte, v. a. der Armutsbekämpfung, in der Nachhaltigkeitsstrategie NRW sowie der Klimaanpassungsstrategie NRW.

Dies betrifft mit höchster Priorität die Bereiche Wohnen und Energie, Bildung, Arbeit sowie Einkommen. Zentrale Handlungsempfehlungen dieser Studie sind:

- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit hohem Energiestandard
- ÖPNV sozial gerecht subventionieren
- Aufwertung öffentlicher Gebäude und Plätze im Sinne der Gesundheitsförderung
- Öffentliche Gemeinschaftsverpflegung nachhaltig und sozial ausrichten
- Strukturen für die Beteiligung armutsbetroffener Personen schaffen
- Ausweitung der Tarifbindung in relevanten Sektoren sowie der Tariftreue auf kommunaler Ebene
- Anpassung der Grundsicherung an ökologische Handlungsoptionen
- Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit durch Bildungsförderung, v. a. in strukturschwachen Gebieten (Übergang Schule – Ausbildung)
- Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen und Geringqualifizierten durch bessere Kinderbetreuung und Qualifizierungsoffensiven

7.2 Grenzen und weitere relevante Themen

Diese Kurzstudie ist als Auftakt für eine integrierte Betrachtung sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeitsaspekte im politischen Kontext zu verstehen. Aufgrund des begrenzten zeitlichen Rahmens des Forschungsvorhabens wurden nur zwei zentrale politische Strategien analysiert. Künftig sollten auch weitere politische Strategien und Maßnahmenkataloge sowie deren Evaluierungen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Wirkungen betrachtet werden.

Zudem wurde hier der Fokus auf Armutsbekämpfung gerichtet. Über dieses Thema hinaus sind zusätzlich die Bedürfnisse und Lebenslagen weiterer vulnerabler Gruppen zu berücksichtigen (z. B. Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, Kinder und Jugendliche sowie ältere Personen). Internationale Auswirkungen der politischen Strategien in Bezug auf Armut wurden in dieser Studie nicht betrachtet (u. a. Bezüge zu Ausbeutung, globaler Gerechtigkeit oder Fluchtursachen).

Insgesamt adressieren die Handlungsempfehlungen dieses Forschungsberichtes in erster Linie politische Entscheidungsträger:innen auf Landesebene in NRW. Das Gelingen der sozial-ökologischen Transformation hängt jedoch vom Zusammenspiel verschiedener Akteure ab. Zukünftige Analysen zum Zusammenhang sozialer und ökologischer Aspekte sollten daher auch die Rolle weiterer Akteur:innen betrachten (z. B. Wirtschaft, soziale Träger, kommunal Agierende). Auch die konkreten Bedürfnisse sowie Herausforderungen weiterer aktiver Personen(-gruppen) bei der Gestaltung der Transformation können in stärker anwendungsorientierten Formaten adressiert werden, etwa in Multi-Stakeholder-Prozessen, Hackathons zu sozialen Innovationen oder ähnlichen Beteiligungsformaten.

7.3 Ausblick auf die aktualisierte Nachhaltigkeitsstrategie NRW

Die aktuell zur öffentlichen Konsultation vorliegende Fassung der neuen Nachhaltigkeitsstrategie NRW zeigt gegenüber der Vorgängerversion eine stärkere Sichtbarkeit sozialer Themen, insbesondere in den Bereichen Lebensqualität, Gesundheit, Teilhabe und Mobilität. Armutsbezogene Problemlagen wie Wohnungsnot, Energiearmut, Einsamkeit sowie die besondere Betroffenheit vulnerabler Gruppen werden expliziter benannt. Einzelne Maßnahmen, etwa zur Beteiligung armutsbetroffener Menschen, zur sozialen Wohnraumförderung oder zur Mobilitätsgerechtigkeit, greifen soziale Fragen direkter auf als zuvor. Positiv hervorzuheben ist zudem, dass Bezahlbarkeit, Barrierefreiheit und soziale Zugänglichkeit in einzelnen Handlungsfeldern (z. B. Mobilität und Wohnen) nun explizit als Ziel formuliert werden.

Gleichzeitig bleiben zentrale strukturelle Schwächen bestehen. Die Strategie ordnet Maßnahmen weiterhin jeweils nur einer Nachhaltigkeitsdimension zu und verfehlt damit eine integrierte Darstellung sozialer, ökologischer und ökonomischer Wechselwirkungen. So werden soziale Verteilungswirkungen, insbesondere auf armutsbetroffene und einkommensschwache Haushalte, meist nicht systemisch analysiert. In mehreren

Bereichen, etwa Energie und Wärme, Industrie und Strukturwandel, Klimaanpassung, gesunder Ernährung oder Migration, bleiben armutsspezifische Perspektiven implizit. Fragen steigender Lebenshaltungs-, Energie- und Mietkosten, potenzieller Jobverluste durch Transformation und KI sowie ungleicher Betroffenheit durch Klimafolgen werden zwar teilweise anerkannt, aber nicht konsequent mit sozialpolitischen Zielsetzungen verknüpft.

Insgesamt deutet die neue Strategie damit zwar eine stärkere Sensibilität für soziale Nachhaltigkeit an, bleibt jedoch weiterhin hinter dem Anspruch zurück, Armut, soziale Ungleichheit und Vulnerabilität als durchgängige Querschnittsthemen systematisch zu berücksichtigen.

8. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht identifizierter Lücken und selektierter Handlungsempfehlungen nach Themenfeldern	2
Tabelle 2: Übersicht des Forschungsprozesses	6
Tabelle 3: Übersicht der armutsbeeinflussenden Faktoren	9
Tabelle 4: Ausgewählte Maßnahmen Wohnen und Energie Nachhaltigkeitsstrategie.....	17
Tabelle 5: Ausgewählte Maßnahmen Wohnen und Energie Klimaanpassungsstrategie.....	18
Tabelle 6: Ausgewählte Maßnahmen Mobilität und Infrastruktur Nachhaltigkeitsstrategie	19
Tabelle 7: Ausgewählte Maßnahmen Mobilität und Infrastruktur Klimaanpassungsstrategie	20
Tabelle 8: Ausgewählte Maßnahmen Gesundheit Nachhaltigkeitsstrategie	21
Tabelle 9: Ausgewählte Maßnahmen Gesundheit Klimaanpassungsstrategie	22
Tabelle 10: Ausgewählte Maßnahmen Versorgung und Ernährung Nachhaltigkeitsstrategie	23
Tabelle 11: Ausgewählte Maßnahmen Versorgung und Ernährung Klimaanpassungsstrategie	25
Tabelle 12: Ausgewählte Maßnahmen Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung Nachhaltigkeitsstrategie	26
Tabelle 13: Ausgewählte Maßnahmen Bildung Nachhaltigkeitsstrategie	28
Tabelle 14: Ausgewählte Maßnahmen Bildung Klimaanpassungsstrategie.....	29
Tabelle 15: Ausgewählte Maßnahmen Wirtschaft und Arbeit Nachhaltigkeitsstrategie.....	30
Tabelle 16: Ausgewählte Maßnahmen Arbeit und Wirtschaft Klimaanpassungsstrategie.....	31
Tabelle 17: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Wohnen und Energie.....	37
Tabelle 18: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Mobilität und Infrastruktur	42
Tabelle 19: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Gesundheit	46
Tabelle 20: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Versorgung und Ernährung	51
Tabelle 21: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung	55
Tabelle 22: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Einkommen und Sozialleistungen.....	60
Tabelle 23: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Bildung.....	65
Tabelle 24: Übersicht weiterer Handlungsempfehlungen Wirtschaft und Arbeit.....	70

9. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Erstellung eines Systemdiagramms bei Beiratsmitgliedern	10
Abbildung 2: Das finale Systemdiagramm	12
Abbildung 3: Einordnung potentieller Wirkungen der Maßnahmen zum Themenfeld Wohnen und Energie im Systemdiagramm	35
Abbildung 4: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Wohnen und Energie	36
Abbildung 5: Einordnung potenzieller Wirkungen der Maßnahmen zum Themenfeld Mobilität und Infrastruktur im Systemdiagramm	40
Abbildung 6: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Infrastruktur und Mobilität	41
Abbildung 7: Einordnung potenzieller Wirkungen der Maßnahmen zum Themenfeld Gesundheit im Systemdiagramm	44
Abbildung 8: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Gesundheit	45
Abbildung 9: Einordnung potenzieller Wirkungen der Maßnahmen zum Themenfeld Versorgung und Ernährung im Systemdiagramm	49
Abbildung 10: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Versorgung und Ernährung	50
Abbildung 11: Einordnung potenzieller Wirkungen der Maßnahmen zum Themenfeld Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung im Systemdiagramm	53
Abbildung 12: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung	54
Abbildung 13: Einordnung potenzieller Wirkungen der Maßnahmen zum Themenfeld Einkommen und Sozialleistungen im Systemdiagramm	58
Abbildung 14: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Einkommen und Sozialleistungen	59
Abbildung 15: Einordnung potenzieller Wirkungen der Maßnahmen zum Themenfeld Bildung im Systemdiagramm	62
Abbildung 16: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Bildung	64
Abbildung 17: Einordnung potenzieller Wirkungen der Maßnahmen zum Themenfeld Wirtschaft und Arbeit im Systemdiagramm	67
Abbildung 18: Aufwand-Wirkungs-Matrix für das Themenfeld Wirtschaft und Arbeit	69

10. Literaturverzeichnis

- Aigner, E., Brugger, K., Lichtenberger, H., Ranftler, J., & Schmidt, A. E. (2023). *Multiple Belastungen: Analyse von Gesundheit, Wohn- und Lebensbedingungen von Armut betroffener Familien im Winter 2022/2023*. Gesundheit Österreich. <https://jasmin.goeg.at/id/eprint/2769/>
- Amlinger, Marc. (2014). *Lohnhöhe und Tarifbindung: Bestimmungsfaktoren der individuellen Verdiensthöhe* (Nr. 20; WSI Report). Hans-Böckler Stiftung; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI). <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/225379/1/wsi-report-20.pdf>
- Atkinson, A. B. (1998). Social Exclusion, Poverty and Unemployment. In J. Hills (Hrsg.), *Exclusion, Employment and Opportunity* (S. 1–20). Centre for Analysis of Social Exclusion (CASE), London School of Economics and Political Science.
- Avallone, S., Giner, C., Nicklaus, S., & Darmon, N. (2023). *School Meals Case Study France* (Working Paper). London School of Hygiene & Tropical Medicine; Research Consortium for School Health and Nutrition. https://schoolmealscoalition.org/sites/default/files/2024-05/Avallone_et_al_2023_School_Meals_Case_Study_France_.pdf
- Barbrook-Johnson, P., & Penn, A. S. (2022). *Systems Mapping: How to build and use causal models of systems*. Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-031-01919-7>
- Barnard, H. (2023). *The cost-of-living crisis and poverty in Europe* (S. 99–105). Foundation for European Progressive Studies. <https://feps-europe.eu/wp-content/uploads/2023/01/9.-The-cost-of-living-crisis-and-poverty-in-Europe-by-Helen-Barnard.pdf>
- Beicht, U. (2015). *Berufliche Orientierung junger Menschen mit Migrations- hintergrund und ihre Erfolgchancen beim Übergang in betriebliche Berufsausbildung*. Bundesinstitut für Berufsbildung. <https://www.bibb.de/dienst/publikationen/download/7716>
- Bissel, M. (2023). A Public Transport Ticket that Moved a Country: Assessing the Value of the German 9-Euro-Ticket as a Socio-Technical Experiment. *Findings*. <https://doi.org/10.32866/001c.84645>
- BMAS, (Bundesministerium für Arbeit und Soziales). (2025). *Lebenslagen in Deutschland. Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Berichtsentwurf)*. BMAS. https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/entwurf-des-siebten-armuts-und-reichtumsberichts-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- Bohr, J., & Janßen, A. (2022). Methoden der Armutsforschung. In K. Marquardsen (Hrsg.), *Armutsforschung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (S. 59–76). Nomos.
- Brahimllari, E. (2020). *Multi-layered participatory budgeting: The case of low-income neighbourhoods in Paris*. Franco Angeli.
- Braungardt, S., Kenkmann, T., Schumacher, K., Bei der Wieden, M., Cludius, J., & Claas-Reuther, J. (2024). *Sozialgerechte Förderung für energetische Sanierungen im Mietwohnbereich*. Öko-Institut e.V. https://mieterbund.de/app/uploads/2024/07/20240731_Studie-soziale-Foerderung_DMB-Oeko-Institut.pdf#:~:text=Nach%20Angaben%20der%20Umsetzer%20konnte,1%2C85%20%E2%82%AC%20pro%20Quadratmeter%20erh%C3%B6hten76
- Brough, R., Freedman, M., & Phillips, D. C. (2025). Eliminating Fares to Expand Opportunities: Experimental Evidence on the Impacts of Free Public Transportation on Economic and Social Disparities. *American Economic Journal: Economic Policy*, 17(3). <https://doi.org/10.1257/pol.20230460>
- Busemeyer, M. R., Jäger, F., & Baute, S. (2025). *Ungleichheitsbarometer – Ungleichheit und soziale Mobilität: Auf dem Abstellgleis? Zum Zusammenhang zwischen Ungleichheitswahrnehmungen und poli-*

- tischer Beteiligung* (Nr. 19). Das Progressive Zentrum. https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2025/04/250408_DPZ_UKZ_Policy-Paper-19_Zusammenhang-Ungleichheitswahrnehmungen-und-politische-Beteiligung.pdf
- Butterwegge, C. (2025). Was wissen wir über die Lebenslagen in Deutschland?: Kritische Anmerkungen zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung der deutschen Bundesregierung. *Sozial Extra*, 49(2), 132–136. <https://doi.org/10.1007/s12054-025-00773-5>
- Bžanová, K., & Kováč, O. (2024). The Relationship Between Unemployment and the Risk of Poverty in the Slovak Republic. *EDAMBA 2023: Conference Proceedings*, 24–34. <https://doi.org/10.53465/EDAMBA.2023.9788022551274.24-34>
- Caritasverband Düsseldorf e.V. (2025). *Balkon-Solaranlagen für Düsselpassinhaber:innen*. Caritas Düsseldorf. https://www.caritas-duesseldorf.de/hilfe-angebote/beratungsangebote/energiesparservice-und-stromsparcheck/balkonsolaranlagen/?utm_source=chatgpt.com
- Chambers, R. (2006). Participatory Mapping and Geographic Information Systems: Whose Map? Who is Empowered and Who Disempowered? Who Gains and Who Loses? *THE ELECTRONIC JOURNAL OF INFORMATION SYSTEMS IN DEVELOPING COUNTRIES*, 25(1), 1–11. <https://doi.org/10.1002/j.1681-4835.2006.tb00163.x>
- Cludius, J., Kenkmann, T., Braungardt, S., Hünecke, K., Schumacher, K., Bei der Wieden, M., Stieß, I., & Meemken, S. (2024). *Sozialverträgliche Dekarbonisierung im Gebäudebestand: Anreiz- und Verteilungswirkungen von Instrumenten für die energetische Sanierung im Bestand* (Nr. 05/2024; Texte). Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/05_2024_texte_sozialvertraegliche_dekarbonisierung.pdf
- Defila, R., & Di Giulio, A. (Hrsg.). (2018). *Transdisziplinär und transformativ forschen: Eine Methodensammlung*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-21530-9>
- Department for Environment, Food & Rural Affairs. (2021). *Government Buying Standard for food and catering services*. GOV.UK. <https://www.gov.uk/government/publications/sustainable-procurement-the-gbs-for-food-and-catering-services/government-buying-standard-for-food-and-catering-services>
- Destatis, (Statistisches Bundesamt). (2025). *Tarifverdienste, Tarifbindung*. Statistisches Bundesamt. https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Tarifverdienste-Tarifbindung/_inhalt.html
- Döring, R., & Ott, K. (2001). *Nachhaltigkeitskonzepte*. 2(3), 315–342.
- Enserink, B., Bots, P., Van Daalen, E., Hermans, L., Koppenjan, J., Kortmann, R., Kwakkel, J., Slinger, J., Ruijgh Van Der Ploeg, T., & Thissen, W. (2022). *Policy Analysis of Multi-Actor Systems*. TU Delft OPEN Publishing. <https://doi.org/10.5074/T.2022.004>
- Eurocities. (2025, November 25). *5 recommendations to tackle poverty in European cities*. <https://eurocities.eu/latest/5-recommendations-to-tackle-poverty-in-european-cities/>
- Eurofound. (2021). *Living and working in Europe 2020*. Publications Office of the European Union. <http://eurofound.link/ef21055>
- Eurofound. (2024). *Länderprofil Arbeitsleben für Österreich*. Eurofound. <https://www.eurofound.europa.eu/de/countries/austria/collective-bargaining>
- Eurostat. (2025). *Employment—Annual statistics*. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Employment_-_annual_statistics
- Evangelista, G. F. (2010). *Poverty, Homelessness and Freedom: An Approach from the Capabilities Theory*. 4, 189–202.

- EXIT Project. (2025). *A way to combat territorial inequalities: Social medicine and mobile health services*. EXIT Project: Exploring Sustainable Strategies to Counteract Territorial Inequalities from an Intersectional Approach. <https://www.exit-project.eu/a-way-to-combat-territorial-inequalities-social-medicine-and-mobile-health-services/>
- Frodermann, C., Filser, A., & Bächmann, A.-C. (2023). *Elternzeit von verheirateten Paaren: Mütter kehren meist schneller auf den Arbeitsmarkt zurück, wenn ihre Ehepartner Elternzeit nehmen* (Nr. 1/2023; IAB-Kurzbericht). Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. <https://doku.iab.de/kurzber/2023/kb2023-01.pdf>
- Geis-Thöne, W. (2020). *Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern: Eine Übersicht zum aktuellen Stand* (Nr. 5/2020). Institut der deutschen Wirtschaft Köln. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2020/IW-Report_2020__Ganztag_Grundscho%3BCler.pdf
- Gethmann, C. F., Buxmann, P., Distelrath, J., Humm, B. G., Lingner, S., Nitsch, V., Schmidt, J. C., & Spiecker Genannt Döhmman, I. (2022). *Künstliche Intelligenz in der Forschung: Neue Möglichkeiten und Herausforderungen für die Wissenschaft* (Bd. 48). Springer Berlin Heidelberg. <https://doi.org/10.1007/978-3-662-63449-3>
- Giddens, A. (1986). *The Constitution of society: Outline of the theory of structuration*. Polity press.
- Groh-Samberg, O., Hurch, N., & Waitkus, N. (2018). Statuskonkurrenzen und soziale Spaltungen. Zur Dynamik sozialer Ungleichheiten. *WSI-Mitteilungen*, 71(5), 347–357. <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2018-5-347>
- Gwariro, S., Haruzivishe, C., Kasu, C., Mhlanga, M., Dzimiri, T., Ncube, F., Ncube, B., Kanyamura, D., Longwe, R., Musvipa, M., Njanje, A., Chihava, I., Dube, A., Chimbetete, S., Sibindi, T., Munan-gaidzwa, S., Dzvinayi, E., & Ndaimani, A. (2017). *Poverty: What is it and what is it not? A Concept Analysis*. 7(5), 345–353.
- Hande, O. S. (2023). *Examination of Relationship between Poverty and Employment*. 11(3), 447–455. <https://doi.org/10.5281/ZENODO.10370663>
- Hanke, G., Quack, D., Wolff, F., Brunn, C., Jägle, J., Meyer, J., Wunder, S., Jánosky, B., & von Mering, F. (2023). *Nachhaltiges Wirtschaften: Sozialökologische Transformation des Ernährungssystems (STERN). Zukunftsgestaltung durch Beteiligung von Pionieren des Wandels und ökonomisch relevanten Akteuren*. Öko-Institut, Ecologic Institut, und Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft. <https://stern-projekt.org/sites/default/files/2023-11/50029-STERN-Zusammenfassender-Abschlussbericht.pdf>
- Held, Dr. Benjamin. (2025). *Bezahlbarer, angemessener und klimaneutraler Wohnraum: Vertiefungsanalyse zum Gutachten „Sozial-ökologisches Existenzminimum“*. Diakonie Deutschland. https://www.diakonie.de/diakonie_de/user_upload/diakonie.de/PDFs/Publicationen/Vertiefung-Wohnen-Gutachten_bf.pdf
- Hermann, M., & Kunze, L. (2024). *Gleichstellung am Arbeitsmarkt? Aktuelle Herausforderungen und Potenziale von Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland*. Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BiW/BSt_Factsheet_Gleichstellung_Arbeitsmarkt.pdf
- Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen. (2025). *In Hessen gibt es deutschlandweit mit die wenigsten Jugendlichen ohne Schulabschluss*. <https://kultus.hessen.de/node/24731/newsletter-preview>
- Hohendanner, C., & Kohaut, S. (2025, Mai 30). Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung: Keine Trendwende in Sicht. *IAB-Forum*. <https://www.iab-forum.de/tarifbindung-und-betriebliche-mitbestimmung-keine-trendwende-in-sicht/>
- Huttarsch, J.-H., & Matthies, E. (2024). Perceived carbon pricing effectiveness impacts its perceived fairness – Applying and extending a theoretical framework. *Journal of Environmental Psychology*, 97, 102356. <https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2024.102356>

- IAB, (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung). (2024). *Daten zur Tarifbindung und betrieblichen Interessenvertretung*. IAB - Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. <https://iab.de/daten/daten-zur-tarifbindung-und-betrieblichen-interessenvertretung/>
- Information und Technik NRW, S. L. (2025). *Armutsgefährdungsquote und Armutsgefährdungsschwelle. Statistik.NRW*. <https://statistik.nrw/gesellschaft-und-staat/soziales/sozialberichterstattung/armutsgefaehrungsquote-und-armutsgefaehrungsschwelle>
- Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. (2025). *Kinder unter 3 Jahren: Betreuung und SGB II Bezug in Städten in NRW 2024* (Nr. abbVII33a). Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. <https://www.sozialpolitik-aktuell.de/familie-datensammlung.html>
- Jäger, S., Naidu, S., & Schoefer, B. (2024). *Collective Bargaining, Unions, and the Wage Structure: An International Perspective* (Nr. W33267; S. w33267). National Bureau of Economic Research. <https://doi.org/10.3386/w33267>
- Kazazi, S., & Küçükahmetoğlu, O. (2022). *Relationship between Income Inequality, Poverty and Economic Growth, Comparative Analysis in Eastern and Western Europe with Panel Data* (J. Maci, P. Maresova, K. Firlej, & I. Soukal, Hrsg.; S. 319–330). <https://doi.org/10.36689/uhk/hed/2022-01-031>
- Kluge, U., Rapp, M. A., Mehran, N., Jumaa, J., & Aichberger, M. C. (2019). Armut, Migration und psychische Gesundheit. *Der Nervenarzt*, 90(11), 1103–1108. <https://doi.org/10.1007/s00115-019-00790-2>
- Köhler, T. (2016). *Income and Wealth Poverty in Germany* (Nr. 857–2016; SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research). German Socio-Economic Panel. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.540534.de/diw_sp0857.pdf
- Lange, P. (2025). Die unvermeidliche Ökologisierung des Sozialrechts. *WSI-Mitteilungen*, 78(5), 402–404. <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2025-5-402>
- Limberg, J., Steinebach, Y., & Nyrup, J. (2024). Dedicated climate ministries help to reduce carbon emissions. *Npj Climate Action*, 3(1), 70. <https://doi.org/10.1038/s44168-024-00147-9>
- Littig, B., & Griessler, E. (2005). Social sustainability: A catchword between political pragmatism and social theory. *International Journal of Sustainable Development*, 8(1/2), 65. <https://doi.org/10.1504/IJSD.2005.007375>
- MAGS NRW, M. für A., Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. (2020). *Sozialbericht NRW 2020. Armuts- und Reichtumsbericht*. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.
- McCube Consulting. (2025). *Abschlussbericht Wertschöpfung ÖPNV*. Initiative Zukunft Nahverkehr (ZNV). https://mcube-cluster.de/wp-content/uploads/2025/05/FINAL-MCube_WertschoepfungOePNV_Abschlussbericht_MobileVersion.pdf
- Meyer, D., Milbert, A., Stürmer, E., Unthan, N. L., & Vedder, S. (2025). *Kommunen im Strukturwandel: Erste Ergebnisse der BBSR-Kommunalbefragung „Kommunen im Wandel“ 2024* (M. Matheja, Hrsg.; S. 8 pages) [Application/pdf]. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. <https://doi.org/10.58007/KRKS-W276>
- MHKBD NRW, (Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen). (2025). *Förderrichtlinie Öffentliches Wohnen im Land Nordrhein-Westfalen 2025 (FRL öff Wohnen NRW 2025)*. Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen. https://www.mhkbd.nrw/system/files/media/document/file/2025-02-11-mhkbd-final-frl-off-wohnen-2025_0_0.pdf
- Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen. (2025, Dezember 2). *Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr*

- Nordrhein-Westfalen*. Landesrecht NRW. <https://recht.nrw.de/lrmb/verwaltungsvorschrift/13122025-richtlinien-ueber-die-gewahrung-von-zuwendungen-zur-foerderung/>
- MUNV NRW, (Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen). (2020). *Die globalen Nachhaltigkeitsziele konsequent umsetzen. Weiterentwicklung der Strategie für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen* (S. 96). MUNV NRW. https://nachhaltigkeit.nrw.de/file-admin/user_upload/NRW_Nachhaltigkeitsstrategie_2020.pdf
- MUNV NRW, (Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen). (2024). *Klimaanpassung Nordrhein-Westfalen: Landesstrategie 2024–2029*. MUNV NRW. <https://broschuerenservice.nrw.de/munv/shop/klimaanpassung-nordrhein-westfalen-2024-2029%7C2246>
- MUNV NRW, (Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen). (2025). *Die Globalen Nachhaltigkeitsziele konsequent umsetzen. Nachhaltigkeitsindikatoren Nordrhein-Westfalen Bericht 2025*. MUNV NRW. https://www.nachhaltigkeitsindikatoren.nrw.de/sites/default/files/2025-12/Nachhaltigkeitsindikatoren_2025.pdf
- N. H. S. England. (2023). *National standards for healthcare food and drink*. <https://www.england.nhs.uk/long-read/national-standards-for-healthcare-food-and-drink/>
- Norwegian Agency for Public and Financial Management (DFØ). (2021). *Action plan to increase the proportion of green public procurements and green innovation* (DFØ Report 2021:1). DFØ (Direktoratet for forvaltning og økonomistyring). https://www.anskaffelser.no/sites/default/files/2024-05/DFO_Handlingsplan_2021_Print%20Engelsk_NS_F31_0.pdf?utm
- NRW.Bank. (2025). *Wohnungsmarktbericht Nordrhein-Westfalen 2024*. NRW.BANK. https://www.nrwbank.de/export/.galleries/downloads/wohnraumfoerderung/wohnungsmarktbeobachtung/NRW.BANK_Wohnungsmarktbericht-2024_barrierefrei.pdf
- OECD. (2021). *The inequalities-environment nexus: Towards a people-centred green transition* (OECD Green Growth Papers Nr. 2021/01; OECD Green Growth Papers, Bd. 2021/01). <https://doi.org/10.1787/ca9d8479-en>
- OECD. (2025). *Membership of unions and employers' organisations, and bargaining coverage: Standing, but losing ground* (Policy brief). OECD. https://www.oecd.org/en/publications/membership-of-unions-and-employers-organisations-and-bargaining-coverage_fe47107c-en/full-report.html#figure-d1e126
- Pathiranage, H. S. K. (2024). Precarious Employment in the Gig Economy: Understanding the Roles of Employed Poor. *Open Journal of Business and Management*, 12(04), 2288–2307. <https://doi.org/10.4236/ojbm.2024.124117>
- Richtlinie (EU) 2022/2041 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union, L 275/33 (2022).
- Robin Powerhood. (2025). *Robin Powerhood: Die ökosoziale Energiegemeinschaft Österreich*. Robin Powerhood. <https://www.robin-powerhood.at/>
- Rohwerder, B. (2016). *Poverty and Inequality: Topic Guide*. GSDRC, University of Birmingham.
- Sachverständigenkommission des Zehnten Familienberichts. (2024). *Unterstützung allein- und getrennterziehender Eltern und ihrer Kinder: Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen: Zusammenfassung des Gutachtens der Sachverständigenkommission*. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/254398/7768e1e7ee0306104e99d628fb0c9f88/zehnter-familienbericht-kurzfassung-data.pdf>
- Schmieder, J., & Wrohlich, K. (2021). Gender Pay Gap in a European Comparison: Positive Correlation between the Female Labor Force Participation Rate and the Gender Pay Gap. *DIW Weekly Report*, 11(9), 65–70. https://doi.org/10.18723/DIW_DWR:2021-9-1

- Schulten, T. (2021). *Allgemeinverbindlicherklärung als ein Schlüssel für mehr Tarifbindung*. Hans-Böckler Stiftung; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI). https://www.boeckler.de/pdf/v_2021_09_02_schulten.pdf
- Solga, H., Baas, M., & Kohlrausch, B. (2011). *Übergangschancen benachteiligter Hauptschülerinnen und Hauptschüler: Evaluation der Projekte „Abschlussquote erhöhen—Berufstätigkeit steigern 2“ und „Vertiefte Berufsorientierung und Praxisbegleitung“*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. <https://d-nb.info/1191500489/34?utm>
- Sompolska-Rzechuła, A., & Kurdyś-Kujawska, A. (2022). Assessment of the Development of Poverty in EU Countries. *International Journal of Environmental Research and Public Health*, 19(7), 3950. <https://doi.org/10.3390/ijerph19073950>
- Spada, A., Fiore, M., & Galati, A. (2024). The Impact of Education and Culture on Poverty Reduction: Evidence from Panel Data of European Countries. *Social Indicators Research*, 175(3), 927–940. <https://doi.org/10.1007/s11205-023-03155-0>
- Spannagel, D. (2025). Mehr Ungleichheit – weniger politische Teilhabe. WSI-Verteilungsbericht 2025. *WSI-Mitteilungen*, 78(6), 452–460. <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2025-6-452>
- Spannagel, D., & Zucco, A. (2022). WSI-Verteilungsbericht 2022: Armut grenzt aus. *WSI-Mitteilungen*, 75(6), 465–473. <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2022-6-465>
- Spicker, P. (2007). Definitions of poverty: Twelve clusters of meaning. In P. Spicker, S. Álvarez Leguizamón, & D. Gordon (Hrsg.), *Poverty: An international glossary: Gw* (2. Aufl., S. 229–243). Zed books.
- Statistics Netherlands. (2025, April 29). *Gender pay gap is narrowing* [Webpagina]. Statistics Netherlands. <https://www.cbs.nl/en-gb/news/2025/18/gender-pay-gap-is-narrowing>
- Stiftung Warentest. (2025, Oktober 14). *In diesen Städten fahren Sie kostenlos Bus und Bahn*. <https://www.test.de/Gratis-Nahverkehr-In-diesen-Staedten-fahren-Sie-kostenlos-Bus-und-Bahn-6243365-0/>
- Thomas, S., Schnurr, B., & Wagner, O. (2024). *Wie die Wärmewende sozial gestaltet werden kann: Energetische Modernisierung und grüne Wärme entlasten besser als Klimageld und Energiepreis- bremsen – wenn die Bundesförderung entsprechend weiterentwickelt wird* (Nr. 29; Zukunftsimpuls). Wuppertal Institut. https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/8668/file/ZI29_Waermewende.pdf
- van Rieën, A., Gille, C., Bhatti, C., & Hochschule Düsseldorf. (2024). Teilhabe stärken! 53 Impulse von Menschen mit Armutserfahrung für das Land NRW. In *Nutzer*innen- und Sozialraumforschung im Kontext Sozialer Arbeit; 11* [Application/pdf]. Hochschule Düsseldorf. <https://doi.org/10.20385/OPUS4-4332>
- VCÖ, (Verkehrsclub Österreich). (2009). *Soziale Aspekte von Mobilität*. VCÖ. https://www.armutskonferenz.at/media/vcoe_soziale_aspekte_von_mobilitaet-2009.pdf

11. Anhang

11.1 Liste der Beiratsmitglieder

Wir danken allen Beiratsmitgliedern sehr herzlich für die Beteiligung an diesem Forschungsprojekt!

Fachexpert:innen

Prof. Dr. em. Gerhard Bäcker	Universität Duisburg-Essen
Dr. Florian Blank	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, Düsseldorf
Prof. Dr. Gerhard Bosch	Universität Duisburg-Essen
Norbert Emonts	Zug um Zug e.V.
Michaela Hoffmann	Caritas
Iris Kreutzer	Stadt Aachen, Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
David Krings	Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Silvia Monetti	Verbraucherzentrale NRW
Dr. Jennifer Neubauer	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW
Dr. Christian Scholl	Universität Maastricht
Jule Wenzel	Bündnis 90/ Die Grünen, Landtagsfraktion NRW
Monica Wunsch	Zug um Zug e.V.
Stefanie Zenz	Nachbarschaftsheim Wuppertal

Erfahrungsexpert:innen (Bürger*innen mit Armutserfahrung)

Gurgen Ghazaryan	Köln
Jennifer Halm	Köln
Josef Knipper	Köln
Chaninthorn Nickel	Köln
N. N.	Köln
N. N.	Köln
N. N.	Köln
N. N.	Köln
Kholoud Al Ebrahim	Wuppertal
Dirk Vogel	Wuppertal
Jan-Phillip Schmitt	Wuppertal
Julia Marie Schmitt	Wuppertal
Miriam Schmitt	Wuppertal
Alpaslan Yilmaz	Wuppertal
Natalie Horstmann	Wuppertal

11.2 Übersicht aller betrachteter Maßnahmen aus der Nachhaltigkeitsstrategie und der Klimaanpassungsstrategie

Übersicht der Maßnahmen Thema Wohnen & Energie

Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
Landesinitiative "Endlich ein Zuhause"	Unterstützung wohnungsloser oder von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen; Prävention und Kältehilfe	↑ Zugang zu Wohnraum ↑ Physische & mentale Gesundheit ↑ Zugang zu Gesundheitsversorgung ↑ Abhängigkeit gesellschaftlicher Sicherungssysteme, Sicherheit Gesamt: Armutsmindernd
"Besser Wohnen - Zuhause im Quartier"	Verbesserte Wohnqualität, energetische Sanierung; jedoch Gefahr steigender Mieten ohne Mietpreisbindung	↑ Mietpreise ↑ Energiepreise ↓ Wahlmöglichkeit des Wohnortes ↑ Zugang zu Wohnraum ↑ Gesundheit Gesamt: Neutral bis leicht armutssteigernd
Projekt "NRW bekämpft Energiearmut"	Bietet Beratung für einkommensschwache Haushalte und beugt Energiearmut vor	↓ Energiearmut ↑ Physische & mentale Gesundheit ↓ Schulden Gesamt: Armutsmindernd, aber abgelaufen
Energiearmutsberatung der Verbraucherzentrale NRW	Beratungsangebot der Verbraucherzentrale seitdem "NRW bekämpft Energiearmut" ausgelaufen ist	↓ Energiearmut ↑ Physische & mentale Gesundheit, ↓ Schulden Gesamt: Armutsmindernd

Klimaanpassungsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
Förderung von Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung im geförderten Wohnungsbau	Förderung von Klimaanpassung bei Neubau und Bestand von Gebäuden, Dachbegrünungen, Fassadenbegrünungen, Retentionsflächen, Maßnahmen zur Energieeffizienz die Temperatur bei Hitzewellen und Kälteeinbrüchen stabiler halten sollen	↓ Energiearmut ↑ Physische & mentale Gesundheit ↑ Wohnkosten & Gentrifizierung Gesamt: Armutsmindernd aber Gefahr von Gentrifizierung - muss Armuts-sensibel gestaltet werden
Entwicklung und Anwendung einer Systematik zur integrierten Bewertung	Entwicklung und kostenfreie Bereitstellung eines Online-Planungstools, mit dem stadt- und regionalplanerisch	↑ Gesundheit ↑ Zugang zu Infrastruktur ↓ Ungleichheiten

sozial-ökologischer Problemlagen in Städten (Pilotprojekt)	sche Entscheidungen auf ihre Auswirkungen hinsichtlich Hitze geprüft und abgewogen werden können	 Schutzlosigkeit, Belastung durch Wetter oder Schadstoffe Gesamt: Armutsmindernd
--	--	---

Übersicht der Maßnahmen Thema Infrastruktur & Mobilität

Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
progres.NRW - Förderung Elektromobilität	Klimaschutzmaßnahme, kein direkter Armutsbezug da E-Mobilität für viele kaum leistbar ist	 Zugang nachhaltiger Mobilität  Belastung durch Schadstoffe  Gesundheit  Soziale Ungleichheit Gesamt: Neutral, potenzielle Verstärkung von Ungleichheiten
ÖPNV Digitalisierungsoffensive	Verbesserter Zugang zu Mobilität, besonders relevant für einkommensschwache Personen, kann aber auch ausschließen	 Zugang zu öffentlichem Transport  Zugang zu Technologie  Technologie Skills Gesamt: Leicht armutsmindernd, potenzielle Verstärkung von Ungleichheiten
ÖPNV Offensive	Streckenreaktivierung, Taktverdichtung, Ausbau im ländlichen. Armuts-minderung müsste mit niedrigen Preisen kommen	 Zugang zu öffentlichem Transport  Transportkosten Gesamt: Bedingt armutsmindernd (Kosten-Frage)
Gigabit-Masterplan NRW	Fokus auf Wirtschaft und Infrastruktur, nicht digitaler oder sozialer Inklusion; Teilhabeeffekte indirekt.	 Zugang zu Internet  Bildung  Gesundheit  Zugang zu Technologie  Technologie Skills Gesamt: Neutral bis armutsmindernd
NRW Sozialticket / Kommunale Sozialtickets	Subventionierung des Deutschlandtickets oder regionales Verkehrstickets	 Zugang zu öffentlichem Transport  Transportkosten Gesamt: Armutsmindernd

Klimaanpassungsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene	Stärkung der grün-blauen Infrastruktur in Städten, Förderprogramme für Wohnungsbau, Begrünung und Mobilität, Fokus auf nachhaltige Stadtentwicklung	 Wohnungsverfügbarkeit  Zugang zu Mobilität  Zugang zu Infrastruktur & Versorgung  Wohnkosten & Gentrifizierung

		Gesamt: Armutsmindernd aber Gefahr von Gentrifizierung
Fortführung der Initiative zur „Grünen Stadt“	Förderung multifunktionaler Flächennutzung, klimafreundliche Gestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen, Verbindung mit Mobilitätsangeboten, Regenwassermanagement, Aufenthaltsqualität	 Zugang zu Mobilität  Zugang zu Infrastruktur & Versorgung Gesamt: Armutsmindernd
Förderung einer Kultur der multifunktionalen Nutzung und klimarechten Gestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen	Kommunen werden durch ein E-Learning-Modul befähigt, Impulse und Umsetzungswissen für zukunftsfähige Straßenraumgestaltung und Mobilitätswende zu gewinnen, mit Fokus auf sozial, ökologisch und gesund gestaltete Quartiere	 Zugang zu Infrastruktur & Versorgung  Zugang zu Mobilität  Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln Gesamt: Armutsmindernd
Entwicklung eines E-Learning-Moduls „Zukunftsfähige Quartiere durch lebenswerte Straßen“ (Lesson IV)	Kommunen werden gezielt unterstützt, sozial-ökologische Lagen besser zu erkennen und Maßnahmen zu priorisieren, Identifizierung besonders belasteter Räume, strukturierte Unterstützung für komplexe Problemlagen	 Zugang zu Infrastruktur & Versorgung  Ungleichheiten  Schutzlosigkeit, Belastung durch Wetter oder Schadstoffe Gesamt: Armutsmindernd
Entwicklung eines Planungsunterstützungstools zur hitzeresilienten Siedlungsentwicklung	Kostenlose Bereitstellung von Trinkwasser an öffentlichen Orten durch Umlage, Fokus auf Schutz vor Überhitzung und Dehydrierung, speziell für vulnerable und einkommensschwache Gruppen	 Gesundheit  Zugang zu Infrastruktur & Versorgung  Schutzlosigkeit, Belastung durch Wetter oder Schadstoffe Gesamt: Armutsmindernd
Umlage der Kosten für öffentliche Trinkwasserbrunnen auf Wassergelte ermöglichen	Informations- und Beratungsangebote zu Selbstschutz, nachhaltigem Umgang mit Wasser/Natur, und rechtlichen Rahmenbedingungen; Bildung und Orientierungshilfen für Bürger:innen und Multiplikator:innen	 Gesundheit  Zugang zu Infrastruktur & Versorgung  Schutzlosigkeit, Belastung durch Wetter oder Schadstoffe Gesamt: Armutsmindernd
Sensibilisierung und Befähigung von Bürger:innen zur Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen mit Verbraucherzentrale		 Gesundheit  Zugang zu Infrastruktur & Versorgung  Schutzlosigkeit, Belastung durch Wetter oder Schadstoffe  Bildung Gesamt: Armutsmindernd
Förderung von Gründächern auf Wartehallen	Mikroklimaverbesserung an ÖPNV-Haltestellen durch begrünte Dächer, Speicherung von Regenwasser (Sedum), Kühlung, Hitzeschutz für Wartende, bessere Biodiversität und Feinstaubbindung	 Gesundheit  Schutzlosigkeit Gesamt: Neutral

Förderung von Grün- gleisen im öffentli- chen Personennah- verkehr	Anreize zur Begrünung von Schienen- wegen, Lärminderung und Wasser- rückhalt, Kühlung der Umgebung, verbesserte Biodiversität und Feinstaubbindung, sowohl für Neu- als auch für Erneuerung von Gleisinf- rastruktur	 Gesundheit  Schutzlosigkeit, Belastung durch Wet- ter oder Schadstoffe Gesamt: Neutral
Prüfung von Hand- lungsmöglichkeiten zum verstärkten Ein- satz aufgehellter Stra- ßendeckschichten	Reduzierung des Wärmeeintrags auf Verkehrsflächen durch helle Asphalt- deckschichten (Albedo-Effekt); Fokus auf innerstädtische/sensible Berei- che, Verbesserung Klimaresilienz und Schadensprävention	 Gesundheit  Schutzlosigkeit, Belastung durch Wet- ter oder Schadstoffe Gesamt: Neutral
Überprüfung beste- hender Informations- flüsse über Extrem- wetterereignisse	Analyse und Verbesserung der Da- tenflüsse zu Extremwetterereignis- sen, verkehrsträgerübergreifender Austausch, Empfehlungen, Ziel: früh- zeitige Warnung und Handlungs- möglichkeiten für Mobilität und Inf- rastruktur	 Schutzlosigkeit, Belastung durch Wet- ter oder Schadstoffe Gesamt: Neutral
Schutz der Stra- ßeninfrastrukturen vor Hochwasser, Starkregen und Schwemmmaterial	Bau und Betriebsschutz für Straßen, Brücken, Tunnel; Verringerung von Vulnerabilität unmittelbar nach Ext- remwetterlagen, Schutz und Erhalt der Infrastruktur sowie Betriebsab- läufe	 Zugang zu Infrastruktur & Versorgung  Zugang zu Mobilität  Gesundheit Gesamt: Neutral bis armutsmindernd
Berücksichtigung zu- nehmender Starkre- genereignisse bei Ab- leitung und Behand- lung von Straßen- oberflächenwasser	Anpassung der Retentionsvermögen und Entwässerungsanlagen an Bun- des-Landesstraßen und Radwegen; Fokus auf Rückhaltfunktion, Straßen- begleitgrün, Drainagesysteme, An- passung bei Sanierungen	 Zugang zu Infrastruktur & Versorgung  Zugang zu Mobilität  Gesundheit Gesamt: Neutral bis armutsmindernd
Klimaanpassungs-Au- dits von Straßeninfra- struktursystemen	Systematische Audits für Straßeninf- rastruktur zur Risikoanalyse bei Ext- remwetter; gezielte Maßnahmen und Handlungsempfehlungen, Ent- wicklung von Indikatoren und Leitfa- den für bessere Risikosteuerung	 Zugang zu Infrastruktur & Versorgung  Zugang zu Mobilität  Gesundheit Gesamt: Neutral bis Armutsmindernd

Übersicht der Maßnahmen Thema Gesundheit

Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
Präventionskonzept NRW	Ziel: Senkung sozial bedingter Gesundheitsunterschiede, aber wenig armutsspezifisch	↑ Gesundheit ↓ Ungleichheit Gesamt: Armutsmindernd
Ausbau digitaler Gesundheitsangebote		↑ Gesundheit ↑ Zugang zu Infrastruktur und Versorgung ! Zugang zu Technologie ! Technologie Skills Gesamt: Armutsmindernd , aber Risiko des ungleichen Zugangs

Klimaanpassungsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
Etablierung eines zentralen Netzwerks für Hitzeschutz aufbauen und koordinieren	Regelmäßige Vernetzung und Koordination von Multiplikator:innen und relevanten Akteur:innen im Gesundheits- und Pflegebereich durch ein landesweites Netzwerk und eine zentrale Koordinierungsstelle, um gezielte Arbeitsgruppen und Lösungen zum Hitzeschutz auszuarbeiten und umzusetzen	↑ Gesundheit ↑ Leistungsfähigkeit und Durchhaltevermögen ↓ Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter Gesamt: Armutsmindernd
Beratung und Qualifizierung zur kommunalen Hitzeaktionsplanung	Unterstützung und Beratung der unteren Gesundheitsbehörden sowie weiterer relevanter Fachstellen bei der Erstellung und Umsetzung kommunaler Hitzeaktionspläne; Berücksichtigung individueller Vulnerabilität und regionaler Gegebenheiten	↑ Gesundheit ↑ Leistungsfähigkeit und Durchhaltevermögen ↓ Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter Gesamt: Armutsmindernd
Förderung der Klimaanpassung von Krankenhäusern über die Krankenhauseinzelförderung	Gestaltung einer zukunftsfähigen und gestärkten Krankenhauslandschaft durch Einzel-Förderungen für bauliche Klimaanpassungsmaßnahmen gemäß Gesetz, z.B. Reduktion von Über- oder Unterdeckungen, Kooperationen, Besetzung von Versorgungslücken, Konzentration von Leistungsgruppen	↑ Gesundheit ↑ Leistungsfähigkeit und Durchhaltevermögen ↓ Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter Gesamt: Armutsmindernd
Entwicklung und Durchführung einer Fortbildungs- und	Förderung interdisziplinärer Zusammenarbeit durch Fortbildungen und Workshops zur integrierten Planung	↑ Gesundheit

Workshopreihe für Kommunen zur integrierten Datennutzung Klima-Umwelt-Gesundheit-Soziales	und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen, besondere Berücksichtigung gefährdeter Gruppen und Nutzung von Synergieeffekten aus sozial-ökologischer Sicht	 Leistungsfähigkeit und Durchhaltevermögen  Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter Gesamt: Armutsmindernd
Stärkung der Kommunikation und Aufklärung zu Auswirkungen von Hitze als Baustein für mehr klimasensible Gesundheitskompetenz	Verbesserung der Gesundheitskompetenz durch gezielte Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung sowie von Multiplikator:innen und Entscheidungstragenden zu den Gesundheitsrisiken durch Hitze und Klimawandel; breite Kommunikation über Informationsplattformen, Angebote, Materialien und Beratungen zur Selbstschutz, mit Fokus auf Risikogruppen und aktuelle Entwicklungen	 Gesundheit  Leistungsfähigkeit und Durchhaltevermögen  Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter  Bildung Gesamt: Armutsmindernd
Stärkung des Ehrenamts im Katastrophenschutz sowie Steigerung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung		 Gesundheit  Leistungsfähigkeit und Durchhaltevermögen  Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter  Bildung Gesamt: Armutsmindernd
Sensibilisierung und Befähigung der Bevölkerung zur Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen		 Gesundheit  Leistungsfähigkeit und Durchhaltevermögen  Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter  Bildung Gesamt: Armutsmindernd

Übersicht der Maßnahmen Thema Versorgung und Ernährung

Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
Förderung regionaler und nachhaltiger Landwirtschaft	Nachhaltig, aber keine direkten sozialen Maßnahmen gegen Ernährungsarmut. Adressiert nicht die Lebensmittelpreise	 Zugang zu gesunder Ernährung  Jobverfügbarkeit Gesamt: Armutsmindernd
Förderung Kreislaufwirtschaft	Nachhaltige Produkte und Standards führen oft zu höheren Preisen, ohne soziale Ausgleichssysteme oder Subventionen	 Lebenshaltungskosten Gesamt: Potenziell armutsverstärkend

Klimaanpassungsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
Erarbeitung der Zukunftsstrategie Wasser H2O – Nordrhein-Westfalen	Landesweite Wasserstrategie wird bis 2024 unter Einbeziehung von Expert:innen entwickelt. Zentral sind die Bewältigung neuer klimabedingter Herausforderungen wie Trockenheit, Hochwasser, Starkregen; Fokus liegt auf Sicherstellung der Versorgungsinfrastruktur und Fachkräftesicherung in Zeiten knapper Ressourcen. Ziel ist eine strategische Grundlage für wasserwirtschaftliche Anpassung	 Zugang zu Grundversorgung  Fachkräftemangel Gesamt: Armutsmindernd
Ausbau des Risikomanagements für urbane Sturzfluten	Unterstützung der Kommunen bei der Erstellung von Risikomanagementkonzepten zur Vermeidung von Schäden durch Starkregen. Einheitliche landesweite Vorgaben und Konzepte zur Risikominderung und Schadensprävention, Entwicklung von Arbeits- und Informationshilfen, Einführung einer interaktiven Gefahrenhinweiskarte, Verbesserung des Überflutungsschutzes und laufende Anpassung an technische und gesetzliche Veränderungen	 Gesundheit  Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter Gesamt: Neutral bis armutsmindernd
Überprüfung der Möglichkeiten zur Sicherung von Finanzmitteln für Verbundleitungen	Sicherstellung der Trinkwasserversorgung auch in Trockenzeiten durch den Bau und Ausbau von Verbundsystemen mit benachbarten Wasserversorgern zur Absicherung möglicher Versorgungslücken; Prüfung der Finanzierungsmöglichkeiten auf Bundes-/EU-Ebene, relevante Infrastrukturmaßnahme	 Zugang zu Grundversorgung Gesamt: Neutral bis armutsmindernd
Erstellung eines Konzepts für die landesweite Auswertung der gemeindlichen Wasserversorgungskonzepte	Aktualisierung und landesweite Auswertung der Wasserversorgungskonzepte von 396 Gemeinden in NRW (2024); Risikobewertung, Identifikation von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel; Ableitung und Umsetzung konkreter Projekte	 Zugang zu Grundversorgung Gesamt: Neutral bis armutsmindernd
Nutzung des landesweiten Siedlungsflächenmo-	Einsatz des Flächenmonitorings zur Steuerung und Anpassung der Bebauung und infrastrukturellen Auslegung, Identifikation geeigneter	 Zugang zu Wohnraum  Zugang zu Infrastruktur

nitorings für Maßnahmen der Klimaanpassung bei der Regionalplanung	Flächen für Wohnen/Gewerbe, Berücksichtigung von grün-blauen Infrastrukturen bei kommunalen Planungen	↓ Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter Gesamt: Armutsmindernd
Erreichen einer klimaanangepassten Siedlungsflächenentwicklung und eines klimaanpassenden Freiraumschutzes	Stärkung klimaanangepasster Siedlungsstrukturen durch Erhalt/Schaffung von urbanen Freiräumen, Vernetzung, Hitzeschutz, Biotopverbund, Maßnahmen wie Kaltluftschneisen und Hochwasserschutz	↑ Zugang zu Wohnraum ↑ Zugang zu Infrastruktur ↓ Schutzlosigkeit, Belastung durch Extremwetter Gesamt: Armutsmindernd
Förderung der Beratung landwirtschaftlicher Betriebe zur Entwicklung von betriebsindividuellen Klima-anpassungsmaßnahmen	Förderung des Wissensaufbaus bei Landwirt:innen über betriebsindividuelle Klimaanpassung; Einzelförderungen für Beratung, Sensibilisierung und Entwicklung individueller Maßnahmen	↑ Förderung zur beruflichen Umorientierung Gesamt: Neutral bis armutsmindernd

Übersicht der Maßnahmen Thema Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung

Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
“Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030”	Langfristige Leitlinie für Integration, Arbeitsmarkt- und Bildungschancen von Migrant:innen	↓ Grad Statusbezogener Einschränkungen ↓ Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen ↑ Individuelle Unterstützung auf Bildungsweg ↑ Höhe des Bildungsabschlusses ↓ Hürden beruflicher Umorientierung ↑ Qualifikationsgrad des Berufs ↑ Bruttoeinkommen aus Arbeitslohn ↑ Soziale Inklusion ↑ Politische Sichtbarkeit und Mitsprache Gesamt: Armutsmindernd
Kompetenzzentren Frau und Beruf (16 landesweit)	Unterstützt Unternehmen bei Gleichstellung, Beratung für Wiedereinsteigerinnen, Migrantinnen etc., evtl. Begrenze Reichweite	↓ Geschlechterspezifische Diskriminierung ↑ Erwerbstätigkeit (Frauen) ↑ Qualifikationsgrad des Berufs ↑ Bruttoeinkommen aus Arbeitslohn Gesamt: Armutsmindernd
Herkunftssprachlicher Unterricht und Bildungsförderung	Integration durch Bildung, fördert Teilhabe von Kindern mit Migrationsgeschichte	↑ Höhe des Bildungsabschlusses ↑ Individuelle Unterstützung auf Bildungsweg ↑ Soziale Inklusion Gesamt: Armutsmindernd

Übersicht der Maßnahmen Thema Einkommen und Sozialleistungen

Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
Einkommen und Alterssicherung	Stärkt Renten von Beamten einmalig ohne nachhaltigen Einfluss auf Armutsbekämpfung	 Rente Gesamt: Neutral , da kein direkter Einfluss auf allgemeine Altersarmut

Übersicht der Maßnahmen Thema Bildung

Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
Herkunftssprachlicher Unterricht und Bildungsförderung	Integration durch Bildung, fördert Teilhabe von Kindern mit Migrationsgeschichte	 Bildungsniveau Gesamt: Armutsmindernd

Klimaanpassungsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
Durchführung der Weiterbildung „Transformationsmanagement nachhaltige Kultur“	Spezielle Weiterbildung für Kulturbetriebe zur Vermittlung von Fachwissen über Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Klimaanpassung und betriebsökologische Prozesse – inkl. Tools (CO2-Rechner, Klimabilanz), Good Practice und Kommunikationskompetenz; mit Abschlusszertifikat und direkter Anwendung im Kulturbetrieb	 Soziale Netze  Soziale Teilhabe Gesamt: Neutral (nicht deutlich)
Förderung und Ausbau des schulischen Bildungsangebots zu Klima- und Klimaanpassungsthemen	Sensibilisierung und Befähigung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Schule und informellen Bildungssettings zu Klimaanpassung und Klimaschutz; Programme auf verschiedenen Ebenen, Kooperationen, Entwicklung von Lernprozessen für Reflexion und Handeln, insbesondere Integration in den Schulalltag (BNE, Netzwerkarbeit)	 Bildungsniveau Gesamt: Neutral bis Armutsmindernd (nicht deutlich)
Förderung von frühkindlichen Bildungsmaßnahmen der Verbraucherzentrale NRW zu Klimafolgen	Nachhaltigkeitsorientierte Bildungsmaßnahme für Kinder im Kindergartenalter und deren Bezugspersonen; Fokus auf nachhaltiges Verhalten, bewussten Umgang mit Wasser/Natur, Bedeutung von Infrastruktur, angeboten durch die Verbraucherzentrale, didaktisches Modell und Multiplikator:innen-Fortbildung	 Bildungsniveau Gesamt: Neutral bis Armutsmindernd (nicht deutlich)

Förderung und Ausbau des außerschulischen Bildungsangebots zu den Themen „Klimaschutz“ und „Klimaanpassung“	Vielfältige außerschulische Programmansätze zur Sensibilisierung für Klima-/Anpassungsthemen, Ausbau bestehender Angebote um Klimaanpassung, regionale Koordination, geplante Ausweitung für 2026; Workshops, Fortbildungen, multiplikative Netzwerkarbeit	 Bildungsniveau  Förderung zur beruflichen Umqualifizierung Gesamt: Armutsmindernd
Bereitstellung von Bildungsangeboten für Kommunen zu Themen der Klimaanpassung beim Bildungszentrum für die Ver- und Entsorgungswirtschaft gGmbH	Kommunale und praxisnahe Fortbildungsangebote zum Thema Klimaanpassung mit Bezug zur kommunalen Arbeitswelt und Entsorgungswirtschaft; Kontinuierliche Schulungen zu aktuellen Anforderungen und Extremwetterereignissen; Sensibilisierung, Wissenstransfer und Handlungskompetenz für kommunale Vertreter:innen	 Bildungsniveau  Förderung zur beruflichen Umqualifizierung Gesamt: Armutsmindernd

Übersicht der Maßnahmen Thema Wirtschaft und Arbeit

Nachhaltigkeitsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
„Teilzeitberufsausbildung – Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen“	Fördert Ausbildungsmöglichkeiten für Eltern	 Qualifizierungsgrad  Erwerbstätigkeit  Einkommen  Rente Gesamt: Armutsmindernd
Kompetenzzentren Frau und Beruf (16 landesweit)	Unterstützt Unternehmen bei Gleichstellung, Beratung für Wiedereinsteigerinnen, Migrantinnen etc., evtl. Begrenze Sichtbarkeit	 Geschlechterspezifische Diskriminierung  Erwerbstätigkeit (Frauen)  Qualifizierungsgrad des Berufs  Bruttoeinkommen aus Arbeitslohn Gesamt: Armutsmindernd
Transformationsförderung für Industrie	Potenzial für neue Jobs, aber wenig Absicherung für Verlierer:innen des Strukturwandels, keine konkreten Maßnahmen für Arbeitsplatzsicherung- oder Schaffung - Betroffene Regionen (Rheinisches Revier, Ruhrgebiet) verlieren traditionelle Beschäftigung; neue Jobs oft nicht für dieselben Qualifikationsprofile zugänglich	  Arbeitsplätze  Fehlende Qualifizierung  Förderung von Umqualifizierung Gesamt: Sowohl armutsmindernd als auch potenziell armutsverstärkend

Klimaanpassungsstrategie

Maßnahme	Beschreibung	Faktoren
Einrichtung einer Beratungsförderung für betriebliche Klimaanpassung	Beratungsförderung für Unternehmen: Planung und Umsetzung betrieblicher Klimaanpassungsmaßnahmen wird unterstützt, Fokus auf KMU, Produktionsausfälle und Lieferkettenprobleme werden reduziert	 Jobverfügbarkeit Gesamt: Neutral bis armutsmindernd
Durchführung einer Bedarfsanalyse zur Einrichtung und Ausgestaltung von Reallaboren für die Klimaanpassungswirtschaft	Ermittlung der Bedürfnisse und Hemmnisse für neue Dienstleistungen, Produkte und Technologien (z.B. Hitzewellenanpassung), Unterstützung von Start-ups und Unternehmen durch Reallabore	 Jobverfügbarkeit Gesamt: Neutral bis armutsmindernd
Stärkung der kommunalen Wirtschaftsförderungen als Multiplikatoren der betrieblichen Klimaanpassung in NRW	Informations-/Vernetzungsangebote für kommunale Wirtschaftsförderungen, Sensibilisierung für Klimafolgen bei Unternehmensansiedlung, Beratung zu Klimaanpassungsbedarf, Multiplikatorenfunktion	 Jobverfügbarkeit  Wirtschaftswachstum Gesamt: Neutral bis armutsmindernd

11.3 Einordnung der Wirkung und des Aufwands aller priorisierten Handlungsempfehlungen durch die Expert:innenumfrage

Vergleich von Wirkung und Aufwand (Gesamt)

Punkte zeigen den Durchschnittswert, Fehlerbalken zeigen die Standardabweichung (± 1 SD).

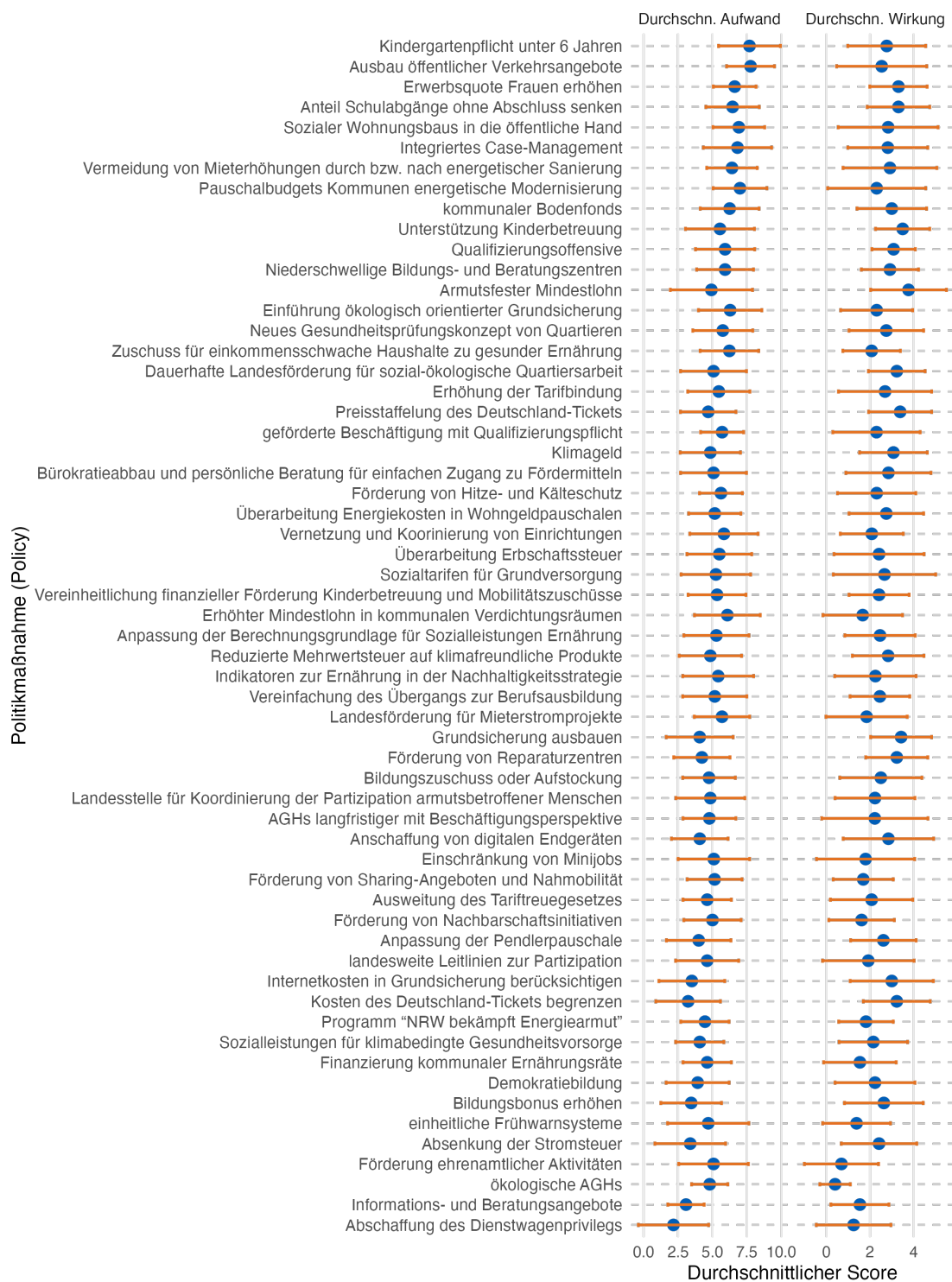


Figure 1: 12.3 Einordnung der Wirkung und des Aufwands aller priorisierten Handlungsempfehlungen durch die Expert:innenumfrage

11.4 Vollständige Liste aller Handlungsempfehlungen

Die folgende Liste enthält der Vollständigkeit halber, neben den in Kapitel 6 bereits tabellarisch dargestellten Maßnahmen, noch weitere Ideen und Handlungsansätze, die in Workshops und/oder Interviews mit den Erfahrungs- und Fachexpert:innen diskutiert, im weiteren Verlauf der Ausarbeitung jedoch nicht selektiert und priorisiert wurden.

Wohnen und Energie
- Einführung des Klimagelds, gestaffelt oder begrenzt auf das untere Drittel der Einkommen, als (anteiliger) finanzieller Ausgleich für steigende CO₂-Preise (Bund, hohe rechtliche Hürden für Umsetzung allein auf Landesebene) - Programm "NRW bekämpft Energiearmut" als umfassende Informations- und Beratungsoffensive neu auflegen (erfordert die erneute Planung von Haushaltsmitteln, zuletzt ca. 1,5 Mio. Euro) - Wiederaufnahme der Landesförderung für Mieterstromprojekte (erfordert die erneute Planung von Haushaltsmitteln, zuletzt ca. 10 Mio. Euro) - Gesetzliche Verankerung von Sozialtarifen für Grundversorgung (Strom und Gas = Bund, Wasser und Nah-/Fernwärme = Land und Kommunen) - Absenkung der Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum (Bund) - Einführung eines Pauschalbudgets für die Kommunen, das diese flexibel entweder für die Kosten einer energetischen Modernisierung der Wohnungen von Leistungsempfängenden oder für deren Heizkosten einsetzen können. Mit einem Fokus auf die Verwendung für energetische Modernisierung kann der Bedarf an Heizkostenunterstützung künftig reduziert werden. - Einführung effektiver gesetzlicher Regelungen zur Vermeidung von Mieterhöhungen durch bzw. nach energetischer Sanierung – z. B. Rückzahlung über Energierechnung ("Bill-neutral" Modelle), Warmmietenneutralitätsmodelle und/oder Erhöhung des Förderumfangs für energetische Sanierung im sozialen Wohnungsbau - Schaffung und landesweite Förderung kommunaler Bodenfonds für den Ankauf und die Bereitstellung von Flächen für sozialen und nachhaltigen Wohnungsbau, wie z. B. in der Stadt Münster - Rückführung des sozialen Wohnungsbaus in die öffentliche Hand, z. B. Wohnungsbaugenossenschaften - Ausbau von Informations- und Beratungsangeboten sowie finanzielle Förderung von Mitgliedschaften in Energiegenossenschaften - Berücksichtigung von Strom- bzw. Energiekosten in Wohngeldpauschalen sollte überarbeitet werden, wenn Klimageräte zur Kühlung notwendig werden und Heizungen zunehmend mehr auf Strom basieren (Wärmepumpen, Klimaanlage) ***** - Aufbau lokaler "Energie-Paten"-Programme in sozial benachteiligten Quartieren (Menschen aus der Nachbarschaft werden geschult, um andere beim Energiesparen und ressourcenschonendem Leben zu unterstützen) - Erhöhter Fördersatz für energetische Sanierungen für einkommensschwache Haushalte - BEG-Kredite (Bundesförderung für effiziente Gebäude) mit zusätzlicher Besicherung durch den Staat für einkommensschwache Haushalte - Zuschüsse oder Gutschein-Systeme für den Kauf effizienter Elektrogeräte

- Kostenlose oder geförderte Energieberatungen für einkommensschwache Haushalte (mit praktischer Umsetzungshilfe)
- Förderprogramme zur Klimaanpassung im Gebäudebestand für sozial benachteiligte Haushalte (Dachbegrünung, Verschattung, Regenwassermanagement in Mietobjekten)
- Wohnraumschutzgesetz stärken (aktive Begrenzung von Leerstand, Zweckentfremdung und Immobilienspekulation)
- Förderung bei der Wahl grüner Energieanbieter
- Solarpaneele kostenfrei für armutsbetroffene Haushalte bereitstellen
- Fernwärme subventionieren oder Gas/Öl anders besteuern (weil ökologische Option sonst zu teuer ist)
- "Förderdschungel" seitens des MUNV vereinfachen – bereits schwierig für Kommunen und erst recht für Bürger:innen

Infrastruktur und Mobilität

- Beschleunigung des Ausbaus öffentlicher Verkehrsangebote durch politische Priorisierung, Erhöhung der Investitionssummen, Abbau von Bürokratie (Bund, Länder und Kommunen)
 - Ausbau der bereits bestehenden Förderung von Sharing-Angeboten und Nahmobilität; Angebote flächendeckender machen (Grenzen ausweiten, auch Randgebiete und ländlichen Raum einbeziehen)
 - Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, das als verkehrspolitisches Instrument derzeit einkommensstarke Haushalte tendenziell stärker berücksichtigt (Bund)
 - Anpassung der Pendlerpauschale als sozial ausgerichtetes verkehrspolitisches Instrument zugunsten einkommensschwacher Haushalte (Bund)
 - Landesweites Programm zur Bezuschussung der Anschaffung von digitalen Endgeräten wie PCs/Tablets für einkommensschwache Haushalte (über bereits bestehende Zuschüsse, z. B. SGB II hinaus, um Zugang zu Digitalisierung zu ermöglichen)
 - Kosten des Deutschland-Tickets begrenzen bzw. wieder senken (Bund)
 - Einkommensabhängige Preisstaffelung des Deutschland-Tickets (Bund) und/oder zusätzliche Rabattierung mit Sozialpässen (Land/Kommunen)
- *****
- Nah-Versorgung nach dem Konzept 15-Minuten-Stadt/Dorf auch im strukturschwachen Raum (Ärzte → Förderprogramm des Landes in strukturschwache Gegenden zu gehen), öffentliche digitale Infrastruktur (Stadtteilzentren)
 - Finanzielle Unterstützung für Kommunen (Verkehrsbetriebe), um Einnahmeausfälle und damit Preissteigerungen für Einzeltickets durch das DE-Ticket zu kompensieren
 - Verbesserung der Bedingungen für die am stärksten Benachteiligten, z. B. durch Umverteilung knappen Straßenraums zugunsten von Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr
 - Ausbau kostenloser öffentlicher WLAN-Hotspots
 - Ausbau digitaler Bildung über kostenlose Schulungen an Volkshochschulen und Sozialzentren
 - Bürgerenergie-Modelle auch für einkommensschwache Haushalte zugänglich machen, z. B. über Energiegenossenschaften mit Kleinsteinsteigsbeträgen

- Gezielte Förderung von Kommunen, die sozial benachteiligte Viertel klimaresilient gestalten - Kostenloser öffentlicher Nahverkehr
Gesundheit
- Gezielte Förderung von Hitze- und Kälteschutz für Menschen in schlecht gedämmten Wohnungen in kommunale Hitzeschutzpläne aufnehmen, um besonders vulnerable Gruppen zu schützen - Schaffung landesweit einheitlicher Frühwarnsysteme und niedrigschwellige Kommunikation (Medienmix, SMS- und Radiowarnsysteme, ...) für alle Bevölkerungsgruppen; vulnerable Gruppen sollten besonders berücksichtigt werden - Maßnahmen zur Förderung und Stärkung von Nachbarschaftsinitiativen sowie Sensibilisierung und Steigerung der Selbsthilfefähigkeit bei Extremwetter oder Katastrophen müssen auch gezielt benachteiligte und vulnerable Gruppen erreichen und fördern - Erarbeitung eines neuen Konzepts zur Prüfung der Gesundheitssituation, besonders in benachteiligten Vierteln. Beispiel: Mobile Unterstützungsangebote, Gesundheitsbus (angelehnt an Konzept aus Belgien), mit zielgruppengerechter Beratung zur verbesserten Erreichbarkeit von Gesundheitsversorgung - Erweiterung von Sozialleistungen für klimabedingte Gesundheitsvorsorge (z. B. Mittel zur Anschaffung von Kühlgeräten) ***** - Schulung von Pflege- und Betreuungsdiensten zu klimabedingten Gesundheitsgefahren - Bessere Messung in Mieteinheiten zum Stromverbrauch notwendig, inklusive beschleunigtem Smart-Meter Ausbau - Integration von Themen wie Gesundheit, Finanzen und Erste Hilfe in Bildungseinrichtungen - Bessere Sanierung hin zu klimaangepassten Wohnungen, um weniger heizen und kühlen zu müssen, sowie ein verringertes Risiko bei Hitze - Gesundheitssystem ausbauen, um Überforderung/Überlastung zu reduzieren. - Allgemein bessere Gesundheitsbildung zur Selbstvorsorge - Stärkere Berücksichtigung des Bevölkerungsschutzes (z. B. Ausreichende Räumlichkeiten für Hitzeschutz) in der langfristigen Planung sozialer Infrastruktur
Versorgung und Ernährung
- Finanzierung kommunaler Ernährungsräte langfristig sichern und Vernetzung sowie konzeptionelle Unterstützung stärken (zur Förderung von z. B. Urban Farming, solidarischer Landwirtschaft, usw.) - Verbindliche Indikatoren zur Ernährung in der Nachhaltigkeitsstrategie verankern, z. B. zu Preisen ausgewogener Ernährung im Verhältnis zum Einkommen, Anteil ökologisch nachhaltiger Erzeugnisse an der Ernährung, Zugang zu frischen Lebensmitteln, Teilnahme an Ernährungsbildungsprogrammen usw. - Förderung von Reparaturzentren, Leihgeschäften und Second-Hand-Angeboten besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen, einschl. Befähigung von Bürger:innen zur Reparatur

- Reduzierte Mehrwertsteuer auf klimafreundliche Produkte einführen (z. B. energiesparende Geräte, Reparatur von Altgeräten zur Vermeidung von Ersatzbeschaffungen, ...)
- Zuschuss für einkommensschwache Haushalte zum Kauf regionaler, gesunder Lebensmittel
- Anpassung der Berechnungsgrundlage für Sozialleistungen, damit eine ausgewogene, sichere Ernährung ermöglicht wird
- Förderung und verpflichtende Nachhaltigkeits- und Gesundheitsstandards in der Gemeinschaftsverpflegung (Krankenhäuser, Senioren, Kitas, Schulen)

- Subventionierung von Tafeln und Sozialkaufhäusern und/oder landesweite Kooperation mit regionaler Landwirtschaft und Food-Sharing-Initiativen (z. B. Abnahmegarantien gegen Preisnachlass)
- Verbesserung der Nahversorgung durch optimierte Stadtplanung
 - o 15-Minuten Städte
 - o Versorgungszentren in Stadtplanung aktiv integrieren
 - o Grünflächen bei Stadtplanung stärken -> auch gesundheitsfördernd
 - o Genehmigung von Geschäften in sozialen Zentren
- Regionalisierungsstrategie, um regionale Produktion leichter in regionale Weiterverarbeitung und Vermarktung zu schaffen (STERN Projekt mit Handlungsempfehlungen für ein sozio-ökologisches Ernährungsmodell)
- Ernährungsbildung zur Befähigung zu einer gesunden Ernährung
- Wenn möglich, sollten Möglichkeiten geschaffen werden, Kinder aktiv an dem Kochen von Mahlzeiten teilhaben zu lassen
- Höhere Klarheit und bessere Kontrollen bei Labels einführen
- Lebensmittelverschwendung sollte aktiver bekämpft werden, indem die Zusammenarbeit mit Tafeln verbessert wird und indem bessere Klarheit bei Haltbarkeitsdaten und der Verwertbarkeit geschaffen werden
- Förderung regionaler Landwirtschaft und der Vernetzung von Akteuren aus Erzeugung und Vermarktung

Teilhabe, Chancengleichheit und Diskriminierung

- Einführung landesweiter Leitlinien zur Partizipation armutsbetroffener Menschen bei Klima- und Stadtentwicklungsprozessen (repräsentative Beteiligung sollte zur Pflicht werden)
- Bürokratieabbau und persönliche Beratung für einfachen Zugang zu Fördermitteln, insbesondere für Menschen mit niedriger Bildung oder Sprachbarrieren
- Strukturen aufbauen, z. B. Landesstelle für Koordinierung der Partizipation armutsbetroffener Menschen
- Ausbau der Demokratiebildung in Schulen (und auf Quartiersebene)
- Dauerhafte Landesförderung für sozial-ökologische Quartiersarbeit (Verbindung von Sozialarbeit, Klimaanpassung und Nachbarschaftsinitiativen)

- Bei der Förderung ehrenamtlicher Aktivitäten sollte die Beteiligung armutsbetroffener/vulnerabler Gruppen (oder repräsentative Beteiligung) zur Pflicht werden, also Förderkriterium werden

- Ehrenamtsförderung in Kommunen: Qualifizierung von armutsbetroffenen Personen, damit sie sich besser beteiligen können
- Problem: Wandel/Rückzug der sozialen Träger von der lokalen Ebene (weniger Treffpunkte, Beratung und Beteiligung)/Lösung: Präsenz vor Ort im Stadtteil fördern; andere lokale Einrichtungen/Vereine etc. fördern, mit ihnen kooperieren; aktive Vereine/Orte der Quartiersentwicklung fördern

Einkommen und Sozialleistungen

- Grundsicherung ausbauen: Regelmäßige Anpassung der Beträge der sozialen Grundsicherung an die Energiepreisentwicklung, um Energiearmut zu vermeiden (Bund)
- Grundlegende Reform der Grundsicherung zur Einführung ökologisch orientierter Grundsicherung (Bund)
- Armutsfester Mindestlohn (60% des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten; Bund)
- Vorschlag für Gesetzesinitiative: Erhöhter Mindestlohn in kommunalen Verdichtungsräumen
- Erhöhung der Tarifbindung (von aktuell 49 % auf 80 %-EU Zielwert) durch z.B. strengere Vorgaben für öffentliche Auftragsvergabe, Beratungsangebote und/oder Hinwirken auf Flächen- oder allgemeingültige Tarifverträge
- Ausweitung des Tariftreuegesetzes im öffentlichen Sektor auf die kommunale Ebene, um Tarifbindung zu erhöhen
- Einführung einer effektiven Erbschaftssteuer bzw. Reduzierung von Ausnahmetatbeständen zur Gegenfinanzierung sozialpolitischer Maßnahmen (Bund)

- Anrechnung von Unterhaltszahlungen auf das Kindergeld: Unterhaltszahlungen sollten nicht länger auf die Kindergeldbeträge von Alleinerziehenden umgelegt werden (geplante Änderung im Koalitionsvertrag bereits vereinbart)
- Effektive Bekämpfung des Missbrauchs inländischer Gewerbesteuer-oasen (unterschiedliche Gewerbesteuersätze auf kommunaler Ebene)
- Höhere Erwerbsquote anstreben bei Frauen und Geringqualifizierten (siehe Themenfeld Arbeit)
- Finanzbildung (für private Vorsorge)
- Öffentliche Kommunikation/Narrativ gegen die Abwertung Armutsbetroffener
- Bildungsabschlüsse anerkennen und Weiterqualifikation fördern

Bildung

- Anteil Schulabgänger ohne Abschluss senken: Maßnahmenbündel Schulpolitik entscheidend, hier konkret: Angebote zur Individualbetreuung in benachteiligten Stadtteilen schaffen

- Kindergartenpflicht unter 6 Jahren (Bund, hohe rechtliche Hürden, ggf. Grundgesetzänderung erforderlich)
- Gesetzesinitiative zur Vereinfachung des Übergangs in die Berufsausbildung, um z.B. Sek 2 nach der Schule nachzuholen
- Integriertes Case-Management mit sozialpäd. Begleitung von Teilnehmenden (Verzahnung von Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsdiensten). Konkret u.a.: Mehr Mitbestimmung bei der Eingliederungsförderung durch Leistungsempfangende; Gesetze und Zuständigkeiten für Eingliederungshilfe synchronisieren; Individuelle Begleitung bei Brüchen im Erwerbsleben; Umgang zu Leistungen und Behörden vereinfachen, weniger Ansprechpartner, weniger Behörden
- Kosten für WLAN/Internetzugang in der Grundsicherung berücksichtigen (Zugang zu digitaler Bildung)
- Bildungszuschuss oder Aufstockung - auf mind. Mindestausbildungsvergütung - während Qualifizierung
- Niedrigschwellige Bildungs- und Beratungszentren besonders in benachteiligten Stadtteilen schaffen, fördern und Bildungsangebote besser vernetzen
- Landesweite Vereinheitlichung der finanziellen Förderung von Kinderbetreuung und Mobilitätszuschüssen während der Qualifizierung (bisher kommunal geregelt)

- Geflüchtete integrieren
- Einführung standardisierter Anerkennungsverfahren für praktische Fähigkeiten Erfahrungen
- Programme zur Klimabildung in Schulen, Jobcentern und Nachbarschaftszentren, um praktische Anpassungsstrategien zu vermitteln
- Verknüpfung von regionaler Wirtschaft und Handwerk mit Schule und frühzeitiger beruflicher Orientierung ab der 8. Klasse
- Zielgruppe "ältere Arbeitnehmer" präventiv in den Blick nehmen, z. B. proaktives Angebot von Beratungsgesprächen zur Mitte des Erwerbslebens
- Einführung modularer Kurzqualifikationen, sog. Microcredentials, in Schlüsselbranchen wie z. B. Energie, Pflege, IT, Logistik, um Quereinstiege zu ermöglichen

Wirtschaft und Arbeit

- Wiedereinführung des Bildungsbonus und Erhöhung auf 200 Euro (aktuell 150 Euro), damit er über AGH-Niveau liegt
- Qualifizierungsoffensive für Geringverdienende, z. B. kostenfreie Weiterbildungsprogramme mit Lohnersatz und Bildungsbonus
- Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung (§ 16e/i SGB II) mit Qualifizierungspflicht und langfristiger Perspektive
- Arbeitsgelegenheiten (§ 16d SGB II) nur in Verbindung mit langfristiger Beschäftigungsperspektive und Fokussierung auf ökologische AGH für Umweltdienstleistungen in Kommunen
- AGH (§ 16d SGB II) grundsätzlich nur mit langfristiger, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsperspektive verknüpfen (Missbrauch vorbeugen)
- Einschränkung von Minijobs, Missbrauch verhindern

- Vernetzung und Koordinierung von Jobcentern, Kammern, Wohlfahrtsverbänden und Betrieben zur Vermittlung benachteiligter Gruppen
- Erwerbsquote von Frauen erhöhen: Ausbau der Kinderbetreuungsangebote besonders für unter 3-jährige Kinder (derzeit ca. 32 % Betreuungsquote, Stand 2024) sowie für alle Altersstufen
- Ausbau finanzieller Unterstützung zur Kinderbetreuung und deren Verpflegung für Geringverdienende

- Aufbau regionaler Allianzen von Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften und Bildungsträgern in relevanten Branchen mit Übernahmegarantie